



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Frauen im Parlament – Zur Relevanz der
Repräsentation von Frauen in der Gesetzgebung“

Verfasserin

Verena Holzer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin/Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

Widmung	4
1 Einleitung.....	5
2 Parlamentarismus und Partizipation	10
2.1 Begriffsdefinition.....	10
2.1.1 Parlamentarismus	10
2.1.2 Partizipation	11
2.2 Entwicklung des österreichischen Parlamentarismus seit 1867	13
2.3 Funktionen des österreichischen Parlamentarismus.....	15
2.3.1 Gesetzesinitiativen	16
2.3.2 Organisatorische Elemente	17
2.3.4 Die Abgeordneten	19
2.3.4 Die Ausschüsse.....	20
2.3.5 Das Plenum.....	21
3 Geschlecht als politische Kategorie	23
3.1 Die Politik als Männerdomäne	24
3.2 Die Politikerin – Der Politiker	27
3.2.1 Platon (428/427. v. Chr. – 348/347 v. Chr.)	31
3.2.2 Aristoteles (384 v. Chr – 322 v. Chr.).....	32
3.2.3 Die Aufklärer: Thomas Hobbes (1588 – 1679) und Jean-Jacques Rousseau (1712 – 1778).....	32
3.2.4 Max Weber (1864 – 1920)	34
4 Frauen im österreichischen Parteiensystem.....	36
4.1 Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	38
4.2 Die Österreichische Volkspartei (ÖVP).....	40
4.3 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).....	42
4.4 Die Grünen.....	43
4.5 Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	44
4.6 Das Liberale Forum (LIF)	45

5	Die Entwicklung des Frauenanteils im Österreichischen Parlament.....	46
5.1	Der Nationalrat	46
5.2	Die Fachausschüsse	50
5.3	Das Nationalratspräsidium.....	53
5.4	Initiativen zur Erhöhung des Frauenanteils – Die Quote	54
5.4.1	Die Quote	54
5.4.2	Anträge.....	56
5.4.3	Parlamentarische Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik!“	56
6	Frauen in Parlamenten im europäischen Vergleich	57
6.1	Länderanalyse	60
7	Drei Gesetzgebungsperioden im Überblick.....	66
7.1	RednerInnen-Listen	67
7.1.1	Aktuelle Stunden	67
7.1.2	Dringliche Anträge/ Anfragen („Dringliche“)	77
7.3	Ordnungsrufe	87
8	Beispiel Hymne.....	92
9	Resümee	95
10	Literaturverzeichnis	98
	Anhänge.....	105
	Abstract	133
	Lebenslauf	134

Widmung

Ich möchte mich bei allen Personen bedanken, die mich während meines Studiums begleitet haben und durch die diese Zeit so speziell und spannend geworden ist.

Ganz besonders aber bei meinen wunderbaren Vorgesetzten und ArbeitskollegInnen, ohne deren Unterstützung und Verständnis das Projekt „Diplomarbeit“ aus zeitlichen und emotionalen Gründen sicher nicht realisierbar gewesen wäre. Ein spezieller Dank gilt dabei Andrea, die mir sprichwörtlich immer wieder „auf die Nerven gegangen“ ist und ohne deren Vehemenz ich schon lange aufgegeben hätte.

Ich möchte mich auch bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer bedanken, der immer ein offenes Ohr für die Anliegen seiner StudentInnen hat.

Nicht zuletzt bei meinen Eltern und Geschwistern für ihre Hilfe und aufmunternden Gespräche, die mich durch alle Höhen und Tiefen begleitet haben.

1 Einleitung

„Die gewaltige Zeit, die wir durchlebt haben, hat das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht auch den Frauen gebracht. Ich erachte es als meine Pflicht, gerade die Frauen hier auf das herzlichste zu begrüßen (...) und sie zu einer fruchtbringenden, allerdings ungemein schweren Aufgabe aufzurufen, für die sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte in den Dienst der Sache werden stellen müssen.“¹

Dieses Zitat stammt von Alterspräsident Anton David (SdP), der anlässlich der Eröffnungssitzung der „Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich“ am 4. März 1919 die ersten acht weiblichen Abgeordneten im Hohen Haus begrüßen konnte.

Diese frauenpolitischen Pionierinnen stellten einen Anteil von 5,03% aller damaligen Abgeordneten dar. Trotz immer wieder geringfügig auftretender Schwankungen blieb der Anteil der Frauen in der ersten Kammer der Legislative bis Ende der 1970er Jahre durchwegs konstant bei rund 5,6%. Ab den späten 1970er Jahren kann man einen leichten Anstieg des Frauenanteils beobachten, mit dem bisherigen Höhepunkt in der XXII. Gesetzgebungsperiode, beginnend im Jahr 2002 mit 33,88%. Derzeit sind bei insgesamt 183 Abgeordneten 51 Frauen (27,87%) im Nationalrat vertreten.²

Dieser kurze Blick auf die statistische Datenlage verdeutlicht, dass Frauen immer noch nicht in der Anzahl im Österreichischen Parlament vertreten sind die ihnen zustehen würde, wäre das Parlament ein reales Abbild der Gesellschaft. Denn schließlich sind 51,3% der österreichischen Bevölkerung Frauen.³

Frauen haben heute in Österreich formal die gleichen Rechte und Pflichten wie Männer – aber in vielen Bereichen, nicht nur im politischen Raum, bestehen bislang noch große Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

So ist es zum Beispiel immer noch so, dass sich das Einkommen der Frauen weit unter dem der Männer bewegt. Die Statistik Austria berechnet bei der Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten für 2010, dass Frauen nur 60% des Bruttojahreseinkommens der Männer verdienen.⁴ Auch in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft sind Frauen in den

¹ Stenographisches Protokoll 1. (Eröffnungs-)Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich, 4. März 1919, S. 3

² Vgl. Homepage des österreichischen Parlaments, Abrufdatum 20. Jänner 2012

³ Vgl. Frauenbericht 2010: 11

⁴ Vgl. Statistik Austria Pressemitteilung 10.125-271/11, 6. Dezember 2011: Frauen verdienen deutlich weniger als Männer, männliche Angestellte sind Spitzenverdiener

Toppositionen immer noch rar, obwohl sie beim Grad der Ausbildung längst aufgeholt haben.

Neueste Studien in der Wirtschaft belegen, dass gemischte Führungsteams in den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen nachweislich bessere ökonomische Ergebnisse erzielen.⁵

Aber alle Argumente, die für mehr Frauen in bislang von Männern dominierten Bereichen sprechen, scheinen immer noch keinen Weckruf auszulösen um frischen Wind in die festgefahrenen Strukturen zu bringen.

Ich möchte mich daher ganz grundsätzlich mit der Frage beschäftigen, warum es nach wie vor noch so wenige Frauen in der Politik – in diesem Fall im Nationalrat – gibt.

Ganz bewusst beschränke ich mich auf den Nationalrat und lasse den Bundesrat in dieser Diplomarbeit außen vor.

Das österreichische Parlament kann als „unechtes Zweikammersystem“⁶ bezeichnet werden, bei der vor allem dem Nationalrat die größere Bedeutung zukommt.

Abgeordnete zum Nationalrat werden im Gegensatz zu Mitgliedern des Bundesrates direkt über ein Listenwahlsystem gewählt. „Die Mitglieder des Bundesrates werden von den Landtagen für die Dauer der Landtagsgesetzgebungsperioden gewählt.“⁷

Weiters ist die Bundesregierung dem Bundesrat (ganz im Gegensatz zum Nationalrat) nicht politisch verantwortlich und der Bundesrat hat auch lediglich die Möglichkeit ein „suspensives Veto“ gegen Beschlüsse des Nationalrates einzulegen, der wiederum mit einfacher Mehrheit mittels eines „Beharrungsbeschlusses“ dieses Veto wieder aufheben kann.⁸ Daraus lässt sich schließen, dass die gestaltenden Elemente vor allem im Nationalrat zu finden sind.

Ein Anliegen ist es, mit dieser Arbeit einen Überblick über den Status Quo zu geben. Um Forderungen nach mehr Frauen in der Politik erheben zu können, muss man die Ausgangslage kennen und vor allem die Gründe bzw. Kriterien warum es bisher nicht möglich war den gleichen Anteil von Frauen und Männern unter den PolitikerInnen zu erreichen.

⁵ Vgl. OTS0097, 21. November 2011: McKinsey: Divers aufgestellte Unternehmen erwirtschaften 53% mehr Rendite

⁶ Pelinka/Rosenberger 2003: 110

⁷ §1 Abs.1, Geschäftsordnung des Bundesrates

⁸ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 110

Forschungsleitende Frage

Meine essentielle Forschungsfrage in dieser Arbeit lautet daher: Welche Rolle spielen Frauen in der gesetzgebenden Körperschaft UND: spielen sie überhaupt eine Rolle?

Eine einfache Antwort auf diese Frage wird es nicht geben und daher nähere ich mich über verschiedene weitere Fragestellungen einer Beantwortung an.

In diesem Zusammenhang möchte ich erörtern, wie es sein kann, dass trotz gleicher Zugangsmöglichkeiten immer noch nicht mehr Frauen im Nationalrat vertreten sind.

Quotenregelungen werden in der Debatte um den Frauenanteil in der Politik immer im selben Atemzug erwähnt. Sind sie wirklich ein wirksames Mittel um den Frauenanteil zu steigern?

Die Politik ist ein traditionell männlich geprägter Ort in dem Jahrhunderte lang die Spielregeln der Männer gegolten haben. Wie reagieren sie nun darauf, wenn Frauen in diese Bereiche vorstoßen?

Relevant ist in diesem Zusammenhang auch, ob man Frauen in gewissen inhaltlichen Bereichen wie Familie, Soziales, Gleichstellung, etc. vermehrt vorfindet als Männer, oder ob es im Lauf der Zeit Veränderungen gegeben hat. Gibt es Obfrauen von prestigeträchtigen Ausschüssen? Ist das Verhältnis ausgeglichen oder sind die mit größerer Macht ausgestatteten Gremien, wie der Hauptausschuss, noch immer fest in Männerhand?

Methoden und Quellen

Die Informationen die ich vorrangig während der ersten Hälfte meiner Diplomarbeit verwenden werde beziehe ich aus Primär- und Sekundärquellen. Vor allem die Geschäftsordnung des Nationalrates und Schriften über das parlamentarische System Österreichs bilden eine wichtige Grundlage. Aber auch Homepages der Parteien und der Internetauftritt des Parlaments bieten viele Informationen. Das österreichische Parlament sowie das Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen haben auch eigene Beiträge und Informationsmaterialien erstellt, die sich mit „Frauen in der Politik“ beschäftigen. Es handelt sich vor allem um statistisches Datenmaterial.

Im weiteren Verlauf der Arbeit sind die Stenographischen Protokolle der Nationalratssitzungen meine wichtigsten Quellen.

Auffällig ist, dass viele Schriften zum Gegenstand meiner Diplomarbeit vor allem während der Regierungsjahre 2000 – 2006 entstanden sind. Eine Erklärung dafür ist, dass es gleich zu Beginn der FPÖ/ÖVP-Regierung zur Auflösung des Frauenministeriums kam. Diese

Vorgehensweise wurde von linken Parteien und Feministinnen scharf kritisiert und weckte Interesse an der Thematik.

In den letzten Jahren wurde vor allem der Frauenanteil in den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen breit diskutiert. Auch wenn Fragen rund um den Frauenanteil in der Politik immer noch ein fester Bestandteil der feministischen Forschung und ein Anliegen der Frauenpolitikerinnen sind, so gab es eine starke Fokussierung auf ökonomische Bereiche.

Aufbau

Zu Beginn werde ich einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung und die Funktionen des Parlamentarismus in Österreich geben und die Begriffe Parlamentarismus und Partizipation genauer erklären. Ich möchte in diesem ersten Kapitel auch auf die wichtigsten parlamentarischen Gremien – die Präsidialkonferenz, die Klubs, das Plenum und die Ausschüsse eingehen. Es soll dargelegt werden, wie diese zentralen Elemente des Parlaments funktionieren und wo sich die Schaltstellen der Macht befinden.

Im zweiten Kapitel „Geschlecht als politische Kultur?“ möchte ich vor allem die gesellschaftliche und politische Bedeutung von Geschlecht anhand relevanter Philosophen und Theoretiker wie Platon, Aristoteles, Thomas Hobbes, Jean-Jacques Rousseau und Max Weber im zeitlichen Abriss erläutern. Wie definiert sich Geschlecht heute und wie kam es zur Entwicklung dieses Begriffs bzw. der darin innewohnenden Bedeutungszusammenhänge.

Im anschließenden Kapitel folgt ein Überblick über die österreichischen Parteien, die während der drei von mir untersuchten Legislaturperioden im Parlament vertreten waren bzw. sind und welchen Stellenwert Frauen in deren parteieigenen Gremien haben. Einerseits im innerparteilichen Gefüge, aber andererseits auch in der Gleichstellungspolitik unterscheiden sich die österreichischen Parteien stark voneinander.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit der Entwicklung des Frauenanteils im Parlament. Die untersuchten Bereiche sind das Nationalratsplenum, die Fachausschüsse, parlamentarische Führungspositionen sowie Initiativen die von ParlamentarierInnen gesetzt wurden um den Frauenanteil zu erhöhen.

Im fünften Kapitel folgt ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Wie ist es mit dem Frauenanteil in deren Parlamenten bestellt, welches Wahlsystem kommt zur Anwendung und gibt es Regelungen die Quotierungen vorschreiben?

Schlussendlich werde ich im sechsten Kapitel näher auf drei Gesetzgebungsperioden eingehen und welche Rolle die Frauen während dieser Zeit spielten. Es sind dies die XX. Gesetzgebungsperiode (15.1.1996 – 28.10.1999), die XXIII. Gesetzgebungsperiode (30.10.2006 – 27.10.2008) und die derzeit laufende XXIV. Gesetzgebungsperiode (28.10.2008 - ?).

Untersucht werden RednerInnen-Listen von Aktuellen Stunden und Dringlichen Anfragen sowie die durch die PräsidentInnen erteilten Ordnungsrufe.

Aus aktuellem Anlass möchte ich auch noch kurz auf die „Umtextung der Bundeshymne“ eingehen. Diese Initiative von weiblichen Abgeordneten, welche das Wort „Töchter“ im Text der Hymne verankert sehen wollten, sorgte 2011 für große Aufregung in der Gesellschaft, sowie bei zahlreichen männlichen Kollegen im Nationalrat.

2 Parlamentarismus und Partizipation

Zu Beginn möchte ich mich mit den grundlegenden Begriffen auseinandersetzen und die sich durch die Arbeit ziehenden Termini Parlamentarismus und Partizipation näher definieren. Weiters folgt ein Überblick über die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich.

Ich werde in diesem Kapitel auch die wichtigsten Gremien, Verhandlungsgegenstände und organisatorischen Abläufe des österreichischen Parlaments erklären, da diese später Teil meiner genaueren Analyse sein werden.

2.1 Begriffsdefinition

2.1.1 Parlamentarismus

Im Lexikon der Politikwissenschaft, herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze wird der Parlamentarismus folgendermaßen definiert: „eine der Grundformen Repräsentativer Demokratie, die sich durch die Zuordnung der Institutionen Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt (Monarch oder Präsident) unterscheiden. Im Parlamentarismus ist es das Parlament, das – heute in allgemeinen Wahlen gewählt – die Regierung bestellt, kontrolliert und die Gesetzgebung ausübt. Dieses engere Verständnis von Parlamentarismus setzt über die bloße Existenz eines Parlaments auch seine gestaltende Kompetenz voraus.“⁹

Das Wörterbuch der Politik versteht unter Parlamentarismus: „1) allgemein Bezeichnung für eine Ordnung der politischen Institutionen, in der dem vom Volk gewählt – Parlament eine wesentliche Rolle in der Gesetzgebung, der Budgetpolitik, der Bildung und der Kontrolle der Regierung zukommt.“¹⁰

In beiden Definitionen wird vor allem auf die gestaltende Rolle, als auch die Kontrollfunktion des Parlamentarismus besonderer Wert gelegt. Diese Komponenten sind speziell von den handelnden Personen - den Abgeordneten und der Ausgestaltung der Minderheitenrechte abhängig. Besteht ein minderheitenfreundlicher Parlamentarismus, sind die Kontrollmöglichkeiten umfassender.

⁹ Nohlen/Schultze 2002: 612

¹⁰ Zit. nach Rosmann 2006: 21

Peter Gerlich beschreibt Parlamentarische Körperschaften als kommunikative Institutionen. Einerseits wird die Verbindung zwischen Volk und Staatsführung hergestellt und andererseits gibt es im Gegensatz zu anderen staatlichen Strukturen, wie beispielsweise der Verwaltung, keinen hierarchischen Aufbau. Alle Abgeordneten haben die gleichen Rechte und Pflichten und bewegen sich grundsätzlich auf derselben Rangordnungsebene.

Drei Funktionen des Parlamentarismus können hier aus der kommunikativen Eigenschaft abgeleitet werden:

- Darstellen: die Darstellung/Artikulation der Politik
- Zuhören: die Mitwirkung/ Kontrolle
- Reagieren: die repräsentative bzw. gesetzgebende Funktion.¹¹

2.1.2 Partizipation

Partizipation wird im Lexikon der Politikwissenschaft verstanden als: „Beteiligung i. S. von Teilnahme wie Teilhabe, wobei (unterschiedlichen Demokratiemodellen bzw. Politikbegriffen folgend) ein instrumentelles und ein normatives Verständnis polit. Partizipation unterschieden werden kann“¹².

Instrumentelles Verständnis bedeutet, dass Menschen alleine oder in Gruppierungen versuchen direkt oder indirekt Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Diese Einflussnahme hat einen konfliktorientierten Bezug. Normatives Verständnis verfolgt einen konsensorientierten Zugang der Partizipation und ist eher im Sinne von Selbstverwirklichung im Rahmen des politischen Prozesses angesiedelt.¹³

Eine weitere Typologie der Partizipationsforschung nach Max Kaase beschäftigt sich mit dem Grad der Beteiligung und unterscheidet dabei drei Kategorien: Verfasst – Unverfasst; Legal – Illegal; Konventionell – Unkonventionell.

Verfasst ist Partizipation, wenn sie „in einen institutionell klar definierten Kontext eingebettet“¹⁴ ist, wie zum Beispiel Wahlen. Im Gegensatz dazu stehen die unverfassten Handlungen, die außerhalb eines institutionellen Rahmens stattfinden.

¹¹ Vgl. Gerlich 1986: 23

¹² Nohlen/Schultze 2002: 635

¹³ Vgl. Nohlen/Schultze 2002: 636

¹⁴ Zit. nach Hoecker 1995: 17

Legale Beteiligung findet im gesetzlichen Rahmen statt, wohingegen illegale Beteiligung außerhalb des rechtlichen Raums einzuordnen ist. Dazu zählen zum Beispiel Hausbesetzungen oder Gewaltanwendung.

Das dritte Gegensatzpaar Konventionell – Unkonventionell ist beinahe deckungsgleich zu Verfasst – Unverfasst, jedoch wird bei Unkonventionell noch zwischen legalen und illegalen Handlungen unterschieden.¹⁵

Die Klassifikation nach Hans-Martin Uehlinger unterscheidet zwischen „Staatsbürgerrolle, parteiorientierter und problemorientierter Partizipation, zivilem Ungehorsam sowie politischer Gewalt.“¹⁶

Dimensionen politischer Beteiligung	Formen politischer Beteiligung	Konkrete Akte politischer Beteiligung
Konventionell bzw. verfasst	StaatsbürgerInnenrolle	Wählen
	Parteiorientierte Partizipation	Parteimitgliedschaft und sich aktiv beteiligen
Unkonventionell bzw. unverfasst a) legal	Problemorientierte Partizipation	- BürgerInneninitiativen - Teilnahme an genehmigten Demonstrationen - Unterschriften sammeln - Teilnahme an Öffentlichen Diskussionen bei Versammlungen
b) illegal - gewaltlos	Ziviler Ungehorsam	- Teilnahme an verbotenen Demonstrationen - Beteiligung an wilden Streiks - Hausbesetzungen und Blockaden
- gewaltsam	Politische Gewalt	Gewaltanwendung

Quelle: nach Hoecker 1995

Ein wichtiger Bestandteil von Partizipation ist die Freiwilligkeit. Um dann tatsächlich aktiv zu werden, braucht es einen gewissen Anstoß, ein auslösendes Element. Diese Elemente können abhängig sein von bestimmten Ereignissen und einen „situativen Charakter“¹⁷ oder einen „subjektiven Charakter“¹⁸ haben. Hierbei spielt vor allem das Vertrauen in die eigene

¹⁵ Vgl. Hoecker 1995: 17f.

¹⁶ Hoecker 1995: 18f.

¹⁷ Hoecker 1995: 19

¹⁸ Hoecker 1995: 19

Person und in die Möglichkeiten des vorhandenen Gestaltungsspielraums eine relevante Rolle. Außerdem muss es einen Rahmen geben, der rechtlich und institutionell die Partizipation ermöglicht, wie z.B. das Wahlrecht oder Formen der direkten Demokratie.

Sidney Verba und Norman Nie entwickelten das „Sozioökonomische Standardmodell“¹⁹, das Partizipation vor allem von persönlichen Ressourcen wie Bildung, Beruf und Einkommen abhängig macht. Je nachdem wie die individuelle Person mit diesen Voraussetzungen ausgestattet ist, wird sie sich mehr oder weniger an politischen Handlungen beteiligen. Alter und Geschlecht sehen Verba und Nie als die unabhängigen Variablen an.

Sie konstatieren, je höher die Bildung, der Berufsstatus und das Einkommen sind, desto mehr Partizipation ist erwartbar. Personen, die über mangelhafte Ressourcen bzw. einen niedrigen sozioökonomischen Rang verfügen, müssen über andere institutionelle Wege aktiviert werden.²⁰

2.2 Entwicklung des österreichischen Parlamentarismus seit 1867

Der österreichische Parlamentarismus hatte im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Staaten relativ lange keine politische Handlungsmacht.

1867 wurde in der österreichischen Reichshälfte der aus 2 Kammern bestehende Reichsrat per Staatsgrundgesetz eingesetzt. Dieser bestand aus dem Herrenhaus (Vertretung des Adels) und dem Abgeordnetenhaus (gewählte Mitglieder). Die Abgeordneten wurden bis 1907 per Kurienwahlrecht gewählt, ab 1907 trat das allgemeine, gleiche Männwahlrecht in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Recht zu wählen über den Besitz definiert und nicht das Geschlecht. Frauen, die das nötige Vermögen vorweisen konnten, waren auch formal berechtigt an Wahlen teilzunehmen.²¹

Die Regierung, die damals noch vom Kaiser ernannt wurde und der ein Ministerpräsident vorstand, war dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich und konnte per Notverordnung ohne parlamentarische Beschlüsse regieren. Eine Vorgangsweise, die des Öfteren gewählt wurde. Erst im Jahr 1918, mit Ende der Monarchie, wurde der

¹⁹ Hoecker 1995: 19

²⁰ Vgl. Hoecker 1995: 19

²¹ Vgl. Hengl 2004: 28

Parlamentarismus aufgewertet, indem die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung eingeführt wurde. Wie bereits erwähnt, war dies in anderen Ländern schon Jahrzehnte zuvor umgesetzt worden. (Bsp.: Belgien 1833, in Großbritannien 1834, Frankreich 1875, etc.)

Im Gegensatz zum sich spät entwickelnden Parlamentarismus, etablierte sich in der Monarchie relativ früh ein ausgeprägtes **Parteiensystem**. Die Parteien hatten jedoch aufgrund der fehlenden Kompetenzen des Parlaments keinen realpolitischen Gestaltungsspielraum.

Zu Beginn der konstitutionellen Monarchie 1867 gab es keine Klubstrukturen im heutigen Sinn, lediglich lose Verbände.

Eine rasche Entwicklung erfolgte dann gegen 1880, als sich aufgrund von Zusammenschlüssen, größere Gruppen bildeten – die Parteien (außerhalb der parlamentarischen Strukturen).

Ein Charakteristikum war vor allem die stark ausgeprägte Lagerbildung in Österreich mit „Weltanschauungsmentalität“, die sich auch in den darauffolgenden Jahrzehnten nicht verändern sollte.²²

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) teilte die Gesellschaft anhand einer Konfliktlinie in das Bürgertum und in die Arbeiterklasse ein. Ihr Ziel war vor allem die Verankerung des „Austromarxismus“²³, also die Umsetzung der sozialistischen Ideale in der Gesellschaft und in der Ökonomie.

Die Christlichsoziale Partei entstand aus einer Verschmelzung von konservativ-klerikalen und städtisch-bürgerlichen Gruppierungen Anfang des 20. Jahrhunderts. Für sie war es vor allem wichtig Kirche und Staat als Einheit zu stärken und zu verteidigen („Politischer Katholizismus“²⁴).

Das dritte Lager vereinte Gruppierungen mit deutschnationalen Strömungen. Deren Ausrichtung basierte vor allem darauf, die deutsche Nationalität gegenüber anderen Nationalitäten des Vielvölkerstaates zu stärken.

Als Besonderheit der österreichischen politischen Landschaft gilt wie bereits angeführt der „Lagerpatriotismus“²⁵. Die Menschen identifizierten sich weniger mit der Politik allgemein, als mit einem bestimmten Lager.

²² Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 19f.

²³ Pelinka/Rosenberger 2003: 20

²⁴ Pelinka/Rosenberger 2003: 21

²⁵ Pelinka/Rosenberger 2003: 21

Da sich die Parteien – aufgrund des schwach ausgeprägten Parlamentarismus – relativ autonom entwickeln konnten, wurden sie beim Wandel von der Monarchie zur Republik 1918 auch nicht in ihren Grundfesten erschüttert. Im Gegenteil, ihre Rolle wurde dadurch erst gestärkt. Es waren schlussendlich die Parteien, die ab diesem Zeitpunkt das politische Geschehen diktierten und die Republik gründeten.²⁶

2.3 Funktionen des österreichischen Parlamentarismus

Im Rahmen der Gewaltenteilung des Staates nimmt das Parlament die Rolle der gesetzgebenden Gewalt bzw. der Legislative ein. „Alle zentralen Entscheidungen des politischen Systems müssen in Form von Gesetzen im Parlament debattiert und von einer Mehrheit des Parlaments beschlossen werden.“²⁷ Neben der gesetzgebenden Komponente übernimmt das Parlament auch eine Kontrollfunktion gegenüber den beiden anderen Gewalten, der Exekutive und der Judikative. Hier spielt vor allem die Opposition eine wichtige Rolle, da sie über die ihr möglichen Funktionen der parlamentarischen Kontrolle die Regierungsarbeit überprüfen kann. Der Grad der Kontrolle hängt von den Rechten ab, die eine Minderheit im Parlament ausschöpfen kann.²⁸

Neben diesen beiden Hauptfunktionen, gibt es noch weitere wichtige Zuständigkeiten: die Regierungsbildung, Mitregierungsfunktion und die Tribünenfunktion.

Das Parlament hat die Möglichkeit mit einfacher Mehrheit Regierungsmitgliedern oder der Bundesregierung das Misstrauen auszusprechen. Die Regierung ist somit dem Parlament gegenüber verantwortlich. Im Rahmen der Mitregierungsfunktion muss der Nationalrat bei einem anstehenden Rat der EU oder bei Staatsverträgen seine Zustimmung zur Regierungspolitik erteilen. Speziell der Hauptausschuss spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle.

Die „Tribünenfunktion“ trifft vor allem auf das Nationalratsplenum zu, da die Sitzungen öffentlich sind und das Parlament sozusagen „zur zentralen Bühne der politischen Kontroversen“²⁹ wird.

Grundsätzlich kann man zwischen vier verschiedenen Varianten von Gesetzesinitiativen unterscheiden: Regierungsvorlagen, Initiativanträge, Volksbegehren und Bundesratsinitiativen. Eine gewichtige Rolle, im Hinblick auf die tatsächliche

²⁶ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 20ff.

²⁷ Pelinka/Rosenberger 2003: 109

²⁸ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 109

²⁹ Pelinka/Rosenberger 2003: 110

Beschlussfassung, spielen jedoch nur die Regierungsvorlagen und die Initiativanträge, die von den Abgeordneten selbst eingebracht werden.³⁰

Zu den besonders wichtigen Organisationsformen und Bestandteilen des Parlamentarismus in Österreich zählen die Präsidialkonferenz und die Klubs, die die inhaltliche Vorarbeit leisten.

Bevor ich mich in einem der späteren Kapitel genauer mit der Entwicklung des Frauenanteils in den einzelnen parlamentarischen Institutionen beschäftige, möchte ich nun näher auf die Funktionen des Parlaments und seine wichtigsten Gremien eingehen.

2.3.1 Gesetzesinitiativen

Wie bereits angeführt, gibt es verschiedene Arten von Gesetzesinitiativen die vom Parlament behandelt werden. Die zwei wichtigsten davon sind die Regierungsvorlagen und die Initiativanträge.

- **Regierungsvorlagen:** Der Großteil der Gesetze geht auf die Regierungsvorlagen zurück, die im vorparlamentarischen Bereich vom Ministerrat beschlossen werden und anschließend zur Behandlung an das Parlament weitergeleitet werden.
- **Initiativanträge:** Mindestens fünf oder mehr Abgeordnete können gemeinsam einen Initiativantrag einbringen. Handelt es sich um einen Antrag von ParlamentarierInnen der Koalition, so ist der Beschluss wahrscheinlicher als bei denjenigen der Opposition. Diese Form von Gesetzesinitiativen wird teilweise gewählt, um die Begutachtungsverfahren zu umgehen.
- **Ausschussanträge:** Es handelt sich meistens um Regierungsvorlagen, die im parlamentarischen Prozess noch inhaltlich verändert werden.
- **Bundesrat bzw. ein Drittel der Mitglieder des Bundesrates:** Gesetzesanträge des Bundesrates kommen äußerst selten vor.
- **Volksbegehren:** Ein direkt demokratisches Verfahren, das von mindestens 100.000 wahlberechtigten Personen unterstützt werden muss um dann an den Nationalrat zur Behandlung weitergeleitet werden zu können.³¹

³⁰ Vgl. Fischer 1997: 108

³¹ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 121

2.3.2 Organisatorische Elemente

Als wichtigstes Organ im parlamentarischen Ablauf gilt die **Präsidialkonferenz des Nationalrates**. In diesem Gremium werden Entscheidungen getroffen, die einen verbindlichen Charakter für die Klubs und für die gesamte parlamentarische Arbeit haben. Mitglieder der „Präsidiale“ sind die PräsidentInnen, die Klubobleute und im Bedarfsfall kann auch die oder der ParlamentsdirektorIn beigezogen werden. Für die Klubobleute besteht die Möglichkeit eine Vertretung zu ernennen, welche damit an deren Stelle an der Präsidialkonferenz teilnehmen kann. Die Sitzungen sind nicht öffentlich und sollen unter anderem „im Fall besonders emotionaler öffentlicher Auseinandersetzungen bzw. von Geschäftsordnungskonflikten“³² als vermittelnde Instanz wirken.

Die Tagesordnungen werden nach einer standardisierten Vorgehensweise erstellt:

- „I. Nächste Haussitzungen
- II. Weitere Haussitzungen
- III. Einbringung bzw. Zuweisung von Vorlagen
- Nächste Ausschusssitzungen
- 1. Hauptausschuss
- 2. Vorberatende Ausschüsse
- V. Weitere Ausschusssitzungen
- VI. Parlamentarische Enquete
- VII. Sonstiges
- VIII. Nächste Präsidialsitzung“³³

Unabhängig von dieser Festlegung der zu debattierenden Punkte werden je nach aktuellen Gegebenheiten oder anstehenden Themen von allgemeinem Interesse die Punkte auch ergänzt. Beispielsweise im Vorfeld der Budgetausschüsse, welche einer größeren organisatorischen Abstimmung bedürfen, oder wenn es um Fragen der politischen Kultur in den Sitzungen geht, wenn Ankündigungen von Klubklausuren gemacht werden, wenn bauliche Veränderungen am Parlamentsgebäude diskutiert werden, und vieles mehr.

Die Abläufe und zu behandelnden Themen der Präsidialkonferenz sind in der Geschäftsordnung des Nationalrates festgeschrieben:

³² Pelinka/Rosenberger 2003: 112

³³ Stückler 2001: 20f.

„Die Präsidialkonferenz ist ein beratendes Organ. Sie erstattet insbesondere Vorschläge zur Durchführung der Arbeitspläne, zur Festlegung der Tagesordnungen und der Sitzungszeiten des Nationalrates, zur Zuweisung von Vorlagen an die Ausschüsse und zur Koordinierung der Sitzungszeiten derselben sowie bezüglich der Wahrnehmung internationaler parlamentarischer Beziehungen.“³⁴

Jedoch hat sich in der Praxis gezeigt, dass es neben diesen formellen Aufgabengebieten auch in weiteren Bereichen zu Abklärungen innerhalb der Sitzungen der Präsidiale kommt:

- „Erstellung eines längerfristigen Sitzungskalenders (d.h. Plenarsitzungstage, Ausschusswochen, sitzungsfreie Perioden),
- Festsetzung des Sitzungsbeginns und der Tagesordnungen der Sitzungen des Nationalrates,
- Zuweisung der Vorlagen an die Ausschüsse,
- Koordinierung von Ausschussterminen (Unterausschussterminen) und Festlegung der Tagesordnungen (entweder aufgrund eines Vorschlags des betreffenden Ausschusses, Unterausschusses oder einem Mitglied der Präsidialkonferenz),
- Fragen der einheitlichen Handhabung der Geschäftsordnung, bzw. der Auslegung einzelner Bestimmungen derselben,
- den in Abs. 3 genannten Verhandlungsgegenständen sowie
- sonstigen Fragen der parlamentarischen Arbeit, die von einem Mitglied der Präsidialkonferenz zur Diskussion gestellt werden.“³⁵

Kurz gesagt, alle parlamentarischen Angelegenheiten und Prozesse werden in diesem Gremium entschieden. „Dadurch kommt der Präsidialkonferenz der Charakter einer zentralen Clearingstelle zu.“³⁶

In einem der weiteren Kapitel werde ich noch auf die Entwicklung des Frauenanteils unter den PräsidentInnen des Nationalrates eingehen.

Als wesentlicher Bestandteil des Parlaments, sind die **Klubs bzw. Fraktionen** zu nennen. Laut Geschäftsordnung des Nationalrates bezeichnet man damit: „Abgeordnete derselben wahlwerbenden Partei haben das Recht, sich in einem Klub zusammenzuschließen. Für die Anerkennung eines solchen Zusammenschlusses ist die Zahl von mindestens fünf Mitgliedern erforderlich. Abgeordnete, die nicht derselben wahlwerbenden Partei

³⁴ §8 Abs. 2, Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

³⁵ Zit. nach Stückler 2001: 20

³⁶ Stückler 2001: 21

angehören, können sich in einem Klub nur mit Zustimmung des Nationalrates zusammenschließen. Die Ergebnisse der Konstituierung eines Klubs sowie Veränderungen derselben sind dem Präsidenten unverzüglich schriftlich mitzuteilen.“³⁷

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass es im Gegensatz zu anderen wichtigen Bereichen des Parlaments keine weiteren Präzisierungen in der Geschäftsordnung gibt die genauer erklären, welche Funktionen und Strukturen innerhalb eines Klubs zu organisieren sind.

Klubs werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft als die Vertretungen der Parteien im Parlament gesehen. Obwohl die Klubobleute teilweise ident sind mit den Parteivorsitzenden, so ist diese Feststellung nur bedingt richtig, da Klubs autonom gegenüber den Parteien agieren können und eigene öffentliche Mittel in Form der Klubfinanzierung erhalten. Zu Beginn einer Legislaturperiode wird in den Klubs entschieden, welche Abgeordneten in die einzelnen Ausschüsse entsendet werden. Im Rahmen von internen Abstimmungsprozessen wird festgelegt, welche politische Meinung bzw. Linie zu den einzelnen Themen einzuhalten ist („Klubzwang“).³⁸

2.3.4 Die Abgeordneten

Im Nationalrat sind 183 Abgeordnete vertreten, die sich in der laufenden Legislaturperiode auf 5 Fraktionen aufteilen. Obwohl alle Abgeordneten die gleichen Rechte und Pflichten haben, auch hinsichtlich ihrer Bezüge, gibt es doch Unterschiede.

Folgende Kategorien von Nationalratsabgeordneten gibt es, die sich allgemein gesprochen darin unterscheiden ob sie Top-Positionen in der Klubstruktur einnehmen und ob sie hauptberufliche oder nebenberufliche Abgeordnete sind:

- **SpitzenpolitikerInnen:** Ausüben eines Regierungsamtes, Spitzenposition im Klub sowie Präsidentin oder Präsident des Nationalrates
- **BerufsparlamentarierInnen:** Klubobleute, die nur im Parlament politisch tätig sind (VollzeitparlamentarierInnen) und die auch inhaltlich großen Einfluss haben (Ausschüsse)
- **VerbändevertreterInnen:** auch in einem Verband tätig (z.B. Gewerkschaftsbund) und weniger Zeit für die parlamentarische Arbeit

³⁷ §7 Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

³⁸ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 111

- **„Hinterbänkler“:** Großteil der Abgeordneten; nehmen keine wichtige Schlüsselpositionen im Klub ein; haben z.B. auch weniger Redezeit im Plenum³⁹

Die Repräsentation der österreichischen Bevölkerung ist hinsichtlich verschiedener Merkmale wie z.B. Geschlecht, Alter oder Bildung im Nationalrat nicht gegeben. Es gibt einige Abweichungen:

- **Geschlecht:** Im Gegensatz zur Bevölkerung sind mehr Männer als Frauen vertreten.
- **Alter:** Mit einem durchschnittlichen Alter von 50 Jahren, vor allem 40 – 60 – Jähriger und nur einem einzigen Abgeordneten in der Alterskohorte 21 – 30 Jahre ist diese Struktur nicht repräsentativ.⁴⁰
- **Beruf:** Mehr als ein Viertel der ParlamentarierInnen ist im Öffentlichen Dienst beschäftigt, jedoch nur rund 11% der ÖsterreicherInnen.
- **Verbände:** Eine große Anzahl von Abgeordneten ist in einem der Verbände organisiert. Das trifft vor allem auf SPÖ und ÖVP zu.⁴¹

2.3.4 Die Ausschüsse

Die derzeitige Legislaturperiode zählt inklusive der Unter - und Untersuchungsausschüsse 49 Ausschüsse.⁴²

In den Klubs selbst erfolgt die Entscheidung welche Abgeordneten sie in die jeweiligen Ausschüsse entsenden wollen. Das Verhältnis der Klubstärke setzt sich im gleichen Verhältnis wie im Plenum zusammen, daher haben die Regierungsparteien auch hier die Mehrheit. Regierungsvorlagen oder Initiativanträge von Abgeordneten der Regierungsparteien wird daher bereits in den Ausschüssen die Zustimmung erteilt. Pelinka und Rosenberger halten fest, dass es jedoch eine stärkere Neigung gibt, Regierungsvorlagen in den Ausschüssen noch inhaltlich zu verändern.⁴³

³⁹ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 112f.

⁴⁰ Vgl. Homepage des österreichischen Parlaments, www.parlament.gv.at; Abrufdatum: 1. Jänner 2012

⁴¹ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 113ff.

⁴² Vgl. Homepage des österreichischen Parlaments, www.parlament.gv.at; Abrufdatum: 1. Jänner 2012

⁴³ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 122

Als wichtigster Ausschuss gilt der **Hauptausschuss**, da dieser gemeinsam mit der Bundesregierung Entscheidungen in wichtigen politischen Fragen fällen kann – vor allem in Angelegenheiten der EU oder Angelegenheiten der Obersten Organe.

Laut GOG des Nationalrates §29, Abs. 2 handelt es sich um folgende Aufgaben:

- „a) Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesregierung im Rahmen der österreichischen Mitwirkung an der Ernennung von Mitgliedern der Kommission, des Gerichtshofes, des Gerichtes erster Instanz, des Rechnungshofes und des Verwaltungsrates der Europäischen Investitionsbank [...];
- b) Stellungnahme zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union [...];
- c) Vorberatung über einen Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung [...];
- d) Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesregierung oder einem Bundesminister über bestimmte Verordnungen, für die dies [...] durch Bundesgesetz festgesetzt ist;
- e) Entgegennahme von Berichten der Bundesregierung oder eines Bundesministers, soweit dies durch Bundesgesetz [...] vorgesehen ist;
- f) Erstattung eines Vorschlages für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes [...];
- g) Erstattung eines Gesamtvorschlages für die Wahl der Mitglieder der Volksanwaltschaft [...];
- h) Erstattung eines Gesamtvorschlages für die Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Bundesheerkommission [...];“⁴⁴

2.3.5 Das Plenum

Das Plenum des Nationalrates setzt sich seit der XIII. Legislaturperiode (Beginn: 10.10.1971) aus 183 Abgeordneten zusammen und verkörpert vor allem den medienöffentlichen Raum des Parlaments („Tribünenfunktion“). ZuhörerInnen und MedienvertreterInnen können in der Regel an den Sitzungen teilnehmen.⁴⁵

Der offizielle Tagungsbeginn ist der 15. September und Tagungsende der 15. Juli des darauffolgenden Jahres.⁴⁶

Die Sitzungen werden immer von einem/einer der PräsidentInnen geleitet, welche den Abgeordneten das Wort erteilen und auf die Einhaltung der Geschäftsordnung achten.

⁴⁴ §29, Abs. 2; Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

⁴⁵ Vgl. Pelinka/Rosenberger 2003: 111

⁴⁶ Vgl. §46, Abs.1; Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

Aufgrund der medialen Funktion des Plenums spielt vor allem die Einteilung der Redezeit auf die einzelnen Klubs eine wichtige Rolle und wird bereits in der Präsidialkonferenz bei der Erstellung der Tagesordnung mitbedacht.

Bei einigen Debatten wird von der Präsidiale die Redezeit pro Klub festgelegt: „Der Präsident kann nach Beratung in der Präsidialkonferenz vor Eingang in die Tagesordnung oder spätestens vor Beginn einer Debatte 1. anordnen, dass die Gesamtredezeit der Abgeordneten desselben Klubs in einer Debatte oder, wenn diese in Teilen durchgeführt wird, in jedem Teil derselben, ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten darf, oder 2. dem Nationalrat einen Vorschlag über Gestaltung und Dauer der Debatte zu einem oder mehreren Verhandlungsgegenständen oder zur gesamten Tagesordnung zur Beschlußfassung unterbreiten.“⁴⁷

Der Nationalrat behandelt eine Vielzahl von schriftlichen Verhandlungsgegenständen. Um die häufigsten zu nennen: Initiativanträge, Regierungsvorlagen, Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder sowie Berichte und Anträge des Hauptausschusses und Berichte des Rechnungshofes und Bundesrechnungsabschlüsse.⁴⁸

Weiters wird von jeder öffentlichen Sitzung des Nationalrates ein Stenographisches Protokoll erstellt. Alle Abgeordneten die sich an den Debatten beteiligt haben erhalten ihren Redebeitrag zeitnah zur Sitzung und haben längstens 24 Stunden die Möglichkeit rein stilistische Veränderungen vorzunehmen.⁴⁹

⁴⁷ §57, Abs.3; Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

⁴⁸ Vgl. §21, Abs. 1; Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

⁴⁹ Vgl. §52; Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

3 Geschlecht als politische Kategorie

„Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“⁵⁰, schreibt Simone de Beauvoir Ende der 1940er Jahre in ihrem berühmtesten Werk „Le Deuxième Sexe“.

Dieser (oft immer noch) polarisierende Satz drückt aus, was im Englischen mit der Differenzierung von „Sex“ und „Gender“ gemeint ist. Eine Unterscheidung, die es in der deutschen Sprache nicht gibt und die alle Bedeutungszusammenhänge, die in diesen beiden Begriffen enthalten sind, unter das eine Wort „Geschlecht“ subsumiert.

Mit dem englischen Wort „Sex“ ist das biologische Geschlecht gemeint, mit dem Terminus „Gender“ das soziale Geschlecht. Durch diese spezielle Benennung des sozialen Geschlechts wird deutlich, dass es Rollenbilder gibt, die wir einzig und allein aufgrund der uns umgebenden Gesellschaft annehmen. Simone de Beauvoir drückt mit dem Zusatz „[...]man wird es“ aus, dass es nicht den einen Zeitpunkt gibt an dem mit Sicherheit gesagt werden kann, dass das „Werden“ zur Frau gerade beginnt oder bereits vollendet ist.⁵¹ „Als fortdauernde diskursive Praxis ist dieser Prozeß vielmehr stets offen für Eingriffe und neue Bedeutungen.“⁵²

In zahlreichen Studien und Artikeln wird die Frage behandelt, ob Mädchen und Burschen bereits in jungen Jahren geschlechtstypische Verhaltensmuster aufweisen oder ob diese erst später auftreten.

Zentrale Elemente bei diesen Untersuchungen spielen die Erziehung in der Familie und in außerhäuslichen Betreuungseinrichtungen. Wie aber kann man geschlechtstypische Verhaltensmuster erkennen bzw. was ist genau damit gemeint? Degenhardt meint damit Auffälligkeiten, „die zwischen den Geschlechtern deutlich stärker variieren als innerhalb eines Geschlechts.“⁵³

Diese Auffälligkeiten führen dazu, dass es Kategorien gibt, in die Frauen und Männer auch heute noch eingeordnet werden und die de facto Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben.

In diesem Teil meiner Arbeit möchte ich daher erörtern, inwieweit die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nachzuweisen sind und wie sie dazu führen können, dass auch in der Politik Frauen und Männern zwangsläufig bestimmte Rollen zugewiesen werden. Des Weiteren folgen bekannte Gesellschaftstheorien und deren Sicht zum Geschlechterunterschied. Diese angeführten Theoretiker wurden mit ihren Werken die Wegbereiter für die Entwicklung von politischen Systemen.

⁵⁰ Heitra 2002: 23

⁵¹ Vgl. Butler 1991: 60

⁵² Butler 1991: 60

⁵³ Zit. nach Hagemann-White 1984: 12

3.1 Die Politik als Männerdomäne

Feministische ForscherInnen haben in den letzten Jahrzehnten klar aufgezeigt, dass die Politik als eine Männerdomäne konzipiert wurde und es daher zu einem Ausschluss der Frauen kam.⁵⁴ Diese Erkenntnis beruht auf der Tatsache, dass Frauen die längste Zeit in der Geschichte vom politischen Leben verbannt wurden. Nicht nur in Österreich, sondern weltweit, wurden Frauen von der Politik ausgeschlossen und als ein Fremdkörper im männlich geprägten System betrachtet. So fanden die Herausbildung des Parlamentarismus und die Entstehung der Parteien in Österreich zu einer Zeit statt, in der Frauen nach den rechtlichen Gegebenheiten noch keine Möglichkeit zur Partizipation hatten.⁵⁵ Erst im Jahr 1911 war es den Frauen in Österreich offiziell gestattet sich in Vereinen zusammenzuschließen.⁵⁶

Frauen wurde seit jeher der „private Raum“ in der Gesellschaft zugewiesen, Männern der „öffentliche Raum“. „Weiblichkeit verkörpert also die private Klammer, den Zwang und die Stabilität, die die politische bzw. staatliche Gemeinschaft erfordert. [...] Die Frage der Geschlechterdifferenz ist also vom Verhältnis privat/öffentlich nicht abtrennbar.“⁵⁷

Zusätzlich wurde dem Mann über Jahrhunderte durch die Religion, die Politik, die Wissenschaft und die Philosophie diese Rolle zugeschrieben und erfuhr in gewisser Weise dadurch eine zusätzliche Form der Bestätigung und Legitimation.⁵⁸

Diese Zuschreibungen entsprachen aber nicht in allen Nuancen dem realen Bild der damaligen Gesellschaft. Der Großteil der Frauen in der Landwirtschaft oder im gewerblichen Bereich war bereits seit Jahrhunderten in den Arbeitsprozess eingebunden. Die Frauen von Lohnarbeitern waren aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, selbst als Dienstbotinnen oder in der Heimarbeit für zusätzliches Einkommen zu sorgen.⁵⁹ Von einer Einschränkung in den rein familiären, privaten Bereich für alle Gesellschaftsschichten kann also nicht die Rede sein.

In politischer Hinsicht trifft der Ausschluss der Frauen eindeutig zu. Trotz einiger Frauen, die als Kaiserinnen oder Königinnen in die Geschichtsbücher Eingang gefunden haben, blieb es doch bei Ausnahmen, die nur zustande kamen aufgrund der mangelnden Optionen.

⁵⁴ Vgl. Kreisky 1995: 134

⁵⁵ Vgl. Rösslhumer/Appelt 2001: 19

⁵⁶ Vgl. Dyk 1986: 473

⁵⁷ Kreisky 1995: 138

⁵⁸ Vgl. Schöler-Macher 1994: 19/ Vgl. Böhrk 1990: 81

⁵⁹ Vgl. Dyk 1986: 472

Im Hintergrund waren aber auch im politischen Bereich Frauen tätig. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, wie zum Beispiel der Französischen Revolution, gab es ein verstärktes Engagement von Frauen. So waren es zum Beispiel Wäscherinnen und Textilarbeiterinnen in Paris, die mit dafür verantwortlich waren, dass Informationsflüsse am laufen gehalten wurden. Auch in der Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts waren Frauen als Stützen des Systems im Hintergrund tätig. Für alle Umbruchsphasen gilt, dass sobald die Ziele erreicht und keine Unterstützung mehr benötigt wurde, die Frauen wieder an ihren angestammten Platz zurückkehren mussten.⁶⁰

Im 19. Jahrhundert etablierte sich die bürgerliche Gesellschaft, einhergehend mit einem Wandel, der aufgrund der Industrialisierung eine weitere verstärkte Abgrenzung zwischen Öffentlich und Privat aufwies. Obwohl es immer wieder Frauen mit bürgerlich-intellektuellem Hintergrund gelang sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, wurde es nicht zur Norm, wenn Frauen in der Politik Mitsprache forderten.⁶¹ Ihr Engagement hatte meist damit zu tun, dass sie selbst von bestimmten Ereignissen betroffen waren und es nur mehr möglich war die eigene ausweglose Situation zu verändern, wenn man sich in letzter Konsequenz öffentlich Gehör verschaffte.⁶²

Die sich langsam formierende Frauenbewegung war in der Mitte und im ausgehenden 19. Jahrhundert vor allem darin bestrebt, Frauen den Zugang zu Bildungseinrichtungen und dem Wahlrecht zu ermöglichen. Ab 1870 hatten Frauen in Wien die Chance einzelne Vorlesungen an der Universität zu besuchen, jedoch war ihnen das Abschließen eines Studiums nach wie vor verwehrt. Im Jahr 1878 konnten Mädchen und Frauen eine externe Matura ablegen, einige Jahre später wurden Lyzeen mit Öffentlichkeitsrecht gegründet. Erst 1900 konnte die erste Philosophin an der Universität Wien promovieren⁶³, einer wissenschaftlichen Institution, die bereits im Jahr 1365⁶⁴ gegründet wurde.

Als Meilenstein gilt die Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1918. Es waren die verschiedenen Frauenbewegungen, die Ende des 19. Jahrhunderts dieses Recht einforderten. Vor allem die bürgerlichen Gruppierungen rückten nicht ab von dieser Mission. Die proletarischen Frauenvereine rund um die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stellten ihr jahrelanges Anliegen schließlich hinter den Wunsch der Männer, die es

⁶⁰ Vgl. Martiny 1990: 92f.

⁶¹ Vgl. Schöler-Macher 1994: 21

⁶² Vgl. Böhrk 1990: 82

⁶³ Vgl. Dyk 1986: 473

⁶⁴ Vgl. Homepage der Universität Wien <http://www.univie.ac.at/universitaet/>

vorrangig als wichtiger erachteten, das allgemeine Männerwahlrecht durchzusetzen, was 1907 schlussendlich gelang. Erst als es rund um den Ersten Weltkrieg zu sozialrevolutionären Initiativen kam, wurde auch die politische Präsenz von Frauen wieder verstärkt diskutiert. Der tiefgreifende Wandel von der Monarchie zur Republik ermöglichte im Zuge von gesellschaftlichen Erneuerungsprozessen die Einführung des Wahlrechts für Frauen.⁶⁵

Bis zu Beginn der 1920er Jahre hatten Frauen der Ersten Frauenbewegung in Österreich somit einige Erfolge im Rahmen der formalen politischen Gleichberechtigung erzielen können. Jedoch wurden diese Errungenschaften während der nächsten 50 Jahre wieder zurückgedrängt, ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise und den Zweiten Weltkrieg. Der rasche Wiederaufbau gelang vor allem aufgrund der Arbeit der „Trümmerfrauen“. Sie waren während dieser Zeit auch für die Versorgung der Familien zuständig und verschafften sich durch Demonstrationen und Petitionen Gehör für eine bessere Lebensmittelversorgung, teilweise im institutionellen Rahmen von Parteien. Diese politischen Aktivitäten wurden, wie bereits so oft in der Geschichte, wieder verdrängt, als sich die Situation zu normalisieren begann und sich das staatliche Gefüge stabilisierte.⁶⁶

Somit rückten die Belange der Frauen in den Hintergrund und es gab mit Beginn der Zweiten Republik vorerst auch keine Bestrebungen der regierenden (männlichen) Politiker, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu forcieren.

Das Jahr 1968 markiert einen Wendepunkt in vielerlei Hinsicht. Die StudentInnen- und BürgerInnenrechtsbewegungen brachten gesellschaftliche Umdenkprozesse in Gang, die auch auf weitere Interessensgruppierungen übergriffen. Frauen aus den verschiedensten Schichten erkannten, dass es trotz der stattfindenden Umbrüche, keine Veränderungen für ihre Lebensrealitäten geben würde. „Im emanzipatorischen Aufbruch der 68er Linken begriffen die Frauen plötzlich, dass die patriarchalischen Strukturen in der Studentenbewegung fröhliche Urständ feierten: Diskutiert wurden der Hauptwiderspruch und die Klassenfrage und dann vielleicht die Geschlechterfrage als Nebenwiderspruch.“⁶⁷

Die Frauen dieser Zeit, generationenunabhängig und über die Parteigrenzen hinweg, wollten teilhaben an einer neuen Form der Öffentlichkeit. Die Parole: „Das Private ist politisch“ wurde ausgegeben und lautstark eingefordert.⁶⁸

⁶⁵ Vgl. Niederkofler 2004: 377f.

⁶⁶ Vgl. Hengl 2004: 29f.

⁶⁷ Böhrk 1990: 83

⁶⁸ Vgl. Böhrk 1990: 83f.

Vor allem als es Anfang der 1970er Jahre darum ging den Schwangerschaftsabbruch straffrei zu stellen und die „Fristenlösung“ zu beschließen, kam es zu einer Erstarkung der Zweiten Frauenbewegung. Obwohl viele Anliegen der Ersten Frauenbewegung noch nicht umgesetzt waren (und sind), wie beispielsweise „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hatten sich diese Frauen neben den alten Forderungen vor allem dem Kampf um die Gleichstellung von Frauen und Männern im Strafrecht, im Familienrecht und Eherecht als auch um die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit verschrieben.⁶⁹ Das Verhältnis der Autonomen Frauenbewegung zur Politik war ambivalent. Man wollte nicht nur, dass Frauen in die männlich geprägten Sphären der Macht Einlass finden, sondern es sollte darum gehen, Politik grundsätzlich neu zu denken sowie feministische Inhalte und Strukturen zu schaffen.⁷⁰

Auch wenn Frauen mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit drängten, so waren sie Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre immer noch Exotinnen in der institutionalisierten Politik. Erst ab Mitte der 1970er Jahre machte sich langsam ein Umdenken bemerkbar und in Folge wurde mit 14 weiblichen Abgeordneten (7,65%) der Höchststand der Ersten Republik übertroffen. Bis zur Nationalratswahl 2002 – mit einer einzigen Ausnahme – stieg der Anteil an Frauen im Nationalrat kontinuierlich bis auf 33,88% an. Seit 2002 gibt es bedauerlicherweise eine rückläufige Entwicklung, mit einem Frauenanteil von derzeit 27,32%.⁷¹

3.2 Die Politikerin – Der Politiker

Wolfgang Müller geht davon aus, dass PolitikerInnen in ihrer Karriere von zwei Faktoren bestimmt werden. Einerseits muss ein bestimmtes Rüstzeug an Qualifikationen mitgebracht werden um Spitzenämter übernehmen zu können und andererseits spielen die Rahmenbedingungen eine gewichtige Rolle. Es macht durchaus einen Unterschied in welcher Partei man tätig ist und welche organisatorischen Strukturen dort vorhanden sind. In weiterer Folge sind PolitikerInnen auch von den politischen Rahmenbedingungen abhängig die sie in ihren Ämtern vorfinden und die direkten Einfluss haben auf den Machtradius (wirtschaftliche Lage, Außenpolitische Lage, etc.).⁷²

⁶⁹ Vgl. Thurner/Weiss 2008: 18

⁷⁰ Vgl. Hengl 2004: 31f.

⁷¹ Vgl. Homepage Österreichisches Parlament – Abrufdatum: 15. Jänner 2011

http://www.prod.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml

⁷² Vgl. Müller 1995: 16

In Österreich gibt es eine langjährige Tradition der Kumulation mehrerer Ämter in den Händen einer Person. So war zum Beispiel Anton Benya gleichzeitig Präsident des Nationalrates und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Das „Anhäufen“ von mehreren Funktionen ist einerseits eine Form der Sicherheit für die Person selbst und andererseits bietet sich die Möglichkeit ein großes Netz an Verbündeten aufzubauen, die bei der Bewahrung des Amtes und dem Machtausbau behilflich sein können. „Sicherheit und Stabilität sind auch aus der Sicht der einzelnen Politiker gefragte Güter – und zwar nicht nur im Hinblick auf die Geschicke der Nation, sondern auch – um nicht zu sagen: vor allem – im Hinblick auf die eigene Position und Karriere.“⁷³

Fraglich ist wie Frauen damit umgehen. Aufgrund der Tatsache, dass es vor allem Männer waren, die sich in dieser Form jahrzehntelang ihre politischen Netzwerke schufen, darin auch die eigenen Nachfolger suchten und aufbauten, blieben Frauen diese Türen in die vielzitierten Männerbünde verschlossen und sind auch heute noch eine große Hürde. Das gilt jedoch nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wirtschaft und die Wissenschaft. Anke Martiny schreibt: „Bruderschaften, Clubs, universitäre oder berufliche Seilschaften dienen Männern dazu, in öffentlichen Ämtern voranzukommen. [...] Oft sperren sie Frauen dabei bewußt aus, nicht weniger oft ergibt sich derselbe Effekt aber auch so nebenbei.“⁷⁴

Beate Hoecker definiert drei Rechtfertigungsmuster, warum Frauen jedoch ein fester Bestandteil der Politik sein sollten:

- generelle Mitwirkungsrechte im Rahmen der Demokratie
- weibliche Andersartigkeit
- Interessenskonflikt zwischen Männern und Frauen⁷⁵

Hierbei geht es einerseits darum, dass alle Mitglieder als Teil der Demokratie – Männer und Frauen – die gleichen Chancen zur Teilhabe haben sollten. Im zweiten Rechtfertigungsmuster ist die Diversität gemeint. Die Entscheidungen die von Männern und Frauen gemeinsam gefällt werden, sehen in vielen Fällen anders aus, als wenn nur ein Geschlecht für beide bestimmt. Der dritte Ansatz wird vor allem von Feministinnen vertreten. Sie argumentieren, dass die Interessen von Männern und Frauen unterschiedlich sind und durch einen Mangel an Frauen in den Entscheidungspositionen deren Interessen übergangen werden.

⁷³ Müller/ Philipp/ Steininger 1995: 30

⁷⁴ Martiny 1990: 93f.

⁷⁵ Vgl. Hoecker 1995: 22f.

Nicht nur die Männerbünde schließen Frauen von der Politik aus, sondern auch die politische Kultur, die man in den Strukturen vorfindet.

Der von Männern geschaffene Bereich Politik ist eine rein von rationalen und ökonomischen Sichtweisen durchdrungene Welt, die sich in der heutigen Ausgestaltung während der Industrialisierung herausgebildet hat. Die Formen und Regeln nach denen in diesem Feld Konflikte ausgetragen werden, sind für viele Frauen teilweise nicht greifbar bzw. passen sie nicht zu ihrer eigenen Herangehensweise an die Dinge.

„Die Trennungslinie zwischen an sich unvereinbarlichen moralischen Systemen, welche im 19. Jahrhundert noch als Trennlinie zwischen den Geschlechtern angesehen werden konnten, wurde damit als individuelles Problem und als permanenter Entscheidungs-, Identitäts- und Wertekonflikt in die sich öffentlich-politisch verhaltende Frau selbst hineinverlagert.“⁷⁶ Bei Yvon-Prager wird genau zu dieser Thematik eine Politikerin zitiert: „Wir kommen herein (gemeint ist das Parlament, Anm. d. Verf.), um etwas zu verändern. Und die Männer kommen hier herein, um etwas zu werden.“⁷⁷

Das voreilige Aufgeben der Frauen in Konfliktsituationen kann man ihnen jedoch auch teilweise vorwerfen. Wobei nicht vergessen werden darf, dass die Strukturen der Politik von Männern „geschaffen“ wurden und daher auch nach ihren Spielregeln und Gesetzen funktionieren.⁷⁸

Frauen sind die Außenseiterinnen und die Anderen in der Politik. Politiker sehen keinen Grund die seit jeher bestehenden Strukturen zu verändern, schließlich geht es auch darum Macht in den eigenen Reihen zu bewahren.⁷⁹ Daher stellen sich viele Frauen in der Politik die Frage, ob es für sie einen persönlichen Mittelweg zwischen „eine Frau bleiben“ und „ihren Mann stehen“ gibt. Umgang mit Macht ist für die Männer eine lange geübte Tradition und Macht haben muss keineswegs entschuldigt werden. Pauschalierend lässt sich feststellen, dass Frauen eine sehr unsichere Haltung zur Macht haben und sich teilweise sogar dafür rechtfertigen.

Renate Schmidt⁸⁰, langjährige SPD Politikerin und von 2002 bis 2005 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hat Anfang der 1990er Jahre folgende persönliche Eindrücke über ihre Mitstreiterinnen wiedergegeben: „[...] ich begriff eine ganze Weile gar nicht, wovon die eigentlich redeten, bis mir klar wurde: Macht war den Frauen suspekt, weil sie die Art der Machtausübung suspekt fanden. Deshalb plädierten sie für Macht-Abstinenz. Für mich ist Macht Einfluß haben, Verantwortung übernehmen, die Möglichkeit,

⁷⁶ Schaeffer-Hegel 1990: 163

⁷⁷ Yvon-Prager 1996: 91

⁷⁸ Vgl. Martiny 1990: 95f.

⁷⁹ Vgl. Yvon-Prager 1996: 105

⁸⁰ Informationen zu Renate Schmidt: http://www.renateschmidt.de/RS/Zur_Person.html

Dinge durchzusetzen zu können. Ich habe in all meinen Berufen niemals etwas anderes im Sinn gehabt als an die Stellen zu kommen, an denen die Entscheidungen getroffen werden. Und insofern will ich Macht haben – allerdings niemals für mich persönlich, da empfinde ich Macht eher als lästig.“⁸¹ Ob man diesen Nachsatz auch von einem männlichen Politiker hören würde darf bezweifelt werden.

Virginia Penrose kommt laut Yvon-Prager zu dem Schluss, dass nur diejenigen Personen politische Machtpositionen übernehmen werden, die die Macht und den Umgang damit auch für sich selbst zufriedenstellend definiert haben. Nachdem Macht mit Männlichkeit konnotiert ist, haben Frauen, wie bereits angeführt, Probleme, sich damit zu identifizieren – sich mächtig zu fühlen.⁸²

Oft gilt: Je mehr Erfolg man hat, desto mehr Gegenwind bläst einem entgegen. Auch Frauen, welche die politische Karriereleiter hinaufsteigen, bekommen dies zu spüren. Es stellen einige fest, dass die ihnen entgegengebrachten Abwehrstrategien häufig mit ihrer Rolle als Frau in Verbindung gebracht werden. Politikerinnen sehen sich demnach wesentlich mehr als Politiker mit Vorwürfen konfrontiert, die auf ihr Aussehen, ihre Kleidung oder ihre Stimme abzielen.

Eine Frau, die am RednerInnenpult steht und Ziel von ausfälligen, abwertenden bzw. manchmal sexistischen Kommentaren wird, ist keine Seltenheit.⁸³

Eine Handvoll Frauen hat es geschafft an die Schalthebel der Macht zu gelangen. Frauen wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel oder US Außenministerin Hillary Clinton sind kein Garant dafür, dass ab nun alles schon erreicht ist hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik. Im Gegenteil, erst recht muss man nun darauf aufmerksam machen, dass ein ausgesprochen kleiner Prozentsatz an den Spitzen noch keinen Automatismus für einen ausgewogenen Frauenanteil auf den Wahllisten bedeutet. Uta Kletzing, von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft: „Gleichzeitig zeigt das Beispiel Merkel aber auch, dass Frau im Amt nicht gleichzusetzen ist mit Frauenpolitik. Damit Frauen- und Gleichstellungspolitik auf die politische Agenda gelangt, bedarf es vieler Frauen in vielen Ämtern, der sogenannten kritischen Masse und idealerweise auch Bündnispartnern unter den männlichen Entscheidungsträgern.“⁸⁴

⁸¹ Zit. nach Yvon-Prager 1996: 115

⁸² Vgl. Yvon-Prager 1996: 112

⁸³ Vgl. Yvon-Prager 1996: 105f.

⁸⁴ Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 13

Wie bereits ausgeführt, wurde über Jahrhunderte ein ideales Bild der Politik und Gesellschaft entwickelt, das Männer in den öffentlichen und Frauen in den privaten Raum platzierte. Theorien wieso das gerechtfertigt ist, wurden bereits bei den griechischen Philosophen der Antike entwickelt. Aristoteles war davon überzeugt, dass es sich bei Frauen um unfruchtbare Männer handelt und für Platon wurden sündige Männer zur Bestrafung als Frauen wiedergeboren. Im Christentum ging man davon aus, dass die Seelen von Männern mehr wert sind als die der Frauen. Die Medizin des 19. Jahrhunderts lieferte zahlreiche „Beweise“, warum Frauen nicht in der Lage wären, rational-logisch wie Männer zu denken.

Ich möchte nun etwas näher auf die Theorien zum Verhältnis der Geschlechter einiger Philosophen in der Geschichte eingehen.

3.2.1 Platon (428/427. v. Chr. – 348/347 v. Chr.)

Platon war der Auffassung, dass der ideale Staat von Philosophen gelenkt werden sollte. Dabei machte er in seinem Werk „Der Staat“ keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Wenn jemand die nötige Qualifikation mitbringt, ist diese Person auch dafür geeignet.

In seiner weiteren Schrift „Die Gesetze“ ändert sich dieses Bild. Frauen sollen keine staatlichen Ämter übernehmen und auch besitzlos sein. Ausgehend von seinen Argumentationen wären Frauen und Mädchen aber theoretisch durchaus den Männern gleichzustellen. Zum Beispiel wäre es Mädchen, welche den Wunsch äußern, an der Ausbildung der Jungen teilzunehmen, auch zu erlauben. Aufgrund dessen würden sie dann auch die gleichen Befähigungen wie die Jungen erlangen. Diese Schlussfolgerung war jedoch nicht die Intention von Platon. Die Geschlechterfrage zu lösen war nicht seine oberste Priorität.⁸⁵ „[...] daß Frauen an sich gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben wie Männer, ist also eher ein Nebenprodukt der zentralen Bedeutung [...]. Platon, der Rationalist, war immerhin in der Lage, die Frauenfrage, obwohl oder gerade weil sie ihm nicht eigentlich wichtig schien, logisch zu Ende zu denken und die sozialen Fähigkeiten des weiblichen Geschlechts radikal von seinen biologischen zu trennen.“⁸⁶

Einer seiner Vergleiche ist das Bild des „Wachhundes“ dem er die gleichen Fähigkeiten zuschreibt, egal ob männlich oder weiblich. Dieser Vergleich wird wiederum von

⁸⁵ Vgl. Schaeffer-Hegel 1990: 150

⁸⁶ Schaeffer-Hegel 1990: 152

Aristoteles scharf kritisiert, der dazu anmerkt: „Gäbe es bei Tieren doch keine Hausarbeit.“⁸⁷

3.2.2 Aristoteles (384 v. Chr – 322 v. Chr.)

In der idealen und gerechten Gesellschaft des Aristoteles herrschen hierarchische, elitäre und patriarchale Strukturen. Alles – Menschen, Tiere, Dinge – ist einem von der Natur bestimmten Platz zugeordnet, dessen Aufgaben es entsprechend den Anforderungen erfüllen muss. Diese Aufgaben sollen wiederum die nächst höhere Ebene in ihrem Tun unterstützen. So sind Handwerker und Bauern dazu da, um Arbeit für andere zu verrichten, Sklaven sollen ihren Herren dienen und Frauen die Kinder der Männer gebären. „Dies zu tun, ist ihre Seele und daher ihr Glück, - es gut zu erledigen, ihre sittliche Erfüllung, ihre Instrumenten-Ethik. Das letztendliche und allein nur in sich selbst ruhende Ziel des aristotelischen Weltaufbaus ist [...] die rationale Tätigkeit der Seele – das Denken.“⁸⁸ Bürger sind für ihn keineswegs alle die benötigt werden um das Staatsgefüge am Leben zu erhalten, sondern nur diejenigen freien Männer, die ihren Lebensunterhalt ohne Erwerb bestreiten können. Frauen werden in diesem Kontext nicht mehr erwähnt.

Barbara Schaeffer-Hegel fasst sein ideales Bild, das über Jahrhunderte von der katholischen Theologie und der Philosophie weiter verfolgt wurde bzw. nie in Frage gestellt wurde, kritisierend zusammen: „Um es kurz und böse zusammenzufassen: Die ganze belebte Welt und unbelebte Welt hat bei Aristoteles keinen anderen Sinn und Zweck als den, einigen intellektuellen Müßiggängern ihre selbstgenügsamen Gedankenspiele zu ermöglichen und ihnen das Recht zu erteilen, den Rest der Menschen qua philosophischer Argumentation für minderwertig zu erklären, bzw. von der Teilhabe an wichtigen Lebensgütern auszuschließen.“⁸⁹

3.2.3 Die Aufklärer: Thomas Hobbes (1588 – 1679) und Jean-Jacques Rousseau (1712 – 1778)

In der Aufklärung war das hierarchisch aufgebaute Bild des Aristoteles so nicht mehr haltbar, da als Grundannahme alle Menschen für politisch gleichwertig angesehen wurden. Um dennoch das Bild des Mannes als den Herrscher über die Frau zu rechtfertigen, mussten daher andere Theorien entwickelt werden.

⁸⁷ Schaeffer-Hegel 1990: 152

⁸⁸ Schaeffer-Hegel 1990: 153

⁸⁹ Schaeffer-Hegel 1990: 153

Die Natur, die bei Aristoteles bereits für alle Wesen und Dinge einen festgelegten Platz vorsieht, wurde bei den Aufklärern erst als der Ausgangspunkt für die weiteren Handlungen betrachtet. Bei vielen der Theorien, wie zum Beispiel Hobbes oder Rousseau, sind die Frauen daher am Beginn ihrer Überlegungen den Männern gleichgestellt.

Für **Thomas Hobbes** resultiert die gleiche Stellung des Mannes und der Frau darin, dass Frauen auch die Fähigkeit besitzen zu töten und als die Herrscher über ihre Kinder angesehen werden. Sein Hauptwerk „Leviathan“, in dem der bedrohliche Naturzustand durch einen konsensualen und aus Gründen der Vernunft geschlossenen Vertrag Aller, mit gleichzeitiger Übertragung der Alleinherrschaft auf den Souverän, aufgelöst wird, geht auf die Geschlechterfrage nicht mehr weiter ein.

Auch die kleine Einheit Familie hat einen durch die Naturgesetze festgelegten Souverän, den Mann, der über seine Frau, seine Kinder und Sklaven herrscht. Das ist jedoch ein Widerspruch zur Grundannahme, dass die Natur keine Gesetze festsetzt und Herrschaft über Andere nur durch die Gesetze bzw. einen Vertrag zustande kommen kann.

Mit solchen Verstrickungen und verschiedenen Auslegungen hinsichtlich des Naturbegriffs ist Hobbes als Theoretiker der Aufklärung aber nicht alleine.⁹⁰

Als das politische Hauptwerk **Jean-Jacques Rousseau's** gilt „Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts“, erstmals 1762 erschienen.

Außer Frage stand für ihn, dass sich Herrschaft nicht auf die Natur berufen kann, sondern auf Vereinbarungen bzw. einem Vertrag beruht. Für die Menschen wird der Naturzustand bedrohend, daher braucht es einen Staat.⁹¹ Das heißt aber nicht, den freien Willen und die Eigenständigkeit im Sinne des Gemeinwohls abzugeben: „Finde eine Form des Zusammenschlusses, die mit ihrer ganzen gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes einzelnen Mitglieds verteidigt und schützt und durch die doch jeder, indem er sich mit allen vereinigt, nur sich selbst gehorcht und genauso frei bleibt wie zuvor.“⁹² Die Freiheit des Einzelnen nicht aufzugeben gelingt dann, wenn der Schöpfer des Gesetzes das Volk ist, welches von diesen Gesetzen gelenkt wird und nicht ein einzelner Souverän. Ein zu großer Verwaltungsapparat mit zahlreichen Ebenen ist für Rousseau eine Belastung für das Volk und soll daher vermieden werden.⁹³ Wichtig sind in diesem System vor allem Versammlungen, bei denen das Volk die Möglichkeit zur Teilnahme hat und die tunlichst eingehalten werden sollten. Abgeordnete, die die Meinung des Volkes gegenüber dem Souverän vertreten, sind für Rousseau nicht vorstellbar. „Da die

⁹⁰ Vgl. Schaeffer-Hegel 1990: 154ff.

⁹¹ Vgl. Herb 2007: 305f.

⁹² Zit. nach Herb 2007: 306

⁹³ Vgl. Rosmann 2006: 34f.

Souveränität im Wesentlichen im Gemeinwillen besteht, kann sie gemäß Jean Jacques Rousseau auch durch Einzelne nicht vertreten werden. [...] Rousseau geht mit den Gedanken der Volksvertreter hart ins Gericht und hält ein Volk, das sich Vertreter gibt, für nicht mehr frei.“⁹⁴

Die Bildung einer Regierung ist für ihn kein Verlust der Freiheit oder ein Vertragsbruch, sondern ein Gesetz, dass von der Allgemeinheit beschlossen wird, um als ein Bindeglied zwischen dem Staat und dem Souverän zu fungieren.⁹⁵

Der private Bereich der Familie, bestehend aus Vater – Mutter – Kind(er), gilt als das Individuum der Aufklärung. Männer werden daher in zweierlei Hinsicht betrachtet, einerseits als Privatmann in der Familie und andererseits als Bürger und Untertan im öffentlichen Bereich. Für Rousseau sind Frauen das „Einfallstor der Unvernunft, des Triebhaft- natürlichen“⁹⁶. Die Frauen müssen daher im Privaten die Aufgabe übernehmen die Triebe des Mannes zu kontrollieren, da ungezügelteres Verhalten eine Gefahr für das Volk darstellt. Im öffentlichen Bereich wären sie ein Risiko für die Gesellschaft.

Politik soll, von den im Gegensatz zu den Frauen rein von Vernunft geleiteten Männern gemacht werden, da es in dieser Arena keinen Platz für Gefühle, Liebe und Sinnlichkeit gibt. Genau diese Eigenschaften schreibt Rousseau den Frauen zu.

Die Philosophie der Aufklärung war für viele Staatsgründungen der folgenden Jahre ein theoretischer Baustein, dessen Lehren für den Aufbau des Rechtsstaates Vorbild waren. Das Bild, das von der Frau vermittelt wurde, wurde damals institutionalisiert und weiter getragen in die politischen Systeme, die spätestens ab dem 19. Jahrhundert ihren endgültigen Durchbruch erlangten.⁹⁷

3.2.4 Max Weber (1864 – 1920)

Max Weber gilt als einer der großen Denker der Sozialwissenschaften und hat mit seinen kritischen Schriften und Vorträgen maßgeblich Einfluss auf Theorien und Begriffe genommen. Als seine berühmtesten Vorträge gelten „Wissenschaft als Beruf“ und „Politik als Beruf“, die er beide 1919 in einer Münchner Buchhandlung vor dem „Freistudentischen Bund. Landesverband Bayern“ gehalten hat. In diesem Vortrag spricht er unter anderem auch von den Eignungskriterien die ein Politiker für seine Arbeit mitbringen muss und nennt drei Eigenschaften die er als Grundvoraussetzungen wertet: Leidenschaft/

⁹⁴ Rosmann 2006: 36

⁹⁵ Vgl. Rosmann 2006: 37

⁹⁶ Schaeffer-Hegel 1990: 159

⁹⁷ Vgl. Schaeffer-Hegel 1990: 159ff.

Verantwortungsgefühl/ Augenmaß. Im Zuge der gesellschaftlichen Umbrüche die zu dieser Zeit stattgefunden haben, zeigt sich durch genau diese drei Eigenschaften, dass Weber kritisch mit seinen intellektuellen Zeitgenossen ins Gericht geht, die sich in der revolutionären Aufbruchstimmung für die Politik berufen fühlen. „Denn mit der bloßen, als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst an einer „Sache“, auch die Verantwortlichkeit gegenüber ebendieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf es – und das ist die entscheidende psychologische Qualität des Politikers – des Augenmaßes, der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also: der Distanz zu den Dingen und Menschen.“⁹⁸

Weber schließt durch die von ihm definierten Eigenschaften Frauen nicht explizit von der Politik aus, jedoch wird im Verlauf des Vortrags deutlich, dass das nach seinen Vorstellungen ideale Gesamtpaket eines Politikers männlich ist. Politik definiert er kurz gesagt als ein „Wahlschlachtfeld“ und für Schlachtfelder sind Frauen nicht geeignet.⁹⁹

Für ihn charakterisieren sich zwei Arten von Politikern heraus: diejenigen die „für“ die Politik leben und diejenigen die „von“ der Politik leben.¹⁰⁰

⁹⁸ Max Weber: Politik als Beruf, Vortrag 1919 - [textlog.de](http://www.textlog.de/2274.html) (Historische Texte & Wörterbücher)

⁹⁹ Schöler-Macher 1994: 23f.

¹⁰⁰ Vgl. Müller 1995: 17

4 Frauen im österreichischen Parteiensystem

Die Rekrutierung der Frauen für politische Ämter hängt bis heute stark vom innerparteilichen Gefüge und dem Stellenwert der Frauen in den relevanten Gremien ab.¹⁰¹

Es gibt Parteien mit eigenen Frauenorganisationen und wiederum andere, die keine separaten Teilorganisationen vorsehen. Bevor ich in einem späteren Kapitel auf die einzelnen Parteien eingehe, die während der drei von mir untersuchten Legislaturperioden im Nationalrat vertreten waren, möchte ich noch einige theoretische Details zur **Rekrutierung** von PolitikerInnen anführen.

Politikerinnen und Politiker die ein Nationalratsmandat übernehmen, haben in den meisten Fällen mehrere Ebenen in ihrer Partei durchlaufen. Vier zentrale Theorien von Dietrich Herzog beschreiben die Rekrutierung von politischen Eliten:

Der stratifikationstheoretische Ansatz bezeichnet den sozialen Status als das ausschlaggebende Element. Der Status und die Gesellschaftsschicht in der man verkehrt sind für die Rekrutierung relevant.

Weiters führt er den persönlichkeits-theoretischen Ansatz an, also die Persönlichkeitsmerkmale und Charaktereigenschaften die Einfluss auf die Karriere haben. Die dritte Theorie wird als organisationstheoretischer Ansatz bezeichnet und meint die Strukturen innerhalb der jeweiligen Partei in der man Karriere machen möchte. Schlussendlich führt er den karrieretheoretischen Ansatz an, der der vielschichtigste ist, da mehrere Faktoren in Zusammenhang gestellt werden. Es wird davon ausgegangen, dass bereits die Sozialisationsphase und der weitere Verlauf hin zu politischem Engagement, als auch die berufliche Situation und die Tätigkeit in Interessensverbänden relevant sind.¹⁰²

In weiterer Folge hat Herzog zwei Muster des typischen politischen Karrierestarts definiert. Einerseits die Arbeit in Führungspositionen an der politischen Basis, also in der Orts-, oder Bezirkspartei. Diese Funktionen werden auch wenn der Aufstieg geglückt ist, in vielen Fällen weiterhin ausgeübt und dienen als eine Form der Sicherheit, sollte die Spitzenfunktion verloren werden.

¹⁰¹ Vgl. Steininger 1998: 275f

¹⁰² Vgl. Yvon-Prager 1996: 43

In der zweiten Variante geht es um PolitikerInnen, die zuvor hohe Ämter in Interessensverbänden oder nahestehenden Institutionen ausgeübt haben, oder aber in Führungsfunktionen in politiknahen Berufen tätig waren. Teilweise handelt es sich auch um erfahrene AktivistInnen aus dem Bereich der Jugend- und StudentInnenverbände.

Für diese Variante spielt oft das spezielle Fachwissen, das diese Person mitbringt eine relevante Rolle.

Grundsätzlich lässt sich jedoch bei beiden Strategien sagen, dass es sich immer um Personen handelt, die bereits längere Erfahrungen mit der Politik und PolitikerInnen gesammelt haben.¹⁰³

Beate Hoecker erläutert folgende Kriterien, die sich günstig auf einen Aufstieg in einer Partei auswirken können:

Eine Führungsfunktion in einer politiknahen Branche und die Möglichkeit der beruflichen Auszeit für das politische Engagement. Dieses Bild trifft vor allem auf leitende BeamtInnen zu. Innerhalb der Partei wirken sich Kriterien wie das Anciennitätsprinzip aus, oder anders gesagt, wie viele Jahre Erfahrung man bereits in der Politik vorweisen kann. Außerdem sind die politischen Qualifikationen, die zum Beispiel auch von den Parteischulen vermittelt werden, von großer Relevanz. Eine äußerst wichtige Rolle spielt der Rückhalt den man von der eigenen politischen Basis bekommt. Und schlussendlich muss über allen anderen Argumenten der Wille zur Professionalisierung als PolitikerIn stehen.¹⁰⁴

In den österreichischen Parteien sind zu den oben genannten Kriterien auch noch weitere Punkte zu ergänzen. Naßmacher stellt das Senioritätsprinzip in den Mittelpunkt. Ältere KandidatInnen werden auf vordere Listenplätze gereiht, die Jüngeren müssen bis zu deren Ausscheiden aus der Politik auf ihre Vorreihung warten. Anton Pelinka führt ebenfalls das Prinzip der Seniorität als größten Faktor für die Rekrutierung von Spitzenpositionen an. Zusätzlich gibt es aber noch die Tendenz der Parteispitzen, die Seniorität zu umgehen, um Personen auf erfolgversprechende Listenplätze zu reihen die sie für strategisch wichtig halten.

Eine weitere Auffälligkeit für die österreichischen Parteien wird von Heinz Fischer genannt. Es handelt sich um das „Prinzip der Permanenz der Mandate“¹⁰⁵. Wer bereits ein Nationalratsmandat inne hat, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder für einen erfolgversprechenden Listenplatz nominiert werden. Nur wenige Gründe würden dagegen

¹⁰³ Vgl. Yvon-Prager 1996: 44

¹⁰⁴ Vgl. Yvon-Prager 1996: 45f.

¹⁰⁵ Zit. nach Yvon-Prager 1996: 47

sprechen: Alter, Übernahme einer anderen Funktion, persönliche oder gesundheitliche Beweggründe.¹⁰⁶

4.1 Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Die Frauenpolitik in der SPÖ hat von allen Parteien in Österreich die längste Tradition. Am sogenannten „Einigungsparteitag“ der 1888/89 im niederösterreichischen Hainfeld stattfand, verschmolzen die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung zu einer Partei – der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP). Daraus hervorgehend ist das Hainfelder Programm, in dem es heißt: „[...] das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes [...]“¹⁰⁷ soll befreit werden.

Schon im Jahr 1909 wurde das Bundesfrauenkomitee eingeführt und somit eine eigene starke Vertretung der Frauen geschaffen. 1945 wurde in den Statuten verankert, dass Frauen auf allen Ebenen und in allen Gremien vertreten sein sollen.¹⁰⁸

Als Bundeskanzler Bruno Kreisky 1979 vier Staatssekretärinnen in seine Regierung holte, vor allem auch Johanna Dohnal als erste Frauenstaatssekretärin im Bundeskanzleramt in Österreich, erzeugte dies große Aufregung in der Politik, der Gesellschaft und den Medien. Die Entrüstung resultierte darin, dass die Zahl der Frauen in der Regierung so eklatant anstieg. Es gab bereits zuvor eine geringe Anzahl von weiblichen Regierungsmitgliedern, die erste Ministerin war Grete Rehor von 1966 – 1970¹⁰⁹.

Johanna Dohnal erinnert sich an diese Zeit in den Innsbrucker Vorlesungen – die Debatten in den Parteigremien im Vorfeld und den Aufruhr im Anschluss: „Das Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen war dem Bundeskanzleramt unterstellt, mein unmittelbarer Vorgesetzter war also der Bundeskanzler. [...] Es gab mehrstündige Diskussionen, trotzdem kam kein Beschluss zustande. Bruno Kreisky konnte also dem Parteivorstand – so wie es die Abfolge vorsieht: zuerst Präsidium, dann Vorstand – lediglich einen Bericht über die geplanten Personaländerungen vorlegen, aber keinen Beschluss des Parteipräsidiums. Die Abstimmung im Parteivorstand über die zu berufenden Personen erfolgte en bloc und einstimmig. Letzteres ist dadurch zu erklären, dass Kreisky gedroht hatte, den Parteivorsitz im Falle einer Ablehnung zurückzulegen. [...] Am Morgen des 12. Oktober, am Tag nach diesem ereignisreichen Parteipräsidium, Parteivorstand und der

¹⁰⁶ Vgl. Yvon-Prager 1996: 46ff.

¹⁰⁷ Zit. nach Ucakar 1997: 249

¹⁰⁸ Vgl. Hengl 2004: 37f.

¹⁰⁹ Lebenslauf von Grete Rehor auf www.parlament.gv.at

Rücktrittsdrohung des Bundeskanzlers, bat mich Bruno Kreisky an seinen Frühstückstisch und sagte: „Und jetzt fährst du in die Bundesländer und sagst den Frauen, was sich verändert hat.“ Das habe ich dann auch gemacht.“¹¹⁰

Die diversen Medien übertitelten ihre Berichterstattung über die neue Regierung mit Schlagzeilen wie „Sechs Engel für Bruno“, „Kreisky lässt die Puppen tanzen“ oder „Vier-Mäderl-Haus“. Karikaturen zeigten Bruno Kreisky der Büstenhalter aus seinen Taschen zieht oder der als Pascha von vier Damen verwöhnt wird.¹¹¹

Auch wenn es ab diesem Zeitpunkt ein Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen und ab 1990 ein Bundesministerium gab, so bedeutete das nicht, dass Frauen innerhalb der Partei eine Selbstverständlichkeit waren.

In der SPÖ wurde erstmalig 1985 am Bundesparteitag eine Frauenquote von 25% für alle Listen im Parteistatut verankert. Im Vorfeld des Parteitages wurde bei der Bundesfrauenkonferenz jedoch noch ein Antrag beschlossen, der eine Bestimmung von 30% Frauenanteil vorgesehen hätte – entsprechend den damaligen Mitgliederzahlen der Partei. Diese Quote war bereits einigen Frauen, darunter auch Johanna Dohnal, eine zu geringe Forderung an den Bundesparteitag. Sie hätten gerne 40% inklusive einer zeitlichen Vorgabe für die Erfüllung durchgesetzt.

Am Parteitag wollten die männlichen Funktionäre selbst der nun etwas abgeschwächten 30% - Forderung keine Zustimmung erteilen. Die Frauen drohten kurzerhand damit den Parteitag zu verlassen und den Aufstand zu proben. Daraufhin einigte man sich auf eine 25 Prozent-Quote, entsprechend dem Anteil der weiblichen Vertrauenspersonen. Eine Vorgabe, wann das Ziel erreicht werden sollte, gab es nicht.¹¹²

1993 folgte eine Anhebung auf 40% mit dem Ziel in zehn Jahren diese Vorgabe zu erreichen.¹¹³ Nachdem sich der Frauenanteil nur äußerst langsam in Richtung der Vorgabe bewegte und nie durchgängig erreicht wurde, wurden am Bundesparteitag 2010 neuerliche, verschärfende Bestimmungen im Statut zur 40 Prozent – Quote hinzugefügt. So gilt nun aktuell seit der Beschlussfassung das Reißverschlussprinzip für alle Listen, mit dem Zusatz für Gemeinde-, Bezirks- oder Regionalwahlkreise, die zumindest innerhalb der ersten Hälfte der Listen das Prinzip anzuwenden haben. Auch bei Nachrückungen, im Falle des Ausscheidens von MandatarInnen, muss darauf geachtet werden die Quote weiterhin einzuhalten oder diese zu erzielen.

¹¹⁰ Thurner/Weiss 2008: 84f.

¹¹¹ Vgl. Thurner/Weiss 2008: 85f.

¹¹² Vgl. Thurner/Weiss 2008: 42

¹¹³ Vgl. Rösslhumer/ Appelt 2001: 57

Sanktionen die bei Verstößen gegen das Statut drohen sind einerseits das „Nachbessern“ der übergeordneten Ebene. Das heißt, dass wenn bei Nationalratswahlen die Listen eines Landes nicht statutenkonform erstellt wurden, dies durch die Bundesliste ausgeglichen werden kann. Andererseits sollen Quoten- und Fortschrittsberichte erstellt werden, die genaue Informationen über die Zusammensetzung der Listen enthalten bzw. die Maßnahmen anführen, wie der 40% - Frauenanteil bei der nächsten Listenerstellung umgesetzt werden kann.

Anzuführen ist auch, dass es sich bei den Quotenrichtlinien der SPÖ um eine „Geschlechterquote“ handelt. Das Statut verlangt, dass nicht weniger als 40% Frauen bzw. 40% Männer vertreten sein sollen. Aufgrund der derzeitigen Lage entspricht diese Vorgabe jedoch einer Frauenquote.¹¹⁴

4.2 Die Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die österreichische Volkspartei ist nicht in dem Ausmaß zentralistisch organisiert wie die Sozialdemokratische Partei, sondern vor allem in den verschiedenen Bünden. Die drei wichtigsten und größten sind der Bauernbund, der Wirtschaftsbund und der Österreichische Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund. Weiters gibt es die Junge ÖVP, die ÖVP Frauen und den Seniorenbund.¹¹⁵ Der Großteil der Mitglieder ist bei einem der Bünde Mitglied. Dementsprechend schwierig gestaltet sich eine genaue Angabe über die Zahl der Parteimitglieder, da es auch möglich ist in mehreren Bünden gleichzeitig Mitglied zu sein. Somit kann man die ÖVP als eine „indirekte Partei“ bezeichnen, bei der man selbst Mitglied bei einem der Bünde ist, und die Bünde wiederum Mitglieder der Partei sind.¹¹⁶

Diese Zusammensetzung geht auf 1945 zurück, als man sich nach dem Zweiten Weltkrieg von der Vergangenheit abgrenzen wollte und eine neue Partei gründete. Die führenden Persönlichkeiten und die Gruppe der Anhänger blieben jedoch im eigentlichen Sinne gleich. „Von ihrer Vorgängerin, der Christlichsozialen Partei, wollte sich die ÖVP durch ein eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, durch den Verzicht auf die religiöse Etikettierung und durch ein betontes Bekenntnis zur österreichischen Nation unterscheiden.“¹¹⁷

¹¹⁴ Vgl. Das Organisationsstatut der SPÖ 2010: 7;

¹¹⁵ Vgl. Homepage der Österreichischen Volkspartei – Teilorganisationen;
<http://www.oevp.at/links/index.aspx?pageid=38038>

¹¹⁶ Vgl. Müller 1997: 273

¹¹⁷ Müller 1997: 265

Nicht die SPÖ, sondern die ÖVP stellte das erste weibliche Regierungsmitglied. Grete Rehor, zuständig für soziale Verwaltung, wurde vom damaligen Bundeskanzler Klaus von 1966 – 1970 (während der ÖVP-Alleinregierung als Regierungsmitglied) in die Regierung geholt. Sie war auch die erste Frau in Österreich, die das „Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich“ erhielt.¹¹⁸

Der Frauenanteil in der Partei war jedoch meist sehr gering. Eine Ursache ist die Struktur bzw. die Tatsache, dass die in der Partei mächtigsten Bünde diejenigen sind, die traditionell vor allem stark männlich geprägt sind. Außerdem spielt der konservativ-bürgerliche Hintergrund eine entscheidende Rolle.¹¹⁹

Obwohl die Volkspartei längere Zeit gegen eine Quotenregelung argumentierte, wurde trotzdem 1995 eine Quote von einem Drittel für alle öffentlichen Mandate¹²⁰ beschlossen. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Wahlverluste versucht wurde die Gruppe der Wählerinnen mit einer frauenfreundlicheren Politik zu überzeugen.¹²¹

Die ÖVP Frauen sind zwar für Quoten, die Männer in der Partei jedoch tendenziell nicht. Die aktuelle Bundesleiterin der ÖVP Frauen, Nationalratsabgeordnete Dorothea Schittenhelm sagte dazu im Rahmen einer parlamentarischen Enquete zum Thema „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“: „Wir haben heute schon vieles über gesetzliche Quoten in anderen Ländern gehört – auch über die Quoten in Österreich -, und ich schließe mich jenen an, die meinen, dass deren Einhaltung nur durch Sanktionen durchgesetzt und in der Folge auch überwacht werden muss. Quoten sind ein wichtiger Schritt, um Frauen in Führungspositionen und auch in politische Spitzenpositionen und – funktionen zu repräsentieren, wie sie auch in der Gesellschaft vertreten sind: nämlich mit 50 Prozent.“¹²² Der derzeitige Klubobmann der ÖVP, Karlheinz Kopf spricht sich zwar im Rahmen der gleichen Enquete für einen ausgeglichenen Anteil von Frauen und Männern in der Politik aus, hat beim Thema Quoten jedoch Bedenken: „Es ist vielleicht nicht überraschend, dass ich sehr skeptisch bei dieser Frage bin, aber wir werden die Diskussion auch nach dieser Enquete mit Sicherheit weiterführen.“¹²³

Die Diskussionen um den Frauenanteil werden in der ÖVP daher auch nicht so lautstark geführt wie in der SPÖ.

¹¹⁸ Vgl. Homepage des Österreichischen Parlaments - Frauen im Parlament; <http://www.prod.parlament.gv.at/PERK/FRAU/>

¹¹⁹ Vgl. Hengl 2004: 39

¹²⁰ Vgl. Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei 1995: 8

¹²¹ Vgl. Rösslhuber/ Appelt 2001: 57

¹²² Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 62f.

¹²³ Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 28

Ein Faktum ist auch, dass in der politischen Haltung der ÖVP hinsichtlich von Gleichstellungspolitik, diese in manchen Fällen mit Familienpolitik gleichgesetzt wird. Vor allem wenn es um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht.

4.3 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Bereits in der Monarchie gab es das sogenannte „Dritte Lager“, welches vor allem Männer, AkademikerInnen, ProtestantInnen sowie wenig religiöse Menschen, KleinbürgerInnen, -städterInnen und ProtestwählerInnen anzog. Eine Auffälligkeit, die während der langen Geschichte immer wieder auftaucht, sind die internen Auseinandersetzungen, die oft zu Abspaltungen von Gruppen führten.¹²⁴ So wie in der jüngsten Vergangenheit das Liberale Forum und das Bündnis Zukunft Österreich.

Frauen spielten seit jeher keine große Rolle in der FPÖ, auch wenn es einige wenige Ausnahmen wie Heide Schmidt oder Susanne Riess-Passer gab. Der Frauenanteil in den Parteigremien und unter den Abgeordneten ist äußerst gering. Derzeit besteht der freiheitliche Parlamentsklub aus 37 Mitgliedern, davon 6 Frauen, das entspricht 16,22% und ist der niedrigste Anteil unter allen Fraktionen.

Eine in den Strukturen fest verankerte Frauenorganisation wie in der SPÖ oder der ÖVP gibt es in der FPÖ nicht. Frauen- und Gleichstellungspolitik wird vor allem unter die Familienpolitik subsumiert und die wichtige Rolle der Frau als Mutter und Hausfrau wird von zahlreichen Abgeordneten betont. Der Abgeordnete und Anwalt Peter Fichtenbauer meint bei der Frage nach geteilter Hausarbeit von Frauen und Männern im Jahr 2011: „Stammesgeschichtlich hat sich die Verteilung, dass der Mann auf die Jagd geht und die Frau sich um das Heim kümmert, als Erfolgsmodell der Gattung Homo sapiens bewährt. [...] Männer in die Pflicht zu nehmen klingt positiv. Aber in der Realität ist das oft unmöglich. Als Anwalt zum Beispiel ist das nur ganz eingeschränkt möglich.“¹²⁵

Die Freiheitlichen sehen Quotenregelungen zur Anhebung des Frauenanteils als eine Bevormundung und Herabwürdigung der Frauen. Sie argumentieren, dass man Frauen unterstellen würde sie könnten nicht aus eigener Kraft an die politischen Schalthebel gelangen.¹²⁶ Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein meint dazu im Rahmen der bereits erwähnten Parlamentarischen Enquete: „Quoten sind kein

¹²⁴ Vgl. Luther 1997: 286

¹²⁵ News Online, 6. November 2011 - „Ein Mann will anschaffen“

¹²⁶ Vgl. Rösslhumer/ Appelt 2001: 57

Allheilmittel, Quoten sind in Wahrheit eine Nivellierung nach unten. Quoten sind etwas, was Frauen in Wahrheit diskriminiert, weil dann nur noch das Geschlecht ausschlaggebend ist. [...] Gleichzeitig ist es so, dass viele Frauen auch ganz zufrieden sind da, wo sie stehen, dass viele Frauen nicht den Drang haben, in die oberste Position zu gelangen, sondern glücklich sind.“¹²⁷ Die Frauensprecherin der FPÖ, Carmen Gartelgruber fügt dem hinzu: „Das Hineinzwängen in jede Form einer Quote ist eine Diskriminierung. Ich bin Frau und keine Quotenfrau!“¹²⁸

4.4 Die Grünen

Die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen während der 1970er Jahre brachten verschiedenste Gruppierungen hervor, welche gegen die bestehenden Strukturen auftraten. Meist blieb es bei nur kurzen, zu einem speziellen Thema auftretenden Initiativen, teilweise kristallisierten sich jedoch längerfristige Bündnisse unter den Gruppen heraus.

Bei den Nationalratswahlen 1983 kandidierten dann zum ersten Mal Grüne Parteien - die „Vereinten Grünen Österreichs“ (VGÖ) und die „Alternative Liste Österreichs“ (ALÖ). Der Einzug in den Nationalrat gelang jedoch nicht. Erst als 1986 beide Gruppen als die Partei „Die Grüne Alternative-Liste/Freda Meissner-Blau“ für die Nationalratswahlen gemeinsam kandidierten, wurden 4,8% der gültigen Stimmen für sie abgegeben. Dies bedeutete acht Sitze im österreichischen Parlament.¹²⁹ Obwohl davon nur ein Mandat an eine Frau ging, war Freda Meissner-Blau dennoch die Klubvorsitzende. Sie übte ihr Amt rund zwei Jahre aus, bevor sie ihr Mandat zurücklegte.

Als im Herbst 1988 drei Mandate frei wurden, wurden diese mit Frauen nachbesetzt. Frauen spielten daher seit der Gründung der Grünen eine wesentliche Rolle und wurden bereits 1987 in den Satzungen als gleichberechtigte Partnerinnen durch die Parität von Frauen und Männern in den Gremien und für die Listen institutionalisiert. Zur Erstellung von Listen findet das Reißverschlussprinzip seit 1990 seine Anwendung und garantiert daher einen hohen Frauenanteil. Nach Freda Meissner-Blau gab es noch zwei weitere Frauen an der Klubspitze, Madeleine Petrovic von 1992 – 1999 und Eva Glawischnig-Piesczek seit 2008¹³⁰.

¹²⁷ Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 25

¹²⁸ Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 68

¹²⁹ Dachs 1997: 304ff.

¹³⁰ Vgl. Homepage des Österreichischen Parlaments, Abgeordnete zum Nationalrat seit 1920
<http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/>

Einerseits sprechen die basisdemokratischen Strukturen Frauen eher an als traditionelle, konservative Parteistrukturen und andererseits konnten Frauen von Beginn an mitbestimmen, da es keine männlichen Abgeordneten gab, auf deren Ausscheiden man erst warten musste.

Die Grünen fordern seit Jahren mehr Frauen in der Politik und bringen in unregelmäßigen Abständen Initiativanträge, mit Forderungen wie dieses Ziel erreicht werden könnte, ein. Eine Variante wäre demnach den Frauenanteil an die Klubförderung oder an die Parteienförderung zu koppeln.¹³¹

Quoten sind für die Grünen kein Reizthema, sondern notwendig wenn es auf anderen Kanälen nicht möglich ist eine adäquate Vertretung von Frauen in der Politik zu erreichen. Die aktuelle Frauensprecherin der Grünen Judith Schwentner: „Ich finde auch, dass die Quote ein unelegantes Instrument ist. Auch die Sozialhilfe ist ein unelegantes Instrument, aber sie wirkt und ist notwendig.“¹³²

Frauen- und Genderpolitik ist generell ein wichtiges Anliegen der Grünen, da sie selbst in der Präambel ihres Grundsatzprogrammes die Frauenbewegung als eine ihrer Wurzeln ansehen.¹³³

Im nächsten Kapitel werde ich noch genauer auf die parlamentarischen Initiativen für einen höheren Frauenanteil eingehen, die meistens von den Grünen ausgehen.

4.5 Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

Im Jahr 2005 kam es zur Abspaltung des Bündnis Zukunft Österreich von der FPÖ unter der Führung von Jörg Haider. Die bis dahin in der Bundesregierung verbliebenen FPÖ Regierungsmitglieder folgten ihm nach. Die amtierende Regierung bestand nun aus den Parteien ÖVP und BZÖ.¹³⁴

Das BZÖ hat drei Fachorganisationen¹³⁵: Generation Zukunft Österreich, Familienzukunft Österreich sowie die BZÖ Bauern und bleibt frauenpolitisch in der Tradition der FPÖ. Verbindliche Quotierungen zur Steigerung des Frauenanteils werden vom BZÖ abgelehnt.

¹³¹ Vgl. Hengl 2004: 41

¹³² Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 27

¹³³ Vgl. Grundsatzprogramm der Grünen

¹³⁴ Vgl. Neurieser 2008: 151f.

¹³⁵ Vgl. Homepage Bündnis Zukunft Österreich – Fachorganisationen; <http://www.bzoe.at/unser-team/fachorganisationen.html>

Im „Programm des Bündnis Zukunft Österreich“¹³⁶ wird die Frau vor allem in ihrer Rolle als Mutter hervorgehoben. In einem kurzen Abschnitt zur Gleichstellungspolitik werden Frauen in Führungspositionen, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und die Gewalt an Frauen als die zentralen Herausforderungen genannt.

In der laufenden Legislaturperiode gibt es unter den insgesamt 16 Abgeordneten 3 Frauen. Das entspricht einem Frauenanteil von 18,75% und liegt nur marginal über dem des FPÖ.¹³⁷

4.6 Das Liberale Forum (LIF)

Das Liberale Forum wurde 1993 von der FPÖ-Politikerin Heide Schmidt gegründet, die sich mit weiteren vier Parlamentsabgeordneten des liberalen Flügels von der FPÖ „abspaltete“ und somit den Klubstatus erlangte. Die Partei entstand in einer Periode, in der sich die Lagerbindung immer mehr auflöste und neben den traditionellen drei Lagern weitere Gruppierungen entstanden. Einige Jahre zuvor hatten bereits die Grünen den Einzug in den Nationalrat geschafft. Später im selben Jahr wurde Heide Schmidt dann offiziell zur Bundessprecherin der neu gegründeten Partei gewählt.¹³⁸

Es wurde keine Quotenregelung eingeführt und keine separate Frauenorganisation geschaffen.¹³⁹ Der Zugang zur Quote ist, dass eine Regelung, die den Frauenanteil heben soll nicht vorgesehen ist, aber nicht dezidiert ausgeschlossen wird. Es wird jedoch damit argumentiert, dass der liberale Grundgedanke der Partei grundsätzlich eine Selbstregulation vorsieht.¹⁴⁰

Im Gegensatz zur FPÖ, wurden Frauen im Liberalen Forum von Heide Schmidt durchaus gefördert und wie bei den Grünen 1986 standen die Parteipositionen zum ersten Mal zur Disposition. Im einem späteren Kapitel dieser Arbeit, in dem drei Gesetzgebungsperioden analysiert werden, wird sich zeigen, dass das Liberale Forum immer überproportional Frauen als Erstrednerinnen vorweisen konnte.

Bis zur Nationalratswahl 1999 war das Liberale Forum durchgängig im Nationalrat vertreten, scheiterte dann jedoch an der notwendigen 4%-Hürde. Heide Schmidt ist nicht

¹³⁶ Vgl. Programm des Bündnis Zukunft Österreich: 51

¹³⁷ Vgl. Homepage des Österreichischen Parlaments, Abgeordnete zum Nationalrat seit 1918
<http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/>

¹³⁸ Vgl. Hengl 2004: 41f.

¹³⁹ Vgl. Hengl 2004: 42

¹⁴⁰ Vgl. Rösslhumer/ Appelt 2001: 57

mehr Bundessprecherin, aber mit Angelika Mlinar steht wieder eine Frau an der Spitze der Partei.¹⁴¹

5 Die Entwicklung des Frauenanteils im Österreichischen Parlament

Mit dem Ende der Monarchie in Österreich und der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechtes im Jahr 1918, hatten Frauen erstmals die Möglichkeit der aktiven Teilhabe am parlamentarischen Prozess. Nach den Wahlen im Jahr 1919 zogen die ersten acht weiblichen Abgeordneten ins Parlament ein, sieben Sozialdemokratinnen und eine Abgeordnete der Christlichsozialen Partei.¹⁴²

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Welt für Frauen in einer Geschwindigkeit verändert, wie niemals zuvor in der Geschichte. Vor allem zu Beginn der 1970er Jahre herrschte in der Gesellschaft und in der Politik eine Aufbruchstimmung, die es nach und nach ermöglichte, Gesetze zu beschließen, die Frauen und Männern zum ersten Mal die gleichen Rechte und Pflichten zugestanden. Parallel dazu, spielten Frauen nun auch in der Politik eine größere Rolle und der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Nationalrat begann langsam zu steigen. Ich möchte daher in diesem Kapitel näher auf das statistische Datenmaterial seit 1945 zum Frauenanteil im Parlament eingehen. Es soll einerseits der allgemeine Anteil im Plenum, die Verteilung in den Fachausschüssen und der Anteil von Frauen in Führungspositionen des Parlaments erläutert werden.

5.1 Der Nationalrat

Anhand der folgenden Tabelle wird ersichtlich, dass sich bis Mitte der 1970er Jahre der Frauenanteil im Wesentlichen zwischen 4,85% (Minimalwert) und 6,67 % (Maximalwert) bewegt hat. Erst mit Beginn der XIV. Legislaturperiode 1975 ist eine leichte Steigerung zu

¹⁴¹ Vgl. Präsidium des Liberalen Forums - <http://www.lif.at/index.php/das-team/itemlist/category/18-pr%C3%A4sidium>

¹⁴² Vgl. Homepage des Österreichischen Parlaments, Abgeordnete zum Nationalrat seit 1918 <http://www.parlament.gv.at/WWER/PARL/>

sehen, die mit 33,88% in der XXII. Legislaturperiode (Beginn 20.12. 2002) gipfelte. Seitdem ist der Anteil wieder rückläufig und steht bei derzeit 27,87%¹⁴³. Erst im Jahr 1986 gab es eine Steigerung mit einem Frauenanteil von erstmalig mehr als 10%.

Das Plus in den 1970er Jahren hat mit dem Erstarken der Zweiten Frauenbewegung in dieser Zeit zu tun, und deren Einfluss auf die Politik und die Gesellschaft.¹⁴⁴ (vgl. Tabelle)

Gesetzgebungsperiode	Beginn	Anzahl	Frauen	In%
Provisorische Nationalversammlung	21.10.1918	208	0	0,00
Konstituierende Nationalversammlung	04.03.1919	159	8	5,03
I. Gesetzgebungsperiode	10.11.1920	175	9	5,14
II. Gesetzgebungsperiode	20.11.1923	165	8	4,85
III. Gesetzgebungsperiode	18.05.1927	165	6	3,64
IV. Gesetzgebungsperiode	02.12.1930	165	11	6,67
V. Gesetzgebungsperiode	19.12.1945	165	9	5,45
VI. Gesetzgebungsperiode	08.11.1949	165	9	5,45
VII. Gesetzgebungsperiode	18.03.1953	165	10	6,06
VIII. Gesetzgebungsperiode	08.06.1956	165	9	5,45
IX. Gesetzgebungsperiode	09.06.1959	165	10	6,06
X. Gesetzgebungsperiode	14.12.1962	165	10	6,06
XI. Gesetzgebungsperiode	30.03.1966	165	10	6,06
XII. Gesetzgebungsperiode	31.03.1970	165	8	4,85
XIII. Gesetzgebungsperiode	04.11.1971	183	11	6,01
XIV. Gesetzgebungsperiode	04.11.1975	183	14	7,65
XV. Gesetzgebungsperiode	05.06.1979	183	18	9,84
XVI. Gesetzgebungsperiode	19.05.1983	183	17	9,29
XVII. Gesetzgebungsperiode	17.12.1986	183	21	11,48
XVIII. Gesetzgebungsperiode	05.11.1990	183	36	19,67
XIX. Gesetzgebungsperiode	07.11.1994	183	40	21,86
XX. Gesetzgebungsperiode	15.01.1996	183	47	25,68
XXI. Gesetzgebungsperiode	29.10.1999	183	49	26,78
XXII. Gesetzgebungsperiode	20.12.2002	183	62	33,88
XXIII. Gesetzgebungsperiode	30.10.2006	183	57	31,15
XXIV. Gesetzgebungsperiode	28.10.2008	183	50	27,32

Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Frauen im Parlament,
<http://www.parlament.gv.at/PERK/FRAU/>

Die Rekrutierung von Frauen und Männern für Nationalratswahlmandate erfolgt in Österreich über ein Listenwahlsystem, das in der ersten Republik eingeführt und für die zweite Republik im Wesentlichen übernommen wurde. Bei der Wahlrechtsreform von 1992 wurde zusätzlich die Vorzugsstimmenvergabe implementiert. Jedoch entscheidet man sich grundsätzlich nach wie vor für eine Liste und nicht nur für eine spezielle Person.

Evaluierungen nach der Einführung zeigten, dass sich die Wahllisten trotz der Möglichkeit einer Direktstimme für eine Kandidatin oder einen Kandidaten nicht veränderten und die

¹⁴³ Vgl. Homepage des Österreichischen Parlaments, Abrufdatum: 15. Jänner 2012;

<http://www.parlament.gv.at/>

¹⁴⁴ Vgl. Neyer 1997: 186

Besetzung des Nationalrates weiterhin von den Parteien nach eigenem Ermessen gestaltet wurde.

Daraus folgt: „Trotz Stärkung der Persönlichkeitswahl durch die Wahlrechtsreform 1992 ist daher mit der Platzierung von KandidatInnen auf den Wahllisten eine wichtige Vorentscheidung über einen möglichen Einzug in den Nationalrat getroffen, deren Realisierung im wesentlichen nur noch vom Wahlausgang abhängig ist.“¹⁴⁵

Die wichtigen Beschlüsse finden im Vorfeld statt und werden von den parteiinternen Gremien abgesegnet, die oftmals in hoher Zahl männlich besetzt sind.

Wilhelm Brauner vergleicht die Listen bzw. das Angebot der KandidatInnen mit einem „politischen Supermarkt“. Nur aus dem was angeboten wird, kann man auswählen. Wenn man nichts findet, geht man mit leeren Händen und unzufrieden nachhause. Im Fall der Politik hat man somit die Entscheidung getroffen nicht wählen zu gehen.¹⁴⁶

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel angeführt, haben einige Parteien selbstaufgelegte Quoten um den Frauenanteil zu steigern.

Nachdem nun die Besetzung der Listen direkt Auswirkung auf die spätere Übernahme von Mandaten hat, ist es besonders wichtig bereits hier die jeweilige Parteiquote zu erfüllen.

Nicht nur sollte die Anzahl der Frauen allgemein berücksichtigt werden, sondern auch die Platzierung. Eine Liste, die einen hohen Frauenanteil aufweist, Frauen jedoch auf die hinteren Plätze reiht, wird die Quote in der Praxis schlussendlich nicht erfüllen.

Es ist daher von besonderer Bedeutung auf welchen Positionen Frauen und Männer gereiht werden. Die Listenplätze in der vorderen „Reihe“, die mit hoher Wahrscheinlichkeit einen gesicherten Platz im Nationalrat garantieren, werden in den meisten Fällen an bereits im Nationalrat vertretene PolitikerInnen vergeben („Permanenz der Mandate“¹⁴⁷). Es kommt daher in den vordersten Reihen nur selten zu Veränderungen, vor allem wenn es darum geht, statt einem Mann eine Frau zu nominieren.

Gerda Neyer berichtet von einem Richtungswechsel bei den Großparteien weg vom Permanenzprinzip hin zu „Mandate auf Zeit“¹⁴⁸ von dem vor allem Frauen betroffen sind.

Abgeordnete übernehmen Regierungsämter und neue weibliche Abgeordnete ziehen stattdessen ins Parlament auf deren freigewordene Mandate ein. Bei Regierungsumbildungen oder Neuwahlen werden diese Frauen wieder aus dem Nationalrat verabschiedet – im Gegensatz zu den männlichen Abgeordneten. Speziell die SPÖ hat dieses System des Öfteren angewendet. Daraus lässt sich auch ableiten, warum

¹⁴⁵ Neyer 1997: 187

¹⁴⁶ Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 16

¹⁴⁷ Neyer 1997: 188

¹⁴⁸ Neyer 1997: 188

zu Beginn einer Legislaturperiode der Frauenanteil meist geringer ist als gegen Ende. Das trifft beispielsweise auch für die jetzige Gesetzgebungsperiode zu.

Weitere Gründe sind auch der Einfluss und das Interesse von regionalen Organisationen auf die Listenerstellung. Jede Region bzw. jedes Bundesland möchte so viele KandidatInnen wie möglich als VertreterInnen in den Nationalrat entsenden. In den regionalen Strukturen spielen die männlichen Netzwerke oft eine wesentlich markantere Rolle als auf Bundesebene, da der Gleichstellungsaspekt noch nicht in dem Ausmaß anerkannt ist. Sieglinde Rosenberger schlussfolgert: „Je höher angesiedelt und je zentralistischer die politische Arena ist, desto größer sind die Vertretungschancen von Frauen. [...] Eine bestimmte Anzahl von Frauen in Spitzenpositionen scheint nicht nur systemkonform, sondern systemnotwendig zu sein.“¹⁴⁹ Ein eindeutiges Indiz dafür ist der in Österreich äußerst geringe Anteil an Kommunalpolitikerinnen, vor allem Bürgermeisterinnen. Nur in 110 von 2357 Gemeinden stehen Frauen an der Spitze.¹⁵⁰

Außerdem werden bei der Berufung von ExpertInnen in politische Mandate teilweise Männer gegenüber Frauen bevorzugt, bzw. wird ihnen eher ExpertInnenwissen zugetraut. Zu guter letzt spielen gerade in der österreichischen Politik auch die Interessensverbände eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Mandate für die eigene Gruppe zu besetzen. Diese Verbände sind jedoch immer noch stark männlich geprägt (ÖGB, WKÖ,...).¹⁵¹

Ein Teil der hier angeführten Hürden hat sich bereits etwas verringert, jedoch ist es nach wie vor für Frauen schwerer ein Nationalratsmandat zu erhalten, als für Männer.

Gerda Neyer schreibt dazu: „Die Präsenz von Frauen im Nationalrat hängt demnach nicht von der Wahlrechtsreform, sondern von der Geschlechterpolitik der Parteien ab. Diese haben sich bislang noch zu keiner grundlegenden Revision ihrer Haltung gegenüber Frauen und Männern durchgerungen. Frauen werden somit weiterhin gezwungen sein, sich ihre Vertretung im Nationalrat und in allen politischen Gremien gegen inner- und außerparteiliche Widerstände zu erkämpfen.“¹⁵²

¹⁴⁹ Rösslhuber/ Appelt 2001: 33

¹⁵⁰ Vgl. OTS0293, 11. November 2011: BR-Präsidentin Neuwirth will mehr Frauen für Kommunalpolitik gewinnen; Utl.: Neuwirth zu Gast im Frauenausschuss des Sädtebundes

¹⁵¹ Vgl. Neyer 1997: 188f.

¹⁵² Neyer 1997: 191

5.2 Die Fachausschüsse

Wie sich die einzelnen Fraktionen in den Ausschüssen zusammensetzen, wird von den Klubs selbst entschieden und erfolgt nach bestimmten Parametern:

„Wichtigkeit des Ausschusses, sozialpartnerschaftliche Interessen, Sachkompetenz und persönliche Interessen, Wünsche der Abgeordneten, zeitliche Belastung durch Ausschusstätigkeit sowie formale Beschickung.“¹⁵³

Zusätzlich zu diesen Kriterien war jedoch über viele Jahre augenfällig, dass Frauen vor allem in den Ausschüssen vertreten waren, die sich mit vor allem den Frauen zugeschriebenen Themen beschäftigen – z.B. der Familienausschuss oder der Ausschuss für Arbeit und Soziales. Männer hingegen waren überproportional in mit hohem Prestige ausgestatteten Ausschüssen wie dem Finanzausschuss oder dem Verfassungsausschuss vertreten. Um vergleichen zu können, wie sich der Anteil der Obfrauen entwickelte und vor allem in welchen Ausschüssen sie dieses Amt innehatten, folgt eine kurze Übersicht über die von mir gewählten Legislaturperioden.

Teilweise kam es während der Legislaturperioden zu personellen Veränderungen, es findet sich in dieser Übersicht immer die Person, die bei der Konstituierung als Vorsitzende ernannt wurde. Es wurden auch alle Unterausschüsse und Untersuchungsausschüsse in die Analyse mit aufgenommen.

XX. Gesetzgebungsperiode: 15.1.1996 – 28.10.1999

Insgesamt gab es 83 Ausschüsse, 17 davon hatten eine weibliche Obfrau (vgl. Tabelle). Demnach ergibt sich ein Frauenanteil von 20,48%. Dieser Wert liegt deutlich unter dem allgemeinen Frauenanteil im Nationalrat von 25,68%.

Einige wenige „untypische“ Ausschüsse hatten eine Obfrau. Dazu zählen der Unterausschuss des Rechnungshofausschusses, der Wirtschaftsausschuss und der Justizausschuss.

Bis auf die Grünen stellten alle Parteien zumindest eine Obfrau. Das Verhältnis zwischen SPÖ und ÖVP hält sich die Waage. Drei Ausschüsse werden von FPÖ und LIF beschickt.

¹⁵³ Neyer 1990: 46f.

Ausschuss	Obfrau
Ausschuss für Arbeit und Soziales	Annemarie Reitsamer (SPÖ)
Familienausschuss	Ilse Mertel (SPÖ)
Unterausschuss des Familienausschusses - Lage der Jugend in Österreich	Brigitte Tegischer (SPÖ)
Gleichbehandlungsausschuss	Ilse Mertel (SPÖ)
Unterausschuss des Gleichbehandlungsausschusses	Elisabeth Hlavac (SPÖ)
Unterausschuss des Gleichbehandlungsausschusses – Frauen- Volksbegehren	Elisabeth Hlavac (SPÖ)
Justizausschuss	Maria Theresia Fekter (ÖVP)
Unterausschuss des Justizausschusses	Maria Theresia Fekter (ÖVP)
Unterausschuss des Justizausschusses	Maria Theresia Fekter (ÖVP)
Kulturausschuss	Heide Schmidt (LIF)
Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen	Brunhilde Fuchs (SPÖ)
Ständiger Unterausschuss des Rechnungshofausschusses	Ute Apfelbeck (FPÖ)
Umweltausschuss	Anna Elisabeth Aumayr (FPÖ)
Wirtschaftsausschuss	Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP)
Unterausschuss des Wirtschaftsausschusses - Gewerberechtsnovelle	Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP)
Unterausschuss des Wirtschaftsausschusses	Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP)
Unterausschuss des Wirtschaftsausschusses	Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP)

Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments – Ausschüsse;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/AUS/>

XXIII. Gesetzgebungsperiode: 30.10.2006 – 27.10.2008

Während dieser Legislaturperiode gab es insgesamt 47 Ausschüsse, davon wurden 14 von weiblichen Abgeordneten geleitet (= 29,78% Frauenanteil). Bei einem Frauenanteil von 31,15% aller Abgeordneten des Nationalrates, entspricht dies ungefähr der Gesamtverteilung (vgl. Tabelle).

Etwas mehr als bei den Ausschüssen der XX. Gesetzgebungsperiode, ist hier die Aufteilung wieder sehr geschlechtertypisch angelegt. Bis auf den wichtigen Hauptausschuss, der von der Präsidentin des Nationalrates geleitet wird und den Justizausschuss, bleibt es bei der „klassischen Verteilung“.

Ausschuss	Obfrau
Ausschuss für Arbeit und Soziales	Heidrun Silhavy (SPÖ)
Unterausschuss des Außenpolitischen Ausschusses – Fortschreibung des Dreijahresprogramms der Österreichischen Entwicklungspolitik 2007 – 2009	Petra Bayr (SPÖ)
Bautenausschuss	Doris Bures (SPÖ)
Familienausschuss	Ridi Steibl (ÖVP)
Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie	Michaela Sburny (Grüne)
Gesundheitsausschuss	Barbara Rosenkranz (FPÖ)
Gleichbehandlungsausschuss	Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ)
Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses	Barbara Prammer (SPÖ)
Hauptausschuss	Barbara Prammer (SPÖ)
Justizausschuss	Maria Theresia Fekter (ÖVP)
Kulturausschuss	Christine Muttonen (SPÖ)
Ausschuss für Menschenrechte	Terezija Stoisits (Grüne)
Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen	Gisela Wurm (SPÖ)
Umweltausschuss	Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne)

Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments – Ausschüsse;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/AUS/>

XXIV. Gesetzgebungsperiode: seit 28.10.2008

In der derzeitigen Legislaturperiode gibt es insgesamt 49 Ausschüsse.

Davon haben 13 Ausschüsse eine Obfrau, das ist somit ein Anteil von 26,5% an den Ausschüssen und entspricht in etwa dem allgemeinen Frauenanteil im Parlament (vgl. Tabelle).

Die klassischen Ausschüsse wie der Ausschuss für Arbeit und Soziales, der Familienausschuss, der Gleichbehandlungsausschuss oder der Ausschuss für Menschenrechte sind nach wie vor Frauenangelegenheit.

Aufgrund der nach wie vor weiblichen Nationalratspräsidentin wird der Hauptausschuss von einer Frau geleitet. Besonders erwähnenswert ist der von großem medialen Interesse begleitete Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen, der von einer Frau geleitet wird.

Ausschuss	Obfrau
Untersuchungsausschuss: Klärung von Korruptionsvorwürfen	Gabriela Moser (Grüne)
Ausschuss für Arbeit und Soziales	Renate Csörgits (SPÖ)
Unterausschuss des Außenpolitischen Ausschusses: Entwicklungszusammenarbeit	Petra Bayr (SPÖ)
Bautenausschuss	Ruth Becher (SPÖ)
Familienausschuss	Ridi Maria Steibl (ÖVP)
Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie	Ruperta Lichtenecker (GRÜNE)
Gesundheitsausschuss	Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ)
Gleichbehandlungsausschuss	Gisela Wurm (SPÖ)
Hauptausschuss	Barbara Prammer (SPÖ)
Kulturausschuss	Sonja Ablinger (SPÖ)
Ausschuss für Menschenrechte	Alev Korun (Grüne)
Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen	Ursula Haubner (BZÖ)
Umweltausschuss	Christiane Brunner (Grüne)

Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments – Ausschüsse;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/AUS/>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es keine großen Veränderungen bei der Besetzung von leitenden Funktionen der Ausschüsse gegeben hat. Auch wenn ein paar Obfrauen einen Ausschuss geleitet haben oder leiten, der nicht dem traditionellen Bild der Geschlechterrollen entspricht, sind dies doch nur Ausnahmen und nicht die gängige Regel.

5.3 Das Nationalratspräsidium

Seit Beginn der 2. Republik gab es in Österreich insgesamt 11 PräsidentInnen des Nationalrates. Die erste Frau die an der Spitze des Präsidiums steht, ist die seit 2006 amtierende Präsidentin Barbara Prammer (SPÖ).

Einige wenige Zweite und Dritte PräsidentInnen gab es bereits in der Geschichte, jedoch erst relativ spät in der Zweiten Republik:

Marga Hubinek (ÖVP), Zweite Präsidentin von 1986 – 1990

Heide Schmidt (FPÖ), Dritte Präsidentin von 1990 – 1994

Barbara Prammer (SPÖ), Zweite Präsidentin von 2004 – 2006

Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne), Dritte Präsidentin 2006 – 2008¹⁵⁴

¹⁵⁴ Vgl. Homepage des Österreichischen Parlaments – Präsidentinnen und Präsidenten seit 1920;
<http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/PRAES/>

Die Übersicht zeigt, dass bis auf das Liberale Forum und das BZÖ, deren beider parlamentarische Vergangenheit eher kurz ist, bereits alle Parteien eine Frau für das Präsidium nominiert haben.

5.4 Initiativen zur Erhöhung des Frauenanteils – Die Quote

5.4.1 Die Quote

Eine Frau mehr, heißt ein Mann weniger. „Eine konsequente Umsetzung der Quotierung zieht in absehbarer Zeit sichtbare und konkrete Machtverluste auf seiten der Männer und eine spürbare Machtverschiebung zugunsten der Frauen nach sich.“¹⁵⁵

Um diesen Umstand wissend, wird daher von vielen Männern eine verpflichtende Quotenregelung abgelehnt. Frauenpolitikerinnen betonen immer wieder, dass Quoten nur Übergangslösungen bis zu dem Zeitpunkt sein sollen, an dem die Gleichberechtigung erreicht wurde. Die derzeit amtierende Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek spricht sich für Quoten in der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik aus und meint dazu:

„Ich weiß, die Quote ist nicht elegant, aber sie ist wirkungsvoll. Sie wirkt langsam, aber sie wirkt.“¹⁵⁶ Die Notwendigkeit von Quoten wird damit argumentiert, dass die Politik nach wie vor ein männlich dominiertes Feld ist und Männerbünde gerne unter sich bleiben. Frauen sind daher von zumeist undurchlässigen Barrieren betroffen und resignieren schlussendlich.

Von männlicher Seite wiederum wird behauptet, dass es keine qualifizierten Frauen gäbe und daher die Männer weiterhin an den Schalthebeln der Macht verbleiben würden.¹⁵⁷ Frauen hätten ein zu geringes Interesse an der Politik und würden sich aufgrund der mangelnden Vereinbarkeit – auch wenn von männlichen Politikern gefragt - gegen einflussreiche und zeitintensive Positionen entscheiden.¹⁵⁸

Aber es gibt auch die Gruppe der Frauen, die die Meinung vertreten, es braucht keine Quote um mehr Frauen in Spitzenposition zu bringen. Sie argumentieren: sie selbst haben es durch harte Arbeit geschafft, daher braucht es ergo nur den Willen und das Durchhaltevermögen, aber keine Soll-Bestimmungen. Die Parteien würden, um die

¹⁵⁵ Hoecker 1990: 36

¹⁵⁶ OTS0059, 26. Mai 2011: Frauenministerin Heinisch-Hosek: Quote ist nicht elegant, aber wirkungsvoll

¹⁵⁷ Vgl. Hoecker 1990: 37

¹⁵⁸ Vgl. Neyer 1990: 39

notwendigen Quotierungen zu erreichen, „Alibifrauen“ auf ihre Listen setzen und der Widerstand der Männer wäre nur umso größer und die Reputation für Frauen in der Politik katastrophal.¹⁵⁹

Das Argument der Qualifikation wird auch sehr oft von männlichen Abgeordneten verwendet, vergessend, dass es bereits teilweise Quoten gibt, die ihnen zu Macht verhelfen. Beispielsweise sind in einigen der Parteien Kontingente für die Sozialpartner „reserviert“ und aufgrund deren interner, stark männlich geprägter Strukturen handelt es sich meistens um Männer die dadurch zum Zug kommen.¹⁶⁰

Wie bereits in einem der vorangegangenen Kapitel dargelegt, haben manche der Parteien interne Quoten-Regelungen und andere wiederum nicht. Auch wenn diese Quoten in sehr vielen Fällen nicht erfüllt werden, so bewirken sie dennoch immer wiederkehrende Debatten zu Frauen in der Politik und erzeugen damit eine verstärkte Sensibilisierung. Die Männer in den Parteien, welche Selbstverpflichtungen für ihre Listen und/oder Gremien festgeschrieben haben, müssen sich im Vorfeld von Wahlen zwangsläufig mit dem Thema auseinandersetzen.

Für einen höheren Frauenanteil in den gesetzgebenden Körperschaften in Österreich kommt es vor allem auf die Parteien an. Sie sind die „gatekeeper“ die für die einen PolitikerInnen die Türen öffnen, und vor den anderen PolitikerInnen verschließen.¹⁶¹

In vielen Fällen hat sich gezeigt, dass nur eine Soll-Bestimmung alleine keine Veränderungen bringt. In Polen gilt seit 2011 ein Gesetz, das einen Frauenanteil von 35 Prozent auf KandidatInnenlisten vorschreibt, jedoch ohne den Zusatz wie die KandidatInnen zu platzieren sind. Bei den anstehenden Parlamentswahlen zeigt sich nun, dass Frauen vor allem auf die hinteren Plätze gereiht werden. Frauenrechtlerinnen fordern daher zusätzlich das Reißverschlussprinzip ein und bereiten einen überarbeiteten Gesetzesentwurf vor.¹⁶²

Eine gesetzliche Verankerung von Frauenquoten wird in Österreich vor allem per parlamentarischer Initiativen immer wieder von den Grünen eingefordert. Mehr zu diesen Anträgen folgt im nächsten Punkt.

¹⁵⁹ Vgl. Hengl 2004: 37

¹⁶⁰ Vgl. Hengl 2004: 45

¹⁶¹ Vgl. Hengl 2004: 37

¹⁶² Vgl. APA0413 5 AA 0494 CA, 6. September 2011: Polen – Institut: Frauenquote hilft Politikerinnen wenig; Utl.: Landen auf Listenplätzen oft weit hinten

5.4.2 Anträge

Am 25. November 2008 wurde von den Grünen ein Antrag eingebracht, der die Koppelung einer Frauenquote an das Parteienfinanzierungsgesetz vorsieht.

Sie gehen dabei von einem 50% Richtwert aus. „Jede Partei, deren Frauenquote mindestens 50% beträgt, erhält eine Erhöhung des Grundbetrages aus der Parteienfinanzierung, um den Prozentsatz der im Nationalrat erreichten Frauenquote. Parteien, deren Frauenquote in Prozent weniger als 50% ausmacht, erhalten keine Erhöhung.“¹⁶³ Weitere Maßnahmen die nach diesem Initiativantrag finanzielle Zuschüsse garantieren würden, sind Aktionspläne zur Frauenförderung oder Maßnahmen der Parteischulen, die über das Publizistikförderungsgesetz zu einem höheren Frauenanteil beitragen würden. Die Klubförderung soll an eine 50% Frauenquote gekoppelt werden und Parteien, die einen Frauenanteil von weniger als 40% auf ihren KandidatInnenlisten vorweisen, werden für Nationalratswahlen nicht zugelassen.¹⁶⁴

Nach einer äußerst hitzigen Debatte während der Ersten Lesung des Antrags, wurde er schlussendlich im Gleichbehandlungsausschuss am 26.3.2009 vertagt.¹⁶⁵

Ebenfalls von Abgeordneten der Grünen Partei wurde am 4. Februar 2011 ein Entschließungsantrag zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Konkrete Forderungen sind nicht enthalten.¹⁶⁶ Der Antrag wurde ebenfalls im Gleichbehandlungsausschuss vertagt.¹⁶⁷

5.4.3 Parlamentarische Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik!“

Am 7. Oktober 2009 fand eine ganztägige Parlamentarische Enquete im Plenarsaal des Nationalrates statt, deren Abhaltung von allen Klubs parteiübergreifend beschlossen wurde. Der Titel: „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik!“¹⁶⁸ Mit diesem Bekenntnis zeigt sich, dass es zumindest allen Parteien ein Bedürfnis ist über dieses

¹⁶³ Initiativantrag 73/A, 25. November 2008: 5

¹⁶⁴ Vgl. Initiativantrag 73/A, 25. November 2008: 5

¹⁶⁵ Vgl. Homepage Parlament – Gleichbehandlungsausschuss, Verhandlungsgegenstände;
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A-GL/A-GL_00001_00289/index.shtml

¹⁶⁶ Vgl. Entschließungsantrag 1417/A(E), 4. Februar 2011

¹⁶⁷ . Homepage Parlament – Gleichbehandlungsausschuss, Verhandlungsgegenstände;
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A-GL/A-GL_00001_00289/index.shtml

¹⁶⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll - Mittwoch, 7. Oktober 2009, Parlamentarische Enquete

Thema zu diskutieren, auch wenn die Herangehensweisen zur Realisierung dieser Forderung äußerst unterschiedlich ausfallen.

In drei Themenblöcken wurde gemeinsam mit Abgeordneten zum Nationalrat, Mitgliedern des Bundesrates, (ehemaligen) Politikerinnen und ExpertInnen debattiert:

„Themenblock I: Frauen in den nationalen Parlamenten – ein internationaler Vergleich

Themenblock II: Im Blick der Medien: Frauen in der Politik. Tradierte Rollenbilder von Frauen in der Gesellschaft

Themenblock III: Frauensache Politik. Strategien für eine angemessene Vertretung von Frauen in der Politik.“¹⁶⁹

Auch wenn es keine Änderung in den Sichtweisen der Parteien zur Quote gegeben hat, so konnte zumindest niemand öffentlich die Forderung nach mehr Frauen in der Politik als unbegründet abtun. Die Parteilinien zur Beteiligung von Frauen wurden konsequent verfolgt, bzw. fielen die Aussagen der einzelnen PolitikerInnen so aus, wie man es erwarten durfte. Wie zum Beispiel in der ÖVP – die Frauensprecherin ist pro Quote, der Klubobmann ist Quoten gegenüber skeptisch.

6 Frauen in Parlamenten im europäischen Vergleich

In diesem Kapitel möchte ich mich der Frage widmen, wie es in den Parlamenten europäischer Staaten mit dem Frauenanteil bestellt ist. Entscheidend ist dabei auch ob es in diesen Ländern etwa bestimmte Quotierungen gibt, die bereits bei der Erstellung der Wahllisten für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis sorgen.

Als eine der „Gleichstellungs-Kenngrößen“ ziehe ich auch den Global Gender Gap Report 2011 (GGGR) des World Economic Forum¹⁷⁰ heran. Bei dem seit 2006 veröffentlichten Bericht werden Gleichstellungskriterien für die Wirtschaft, die Politik, die Bildung und für den Gesundheitsbereich für 135 Staaten ermittelt. Eine gute Übersicht über den Frauenanteil in den nationalen Parlamenten bietet die Homepage der Inter-Parliamentary Union (IPU)¹⁷¹. Die IPU ist die internationale parlamentarische Organisation, die bereits 1889 gegründet wurde und in enger Abstimmung mit den Vereinten Nationen tätig ist. Die

¹⁶⁹ Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 1

¹⁷⁰ Global Gender Gap Report 2011: <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-2011/>

¹⁷¹ Homepage der IPU(Stand 30. November 2011): <http://www.ipu.org/english/home.htm>

Finanzierung erfolgt hauptsächlich über die Mitgliedsstaaten. In den Strategien für die nächsten 5 Jahre ist auch wieder eine der Zielsetzungen, die Parlamente darin zu unterstützen, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu forcieren.

In der folgenden Tabelle¹⁷² ist eine Übersicht über 15 EU-Mitgliedsstaaten und deren Frauenanteil im nationalen Parlament aufgelistet, inklusive des Frauenanteils Ende der 1980er Jahre/Anfang 1990er Jahre. Die Vergleichsdaten ermöglichen somit einen Überblick über die Entwicklung in einem Land über die Jahrzehnte, als auch den Vergleich zwischen den Ländern (vg. Tabelle).

Alle Länder haben den Frauenanteil in den Parlamenten während der letzten ca. 20 Jahre (Vergleichsdaten: 1. Wert/ 3. Wert) steigern können. Die geringsten Zuwächse konnten Dänemark (+6,1%) und Irland (+ 6,7%) verzeichnen. Die größten Sprünge machten Belgien (+ 30,8%) und Spanien (+ 28,2%).

Die Vergleichsdaten 2. Wert/ 3. Wert zeigen, dass die Zuwächse in manchen Ländern nur sehr gering waren. Dazu zählen Finnland (+3%), Irland (+3,1%), Luxemburg (+3,4%) und Schweden (+4,6%).

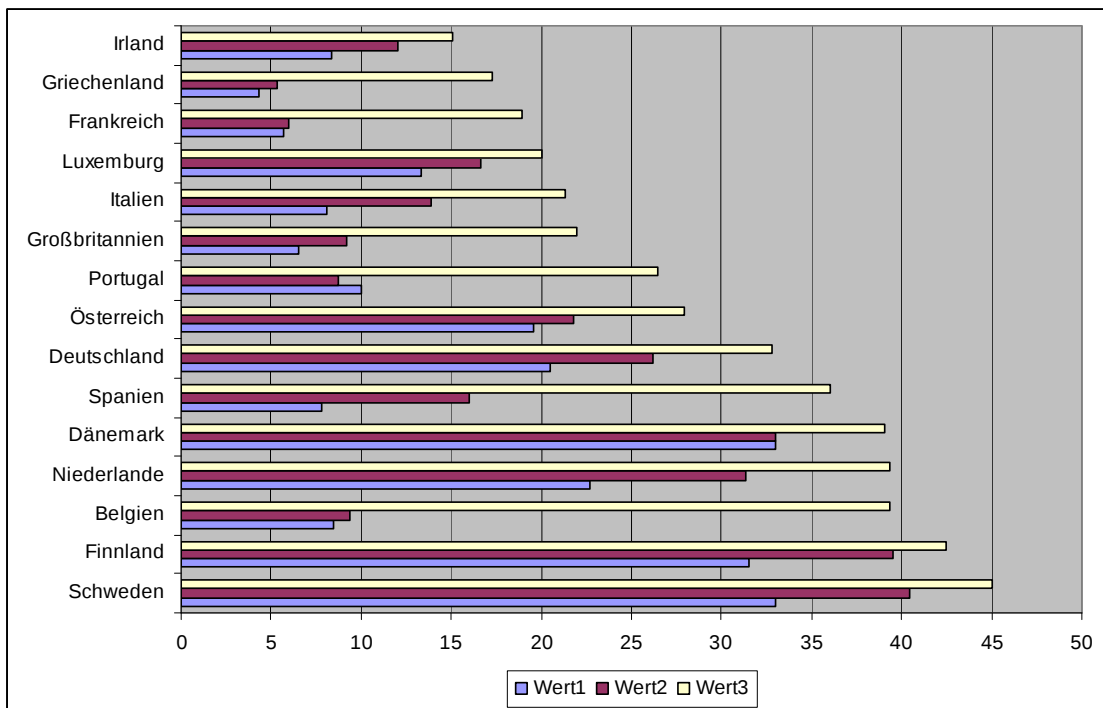
Es muss jedoch angemerkt werden, dass Vergleiche nur bedingt möglich sind. Während einer parlamentarischen Enquete zum Thema „Frauen in der Politik“ im Jahr 2009 merkt Gabriella Hauch in ihrem Vortrag an, dass jedes Land unterschiedliche Voraussetzungen und politische Konstellationen hinsichtlich der Parteienlandschaft mitbringt. In den meisten Staaten können linke oder relativ junge Parteien einen höheren Frauenanteil aufweisen (wie z.B. in Österreich), aber auch diese „Faustregel“ ist nicht automatisch für alle Länder gültig. Einige Faktoren haben sich aber nichtsdestotrotz als förderlich erwiesen. So zum Beispiel das Verhältniswahlssystem, die Zusammenarbeit von Politikerinnen in Frauenfragen über Parteigrenzen hinweg, ein Bekenntnis der Parteien zu mehr Frauen in der Politik und/oder Sollbestimmungen für Quoten. Quoten wirken aber nur dann richtig, wenn Frauen auch auf den wählbaren Plätzen positioniert werden. Andernfalls wird zwar für die gesamte Liste die Vorgabe erfüllt, aber real nichts verändert.¹⁷³

¹⁷² Vgl. Hoecker (1995): 180; Homepage IPU

¹⁷³ Vgl. Stenographisches Protokoll, Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“ 2009: 10

Mitgliedstaat/ IPU/GGGR	Wahljahr	Mitglieder insg.	Frauen	In %
Belgien 11/13	1987 1991 2010	212 212 150	18 20 59	8,5 9,4 39,3
Dänemark 13/7	1990 1994 2011	179 179 179	59 59 70	33 33 39,1
Deutschland 19/11	1990 1994 2009	662 672 622	136 176 204	20,5 26,2 32,8
Finnland 8/3	1987 1991 2011	200 200 200	63 79 85	31,5 39,5 42,5
Frankreich 61/48	1988 1993 2007	577 577 577	33 35 109	5,7 6,0 18,9
Griechenland 69/56	1985 1993 2009	300 300 300	13 16 52	4,3 5,3 17,3
Großbritannien 49/16	1987 1992 2010	650 651 650	42 60 143	6,5 9,2 22,0
Irland 79/5	1987 1992 2011	166 166 166	14 20 25	8,4 12,0 15,1
Italien 52/74	1992 1994 2008	630 632 630	51 88 134	8,1 13,9 21,3
Luxemburg 56/30	1992 1994 2009	60 60 60	8 10 12	13,3 16,6 20,0
Niederlande 11/15	1989 1994 2010	150 150 150	34 47 59	22,7 31,3 39,3
Österreich 28/34	1990 1994 2008	183 183 183	36 40 51	19,6 21,8 27,9
Portugal 31/35	1987 1991 2011	250 230 230	25 20 61	10,0 8,7 26,5
Schweden 3/4	1991 1994 2010	349 349 349	115 141 157	33,0 40,4 45,0
Spanien 16/12	1986 1993 2011	345 350 350	27 56 126	7,8 16,0 36,0

Quellen: Homepage IPU, Hoecker 1995: 180



Quellen: Homepage IPU, Hoecker Beate 1995: 180

6.1 Länderanalyse

Bei meiner Analyse der Länder hinsichtlich ihres Frauenanteils im nationalen Parlament habe ich folgende Schwerpunkte gesetzt:

Wann wurde das Wahlrecht für Frauen beschlossen und gibt es Formen von Quotierungen für die Listenerstellung? Entweder gesetzlich verankert und/oder in den Parteien.

Die diesbezüglichen Informationen stammen von der Homepage der IPU, dem Global Gender Gap Report 2011 und der Studie des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen zu Frauen in der Politik aus dem Jahr 2010.

Belgien

- Frauenwahlrecht: 1919 (nur Gemeindeebene)/1948
- Quoten: JA, gesetzlich festgelegt für alle Ebenen; „Die Regionen haben nationale Wahlgesetze übernommen, nach denen die Kandidatenliste die gleiche Anzahl von Männern und Frauen haben soll; die ersten beiden Kandidaten sollen unterschiedlichen Geschlechts sein; die Listen können von den Behörden abgelehnt werden, falls sie dieser Vorschrift nicht entsprechen.“¹⁷⁴
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

¹⁷⁴ Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen (2010): 48

Belgien nimmt auf der IPU Liste den 11. Rang ein und ist in der obigen Übersicht der 15 Staaten das Land, das den größten Zuwachs seit Ende der 1980er Jahre verzeichnen konnte. In dieser Legislaturperiode sind 39,3% der Abgeordneten weiblich.

Dänemark

- Frauenwahlrecht: 1915
- Quoten: NEIN; Die Sozialistische Volkspartei führte in den 1970er Jahren parteiinterne Quoten auf lokaler und regionaler Ebene ein (40%), gab diese 1996 jedoch wieder auf.
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Auf der IPU Homepage ist Dänemark mit 39,1% Frauenanteil auf Rang 13 platziert.

Deutschland

- Frauenwahlrecht: 1918
- Quoten: NEIN; politische Parteien haben sich selbst freiwillige Quoten auferlegt (SPD: 40%, CDU: 33%, Bündnis 90/Die Grünen: 50%)
- Wahlsystem: Personalisiertes Verhältniswahlsystem

Im IPU Ranking auf Platz 19 vertreten mit 32,8%.

Finnland

- Frauenwahlrecht: 1906
- Quoten: NEIN
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Finnland gilt als einer der vorbildlichsten Staaten hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern und liegt auf Platz 8 in der IPU Tabelle (42,5%). Im Global Gender Gap Report 2011 nimmt Finnland Rang 3 ein.

Frankreich

- Frauenwahlrecht: 1944
- Quoten: JA; „Verfassungsregelung, die besagt dass Frauen den gleichen Zugang zu Mandaten haben (Art 1 und 4) und sonstige gesetzliche Quoten, wonach auf den Listen die Differenz zwischen der Zahl Mann/Frau nicht größer als 2% sein

soll; Subventionen werden gestaffelt gekürzt, je nach Größe der Differenz“¹⁷⁵ Es gibt auch Parteiquoten der Sozialisten und der Grünen von jeweils 50%.

- Wahlsystem: Mehrheitswahlsystem

Obwohl sogar finanzielle Einbußen bei Nichteinhaltung der Quote vorgesehen sind, schneidet Frankreich im IPU Ranking (Platz 61) unter den EU-Staaten besonders schlecht ab, mit derzeit nur 18,9% Frauenanteil im Parlament.

Griechenland

- Frauenwahlrecht: 1952
- Quoten: NEIN; nur für lokale und regionale Wahlen; Listen mit weniger als 33% werden nicht angenommen; interne Parteiquoten beschlossen: PASOK 40%, Neue Demokratie: 30%, Linkskoalition SYN: 30%
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Die IPU reiht Griechenland auf dem 69. Platz, mit nur 17,3% Frauenanteil. Das ist nach Irland der zweitletzte Platz unter den 15 untersuchten EU-Staaten.

Großbritannien

- Frauenwahlrecht: 1918 (an materiellen Besitz gebunden)/1928 (allgemeines, gleiches Wahlrecht)
- Quoten: NEIN; politische Parteien haben sich selbst freiwillige Quoten auferlegt: Liberaldemokraten 40%; Labour: bei Regionalwahlen in Wales und Schottland Anwendung von „Twinning“
- Wahlsystem: Mehrheitswahlsystem

Großbritannien belegt den 49. Platz beim IPU Ranking.

Irland

- Frauenwahlrecht: 1918 (an materiellen Besitz gebunden)/1928 (allgemeines, gleiches Wahlrecht)
- Quoten: NEIN; es gibt Parteiquoten: Fine Gael 50%, Grüne 50%
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

¹⁷⁵ Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen (2010): 49

Unter den 15 Ländern die hier vorgestellt werden nimmt Irland den letzten Platz ein, mit nur 15,1% Frauen im Parlament. IPU listet Irland auf Platz 79.

Italien

- Frauenwahlrecht: 1945
- Quoten: NEIN; selbst auferlegte Parteiquoten: PD 50%, Grüne 50%, Kommunisten 40%, Linke Demokraten 40%, Sozialdemokraten 33%
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Mit nur 21,3% Frauenanteil findet sich Italien auf der IPU Liste auf Platz 52.

Luxemburg

- Frauenwahlrecht: 1919
- Quoten: NEIN; es gibt Parteiquoten: Grüne wollen paritätische Listenerstellung, Linken 50%, Christlich Soziale Volkspartei 33%
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Im Vergleich der 15 EU-Mitgliedsstaaten in diesem Kapitel ist Luxemburg Drittlletzter mit 20%. Im IPU Ranking ist das Großherzogtum auf dem 56. Rang platziert.

Niederlande

- Frauenwahlrecht: 1919
- Quoten: NEIN; „Parteienquoten: zB Labour (Partij van de Arbeit): alternierende Kandidaten, wenn auch andere Punkte wichtig sind wie bsp Alter und ethnische Faktoren; das letzte Wort hat der Parteikongress“¹⁷⁶
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Die Niederlande befinden sich auf dem 11. Platz im IPU Ranking.

Österreich

- Frauenwahlrecht: 1918
- Quoten: NEIN; selbstauferlegte Parteiquotierungen: SPÖ 40%, ÖVP 33%, Grüne 50%
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

¹⁷⁶ Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen (2010): 50

Österreich hat einen Frauenanteil von 27,9% im Parlament und ist bei IPU auf Platz 28 aufgelistet.

Portugal

- Frauenwahlrecht: 1931 (abhängig von Bildung)/ 1976 (Beschränkungen aufgehoben)
- Quoten: JA; Mindestens 33% Frauenanteil auf allen Listen, finanzielle Strafen bei Nicht-Einhaltung; „Ausnahmen: Städte mit weniger als 750 Stimmberechtigten und sonstige Gemeinden mit weniger als 7500 Wählern. Auf den Listen sollen zwei unmittelbar hintereinander gereichte Kandidaten nicht dem gleichen Geschlecht angehören.“¹⁷⁷ Die Sozialistische Partei hat zusätzlich eine Selbstverpflichtung von 33%.
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Mit 26,5% Frauen im Parlament liegt Portugal auf Platz 31 bei der IPU.

Schweden

- Frauenwahlrecht: 1919/ 1921
- Quoten: NEIN; politische Parteien haben selbst auferlegte Quoten: Sozialdemokratische Partei 50%, Linke 50% bei KandidatInnenlisten und 30% bei Führungsfunktionen; Grüne 50%
- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem

Schweden gilt als einer der Staaten mit dem höchsten Maß an Gleichstellung und kann im Parlament einen Frauenanteil von 45 % vorweisen. Damit ist Schweden auf dem 3. Platz beim IPU Ranking und der am besten platzierte EU-Mitgliedsstaat.

Spanien

- Frauenwahlrecht: 1931
- Quoten: JA; „Minimum 40% und Maximum 60% eines Geschlechts für nationale Wahlen inkl Senat und für lokale Wahlen“¹⁷⁸ bei mindestens 3000 EinwohnerInnen; Es gibt auch Parteiquoten: Sozialistische ArbeiterInnenpartei 40%, Vereinigte Linke 40%, Sozialistische Partei 40%, Katalonische Grüne 40%, Republikanische Linke in Katalonien 40%, Block Nationalisten in Galicien 40%

¹⁷⁷ Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen (2010): 51

¹⁷⁸ Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen (2010): 51

- Wahlsystem: Verhältniswahlsystem für Abgeordnetenhaus
(Mehrheitswahlsystem für Senat)

Spanien hat einen Frauenanteil von 36% und platziert sich damit auf dem 16. Rang beim Ranking der IPU.

Zusammenfassend möchte ich anmerken, dass vor allem die nordischen Staaten, wie zu erwarten, besonders gut abschneiden, obwohl sie ohne gesetzliche Quotenregelungen auskommen. Dieses Ergebnis ist vor allem auf die grundsätzliche gesellschaftliche Herangehensweise zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern zurückzuführen.

In Ländern, die lange Zeit Nachzügler hinsichtlich des Frauenanteils im nationalen Parlament waren (z.B. Spanien) und die gesetzliche Quoten eingeführt haben, konnten deutliche Erfolge erzielt werden. Dagegen spricht etwa Frankreich, da Quoten eingeführt wurden und der Frauenanteil dennoch weit unter dem anderer Staaten bleibt.

Wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels vermerkt, gibt es also keine perfekte Quotenregelung, da die Ausgangssituationen zwischen den Ländern äußerst unterschiedlich sind. Jedes Land, das den Frauenanteil erhöhen möchte, muss seinen eigenen Weg zur Erreichung dieses Ziels finden.

7 Drei Gesetzgebungsperioden im Überblick

Wie ich in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt habe, ist ein Unterschied zwischen der Teilhabe von Frauen und Männern in und an der Politik tatsächlich vorhanden.

In diesem Teil meiner Analyse möchte ich nun näher auf die Arbeit der Abgeordneten eingehen und habe dazu einen Vergleich dreier Legislaturperioden gewählt.

Es handelt sich um die XX. Gesetzgebungsperiode (15.1.1996 – 28.10.1999), die XXIII. Gesetzgebungsperiode (30.10.2006 – 27.10.2008) und die derzeit laufende XXIV. Gesetzgebungsperiode (28.10.2008 - ?).

Gemeinsam haben diese Gesetzgebungsperioden, dass zum größten Teil jeweils eine große Koalition aus SPÖ und ÖVP die Regierung gestellt hat. Lediglich zu Beginn der XXIII. Gesetzgebungsperiode war noch für rund 2 ½ Monate eine Regierung bestehend aus ÖVP und BZÖ an der Macht.

Die Oppositionsparteien sind dementsprechend auch vergleichbar, bis auf die Ausnahmen „Liberales Forum“(LIF) und „Bündnis Zukunft Österreich“(BZÖ). Das LIF ist nur in der ersten Gesetzgebungsperiode vertreten, das BZÖ nur in den beiden letzten untersuchten.

Die Bereiche die ich in weiterer Folge beleuchten werde sind RednerInnen-Listen von Aktuellen Stunden und Dringlichen Anfragen sowie die Verteilung der Ordnungsrufe auf Frauen und Männer.

In ihrer Herangehensweise an Politik werden Frauen und Männern unterschiedliche Rollenbilder und Intentionen zugeschrieben. „Sind Politiker am Ziel und an einer Sache interessiert, so sind Politikerinnen eher prozeß- und personenorientiert. (...) Neigen Männer in der Politik zu raschen und an Prinzipien orientierten Entscheidungen, nehmen Frauen eine längere Dauer von Entscheidungsprozessen in Kauf. Männer halten sich rigide an Ressortgrenzen, Frauen flexibilisieren die Politik. Politiker gehen an Probleme abstrakt, als Spezialisten heran, Politikerinnen nehmen die Perspektive der Betroffenen ein und entscheiden aus der Lebenspraxis heraus. Männern geht es in der Politik um Karriere, Frauen um Kompetenz und politische Veränderung.“¹⁷⁹

Die Absicht die ich mit dieser Analyse verfolge, ist, zu zeigen, dass es tatsächlich messbare Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Nationalrat gibt. Spannend ist dabei die Frage, ob sich während der drei untersuchten Legislaturperioden, welche einen Bogen über 16 Jahre spannen, große Veränderungen ergeben haben. Wie bereits in einem anderen Kapitel festgestellt werden musste, gab es bei den Obfrauen und

¹⁷⁹ Heitra 2002: 22f.

Obmännern der Ausschüsse keine nennenswerten Verbesserungen. Frauen bleiben in „ihren“ Bereichen und die Männer ebenso, der traditionellen Rollenaufteilung folgend.

7.1 RednerInnen-Listen

Von besonderer Wichtigkeit für die Klubs und jede/n einzelne/n Abgeordnete/n ist die Redezeit, die in der Präsidialkonferenz debattiert und anschließend auf die Klubs aufgeteilt wird. Diese Aufteilung erfolgt nach den sogenannten „Wiener Stunden“¹⁸⁰.

Gerade bei Tagesordnungspunkten die von besonders hohem medialen Interesse sind oder die eine brisante Thematik behandeln, sind die Plätze auf der RednerInnen-Liste heiß umkämpft.

7.1.1 Aktuelle Stunden

Am Beginn einer Sitzungswoche und vor Eingang in die Tagesordnung des ersten Plenartages wird eine Aktuelle Stunde abgehalten. Eine Voraussetzung ist, dass zumindest fünf Abgeordnete bei gleichzeitiger Nennung des Themas diese schriftlich verlangen.

In weiterer Folge wird das für das gewählte Thema zuständige Regierungsmitglied von der Parlamentsdirektion informiert.

Aktuelle Stunden sind dazu da, um „Aussprachen über Themen von allgemeinem aktuellem Interesse aus dem Bereich der Vollziehung des Bundes“¹⁸¹ zu debattieren und sollen max. 90 Minuten dauern.

Die/ der ErstrednerIn mit einer Redezeit von 10 Minuten ist zumeist die Person, die auch die oder der ErstunterzeichnerIn des Verlangens auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde ist. Anschließend kommt das zuständige Regierungsmitglied mit einer einleitenden Stellungnahme zu Wort, mit einer Redezeit die ebenfalls 10 Minuten nicht überschreiten soll. Alle darauffolgenden RednerInnen haben eine maximale Redezeit von je 5 Minuten. Aufgrund der Zeitvorgabe einer Aktuellen Stunde von 60 - 90 Minuten, kommen im Regelfall zwei RednerInnen pro Klub zu Wort.¹⁸²

¹⁸⁰ Vgl. Homepage Parlament – Allgemeines Glossar; <http://www.parlament.gv.at/PERK/GL/ALLG/>

¹⁸¹ §97a, Abs. 3 GOG

¹⁸² Vgl. §97a, GOG

Nachdem Plenarberatungen im Großteil der Fälle von Beginn der Sitzung um meistens 9.00 Uhr bis max. 13.00 Uhr von ORF2 übertragen werden, sind Aktuelle Stunden von besonderer Bedeutung, da sie, aufgrund ihrer Beginnzeit, beinahe immer live ausgestrahlt werden.

Bei meiner Analyse habe ich alle Aktuellen Stunden und Aktuelle Europastunden in der XX., XXIII. und XXIV. Legislaturperiode mit einbezogen. Die erste Aktuelle Europastunde wurde im April 2010 abgehalten.

Ich habe dabei untersucht wie der Anteil von Frauen und Männern bei den ErstrednerInnen bei allen Aktuellen Stunden einer Gesetzgebungsperiode ausieht.

Wenn es von einer Rednerin oder einem Redner eine tatsächliche Berichtigung oder eine zweite Wortmeldung gegeben hat, wurde diese auch in meine Liste mit aufgenommen.

Regierungsmitglieder sind in der Auswertung nicht mitgezählt, nachdem ich mich rein auf die Abgeordneten beschränken möchte.

In den Anhängen dieser Arbeit findet sich eine genaue Übersicht aller Aktuellen Stunden, inklusive des Frauenanteils bei den einzelnen Debatten.

XX. Gesetzgebungsperiode (15. Jänner 1996 – 28. Oktober 1999)

In der XX. Gesetzgebungsperiode wurden insgesamt 41 Aktuelle Stunden abgehalten. Bei 11 waren Frauen Erstrednerinnen und bei 30 waren es männliche Abgeordnete. Das ergibt einen Frauenanteil bei den Aktuellen Stunden von 26,82%. (vgl. Diagramm)

Der einzige Klub bei dem mehr Frauen als Männer zu Beginn einer Aktuellen Stunde zu Wort kamen, ist der Grüne Klub. Einerseits hatten und haben die Grünen ganz allgemein den höchsten Frauenanteil aller Klubs, andererseits war zum damaligen Zeitpunkt mit Madeleine Petrovic auch eine weibliche Klubobfrau an der Spitze. Sie war Erstrednerin aller fünf Aktuellen Stunden die von den Grünen durch eine Frau eröffnet wurden.

Im Gegensatz dazu fällt der FPÖ Klub auf, bei dem von 9 Aktuellen Stunden nur Männer Erstredner waren.

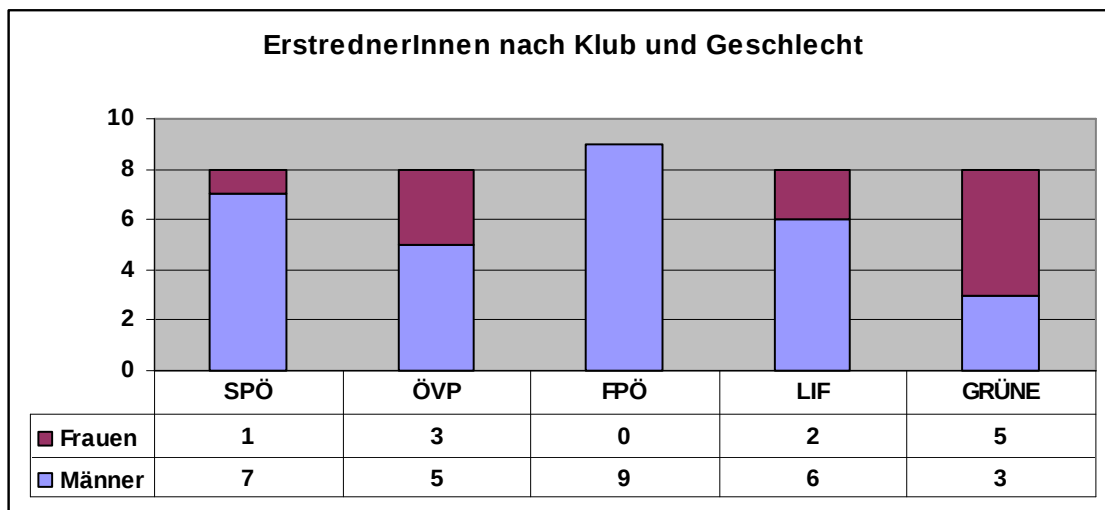
Für die einzelnen Klubs bedeutet das in Prozent über alle Aktuellen Stunden der Legislaturperiode gerechnet:

- SPÖ 12,5% Frauenanteil
- ÖVP 37,5% Frauenanteil
- FPÖ 0% Frauenanteil

- LIF 25% Frauenanteil
- GRÜNE 62,5% Frauenanteil

Der gesamte Frauenanteil im Nationalrat betrug in der XX. Legislaturperiode 25,68%. Nachdem der Frauenanteil bei den Erstrednerinnen der Aktuellen Stunden 26,82% ausmachte, halten sich diese Werte somit ungefähr die Waage.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass dies vor allem auf den Grünen Klub zurückzuführen ist, der Werte wie die 0% der FPÖ oder die 12,5% der SPÖ in der Gesamtstatistik ausgleicht. Wie zu erwarten war, zeigt sich über die Klubs hinweg ein sehr uneinheitliches Bild. ÖVP und LIF weichen etwas vom Mittelwert ab, jedoch liegt gerade die SPÖ interessanterweise weit abgeschlagen.



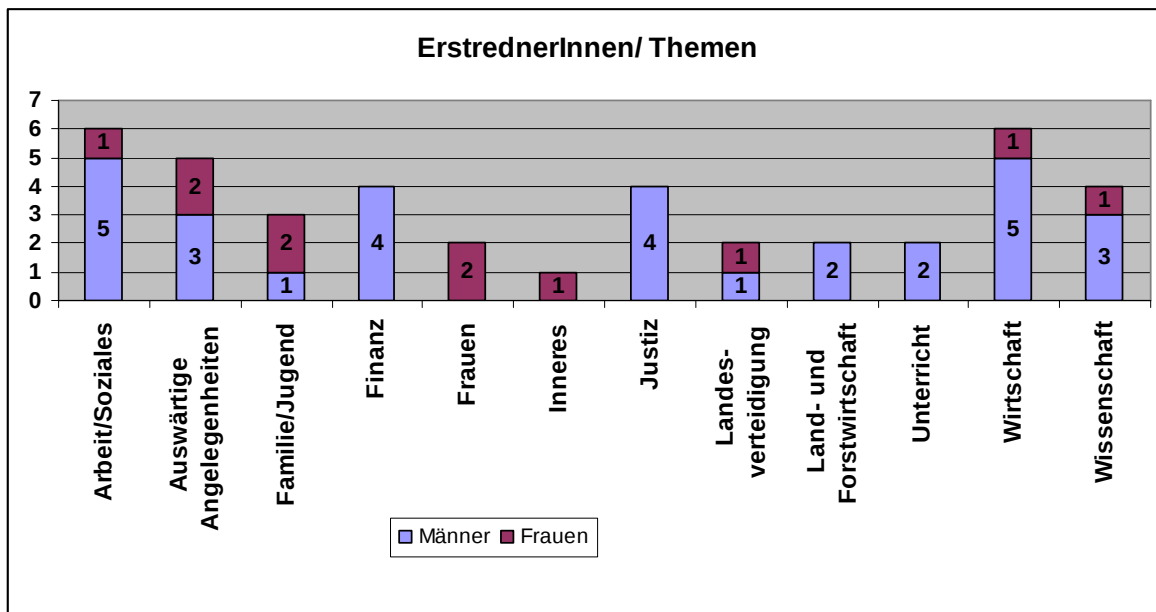
Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Ein weiteres Diagramm zeigt die Verteilung der ErstrednerInnen bei den Themen der Aktuellen Stunden.

Besonders viele Aktuelle Stunden haben im Bereich „Arbeit und Soziales“ (6) sowie „Wirtschaft“ (6) stattgefunden. Bei beiden Themenbereichen kam aber jeweils nur eine Frau als Erstrednerin zum Zug.

Wie bereits im vorherigen Diagramm angeführt, waren bei 11 Aktuellen Stunden weibliche Abgeordnete die Erstrednerinnen. Die genaue Verteilung, bzw. die Inhalte zeigen, dass Frauen vor allem dann reden durften, wenn es sich um „softe“ Themen handelte, Themen die traditionell Frauen zugesprochen werden. Das ist vor allem bei den Groß- bzw. Regierungsparteien SPÖ und ÖVP der Fall. Bei genauerer Betrachtung der Inhalte, auch von Aktuellen Stunden wie z.B. zum Bereich Inneres oder Auswärtige Angelegenheiten,

wird dies besonders deutlich. Im Anschluss an das Übersichts-Diagramm folgt daher eine Auflistung der Rednerinnen und der Titel der Aktuellen Stunde.



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Arbeit/ Soziales: 1 Erstrednerin

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): „Europafit durch Flexibilisierung – Arbeit für mehr Menschen“

Auswärtige Angelegenheiten: 2 Erstrednerinnen

Maria Rauch – Kallat (ÖVP): „Außenpolitische Initiativen zum weltweiten Schutz von Kindern“

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Keine Entsendung von österreichischen Truppen unter NATO-Kommando in den Kosovo“

Familie/ Jugend: 2 Erstrednerinnen

Rosemarie Bauer (ÖVP): „Zukunftsorientierte Politik für unsere Familien“

Rosemarie Bauer (ÖVP): „Karenzgeld für alle – ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit“

Frauen: 2 Erstrednerinnen

Elisabeth Hlavac (SPÖ): „Gleiche Chancen den Frauen in Europa“

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Umsetzung des Frauenvolksbegehrens – Verbesserung der Karenzmöglichkeiten“

Inneres: 1 Erstrednerin

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): „Totalüberwachung der ÖsterreicherInnen trotz Datenschutz“

Landesverteidigung: 1 Erstrednerin

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „NATO-Kurs des Verteidigungsministers – Missachtung der Verfassung und des Nationalrates“

Wissenschaft: 1 Erstrednerin

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Krise an den österreichischen Universitäten“

Wirtschaft: 1 Erstrednerin

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Behördenversagen betreffend die Sicherheit von österreichischen Bergwerken“

Bei genauerer Betrachtung der Inhalte der Aktuellen Stunden zeigt sich also, dass bis auf die beiden Klubobfrauen Heide Schmidt (LIF) und Madeleine Petrovic (Die Grünen), alle anderen Frauen zu Themen gesprochen haben, die eindeutig mit „Frauenthemen“ assoziiert werden.

Wenn zum Beispiel Maria Rauch-Kallat, Abgeordnete der ÖVP bei einer Aktuellen Stunde im Themenkomplex „Auswärtige Angelegenheiten“ als Erstrednerin spricht, dann geht es dabei um den Schutz von Kindern.

Grundsätzlich sind Frauen von SPÖ und ÖVP beim Vergleich aller ErstrednerInnen in der XX. Gesetzgebungsperiode rein auf Inhalte zu Frauen und Familie eingeschränkt.

Diese Bereiche scheinen gerne auf die Frauen in den Klubs ausgelagert zu werden, da es nur einen einzigen Mann gibt, der zu Familie und Jugend als Erstredner zu Wort kommt. Es handelt sich um Josef Höchtel der ÖVP, der zu „Sektenaufklärung in Österreich“ spricht. Ein Thema, das trotz des Familienbezugs jedoch durchaus als neutral anzusehen ist und nicht direkt Frauen zugesprochen werden kann.

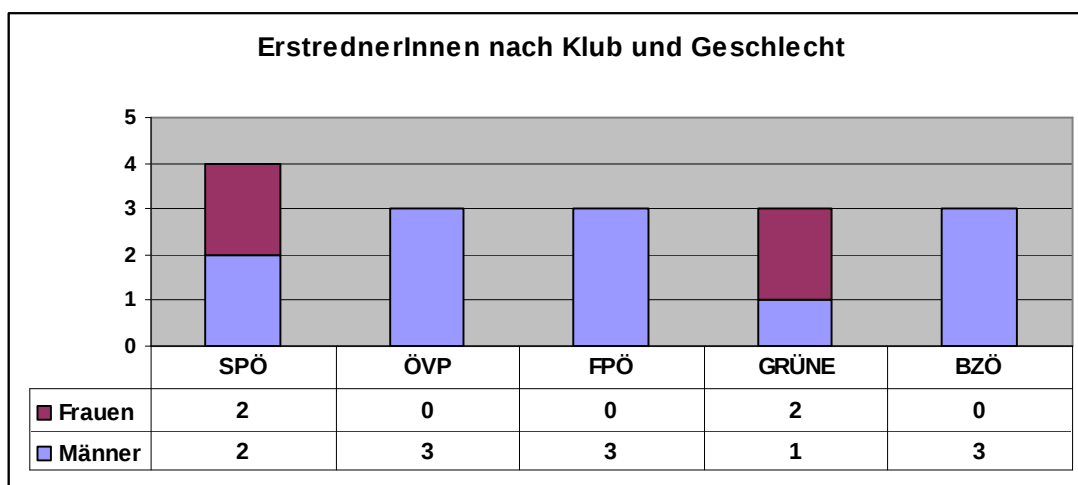
XXIII. Gesetzgebungsperiode (30.10.2006 – 27.10.2008)

In der XXIII. Gesetzgebungsperiode wurden insgesamt 16 Aktuelle Stunden abgehalten. Vier Mal waren Frauen ErstrednerInnen und 12 Mal waren es männliche Abgeordnete. Das ergibt einen Frauenanteil bei den Aktuellen Stunden von 25%. (vgl. Diagramm)
Die einzigen Klubs bei denen weibliche Abgeordnete Erstrednerinnen waren, sind die SPÖ (2) und die Grünen (2). In dieser Legislaturperiode gab es im Gegensatz zur XX. keine Klubobfrau mehr.

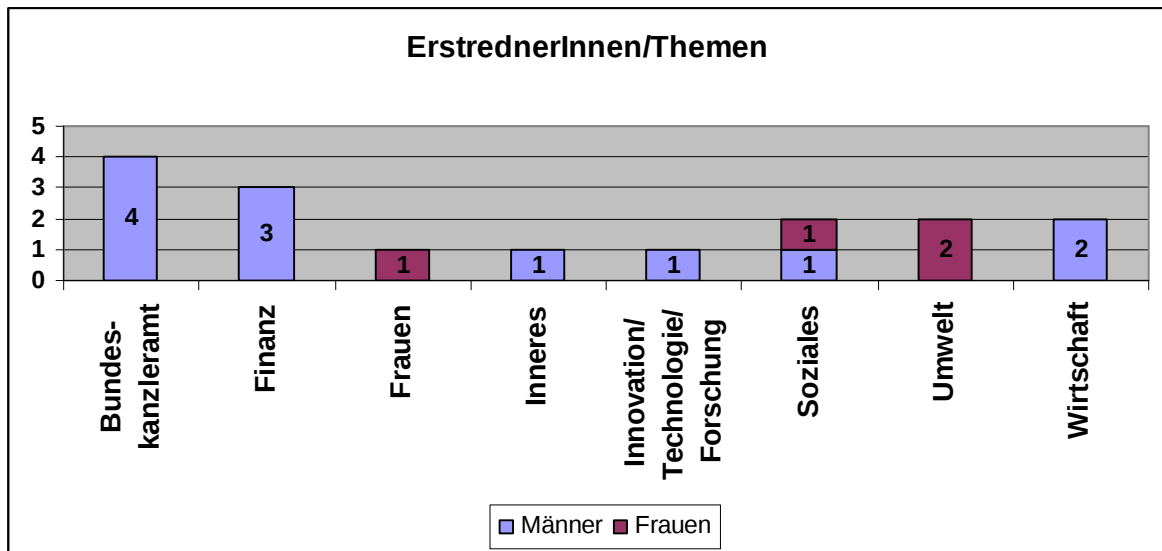
Für die einzelnen Klubs bedeutet das in Prozent über alle Aktuellen Stunden der Gesetzgebungsperiode gerechnet:

- SPÖ 50% Frauenanteil
- ÖVP 0% Frauenanteil
- FPÖ 0% Frauenanteil
- GRÜNE 66,6% Frauenanteil
- BZÖ 0% Frauenanteil

Der allgemeine Frauenanteil im Nationalrat hatte in der XXIII. Legislaturperiode 31,15% betragen und im Vergleich dazu der Anteil weiblicher Abgeordneter aller ErstrednerInnen 25%. Auch hier sind es wieder zwei Klubs, nämlich SPÖ und die Grünen die den Frauenanteil ausgleichen, da die drei anderen Fraktionen keine weibliche ErstrednerInnen hatten. Das LIF ist mittlerweile nicht mehr im Nationalrat vertreten. Es sind jedoch nach wie vor 5 Klubs aufgrund des 2005 aus der FPÖ hervorgegangen BZÖ's.



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Frauen: 1 Erstrednerin

Renate Csörgits (SPÖ): „Frauen verdienen MEHR – Benachteiligungen endlich beseitigen!“

Soziales: 1 Erstrednerin

Andrea Kuntzl (SPÖ): „Neue Wege in der Männerpolitik – Aufbrechen von Rollenklischees“

Umwelt: 2 Erstrednerinnen

Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen): „Schluss mit Lippenbekenntnissen: Klimaschutz jetzt! – Der Jobmotor der Zukunft!“

Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen): „Gratis Sonne statt teurem Öl: Sozial gerecht verteilen – klimagerecht umsteuern“

In dieser Legislaturperiode sind die 4 Aktuellen Stunden bei denen Frauen Erstrednerinnen waren charakteristisch für das inhaltliche Bild der beiden betreffenden Parteien. (vgl. Diagramm)

Die Abgeordneten der SPÖ sprechen zu den Themen Frauen und Geschlechterpolitik, die Grüne Abgeordnete zweimal zum Bereich Umwelt. Die Aktuelle Stunde zur Männerpolitik ist in dieser Übersicht dem Ressort Soziales zugeordnet, da die 2001 gegründete „Männerabteilung“ in diesem Ministerium angesiedelt ist.

XXIV. Gesetzgebungsperiode (28.10.2008 -)

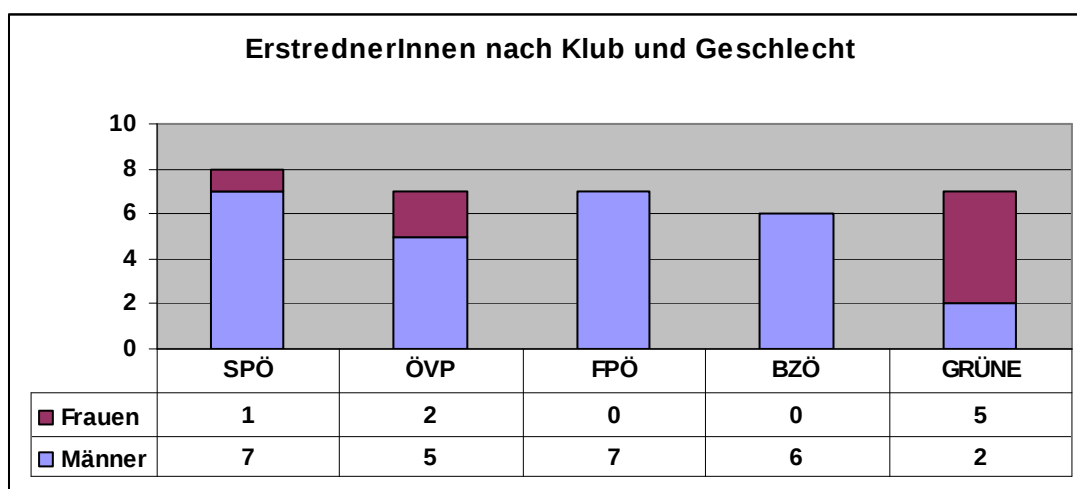
In der XXIV. Legislaturperiode sind bisher insgesamt 35 Aktuelle Stunden abgehalten worden. Es gab 8 Mal eine Erstrednerin und 27 Mal einen Erstredner, daher einen Frauenanteil von 22,8%. (vgl. Diagramm)

Weibliche ErstrednerInnen gab es bei SPÖ, ÖVP und den Grünen, FPÖ und BZÖ waren bislang rein männlich besetzt. Im Unterschied zur vorangegangenen Gesetzgebungsperiode gibt es wieder eine Klubobfrau, Eva Glawischnig-Piesczek von den Grünen.

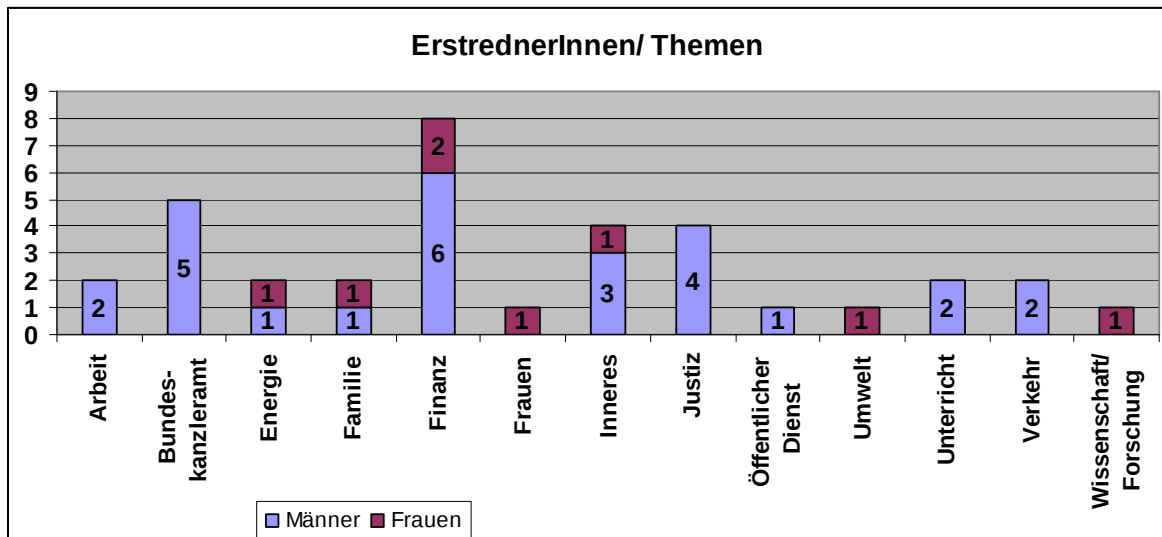
Daher ergibt sich für die einzelnen Klubs für alle bisher abgehaltenen Aktuellen Stunden in dieser Periode folgender Frauenanteil:

- SPÖ 12,5% Frauenanteil
- ÖVP 28,5% Frauenanteil
- FPÖ 0% Frauenanteil
- BZÖ 0% Frauenanteil
- GRÜNE 71,4% Frauenanteil

Der derzeitige Frauenanteil im Nationalrat beträgt 27,32% und liegt damit wieder unter dem der letzten Gesetzgebungsperiode, der 31,15% aufweisen konnte. Der Mittelwert von 22,8% an Erstrednerinnen (zu den 27,87% aller weiblichen Abgeordneten) ergibt sich wieder aus dem überproportionalen Anteil der Grünen. Denn der Frauenanteil würde ohne die Grüne Fraktion lediglich 10,7% ausmachen und daher weit unter dem insgesamten Frauenanteil im Nationalrat liegen.



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Energie: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Wer Ökostrom blockiert, fördert Atomstromimporte!“

Familie: 1 Erstrednerin

Ridi Maria Steibl (ÖVP): „Familienfreundliches Österreich: Bilanz und Perspektiven für die Zukunft“

Finanz: 2 Erstrednerinnen

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Einstieg in die Reichensteuer: Weg mit den Stiftungsprivilegien!“

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Her mit den Millionen, her mit dem Zaster, her mit der Marie: Millionenerben und Superreiche besteuern!“

Frauen: 1 Erstrednerin

Gisela Wurm (SPÖ): „Gleichstellung von Frauen forcieren heißt Wirtschaftsleistung steigern!“

Inneres: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Kinder gehören nicht ins Gefängnis“

Umwelt: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Österreich – Europas Schlusslicht beim Klimaschutz: Dringender Handlungsbedarf der Bundesregierung vor dem Kopenhagen – Gipfel“

Wissenschaft/ Forschung: 1 Erstrednerin

Katharina Cortolezis-Schlager (ÖVP): „Qualität und Leistung für die österreichischen Universitäten und Hochschulen“

Auch in dieser Legislaturperiode zeigt sich wieder ein relativ unverändertes Bild zu den beiden vorher analysierten Perioden. Die Frauen von SPÖ und ÖVP sind als Erstrednerinnen bei als typisch angesehenen Frauen-/ Familienthemen zu finden.

Die einzige Ausnahme bildet Katharina Cortolezis-Schlager¹⁸³ von der ÖVP, bei einer Aktuellen Stunde zum Themenbereich Wissenschaft und Forschung. Sie ist derzeit auch Obmannstellvertreterin des Wissenschaftsausschusses.

Die Zwischenbilanz der Aktuellen Stunden über drei Gesetzgebungsperioden ist aus frauenpolitischer Sicht eher ernüchternd.

Es ist ganz eindeutig eine klassische Rollenverteilung erkennbar, die auch beibehalten wird. Männer kümmern sich um Bereiche wie die Finanzen, Wirtschaft, Justiz, etc. und Frauen übernehmen Themen die zu Frauenpolitik gehören oder in den familiären Bereich fallen.

¹⁸³ Vgl. Biografie Mag.^a Katharina Cortolezis-Schlager; <http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/>

7.1.2 Dringliche Anträge/ Anfragen („Dringliche“)

Bevor ich die Analyse der Debatten vornehme, möchte ich an dieser Stelle noch kurz einen Überblick geben, worum es sich bei Dringlichen Anträgen bzw. Anfragen handelt.

Laut Geschäftsordnung werden **Dringliche Anträge** folgendermaßen definiert:

„Fünf Abgeordnete können vor Eingang in die Tagesordnung verlangen, dass ein zum selben Zeitpunkt einzubringender Selbständiger Antrag von Abgeordneten, der eine EntschlieÙung, mit welcher der Nationalrat seinen Wunsch über die Ausübung der Vollziehung Ausdruck geben will, beinhaltet, nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens jedoch 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, von einem der Antragsteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.“¹⁸⁴

Dringliche Anfragen :

„Fünf Abgeordnete können vor Eingang in die Tagesordnung verlangen, dass eine zum selben Zeitpunkt einzubringende schriftliche Anfrage an ein Mitglied der Bundesregierung vom Fragesteller nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens jedoch 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Kein Abgeordneter darf jedoch innerhalb eines Jahres mehr als ein solches Verlangen unterzeichnen.“¹⁸⁵

Die Debatten der beiden „Dringlichen“ verlaufen ähnlich. 20 Minuten hat die oder der Abgeordnete zur Verfügung um die „Dringliche“ zu begründen, anschließend gibt das zuständige Regierungsmitglied eine Stellungnahme ab, die ebenfalls max. 20 Minuten dauert und in weiterer Folge hat jeder Klub eine gesamte Redezeit von 25 Minuten zur Verfügung. Diese Debatten dauern daher meistens zwischen 2 Stunden 30 Minuten und 3 Stunden. Pro Sitzungstag kann nur eine Dringliche Anfrage oder ein Dringlicher Antrag stattfinden.¹⁸⁶

Dies sind jedoch nur kurze Erklärungen zum allgemeinen Verständnis und keine genauere Ausformulierung aller Details die „Dringliche“ mit sich bringen. Grundsätzlich reichen die hier verwendeten Erläuterungen aus der Geschäftsordnung um die Relevanz dieser

¹⁸⁴ §74a., Abs. 1; Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

¹⁸⁵ §93, Abs. 1; Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

¹⁸⁶ Vgl. §74a., Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates; §93, Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

Parlamentarischen Kontrollfunktionen zu verstehen. Die Klubs der Regierungsparteien haben zwar selbstverständlich auch die Möglichkeit, verlangen jedoch im Normalfall keine Dringliche Anfrage oder einen Dringlichen Antrag. Es handelt sich vor allem um ein Instrument der Opposition.

Das Wort „Dringliche“ wird statt der exakten Bezeichnung sehr allgemein im Parlamentsjargon verwendet.

Nachdem es sich sehr oft um emotionale Debatten zu aktuellen politischen Themen handelt, wird in den Medien im Gegensatz zu vielen anderen Tagesordnungspunkten verstärkt berichtet.

ORF 2 überträgt die Debatten eher selten, nachdem aber ORF 3 seit einiger Zeit Plenardebatten in voller Länge ausstrahlt, kann man auch die „Dringlichen“ als FernsehzuschauerIn live mitverfolgen.

Wie bei den Aktuellen Stunden habe ich meine Informationen aus den Stenographischen Protokollen der gesamten Legislaturperiode bezogen und nur die Redebeiträge von Abgeordneten gewertet. Regierungsmitglieder bzw. StaatssekretärInnen sind nicht mitgezählt.

Wenn sich Abgeordnete innerhalb einer Debatte mehrmals zu Wort gemeldet haben (auch bei tatsächlichen Berichtigungen) sind diese mitgezählt.

Wie bereits angeführt handelt es sich vor allem um ein Instrument der parlamentarischen Kontrolle, das von der Opposition genützt wird. Daher sind „Dringliche“ die von SPÖ oder ÖVP verlangt wurden, aufgrund der geringen Anzahl, in Summe nicht relevant. Sie wurden jedoch auch in diese Analyse mit aufgenommen.

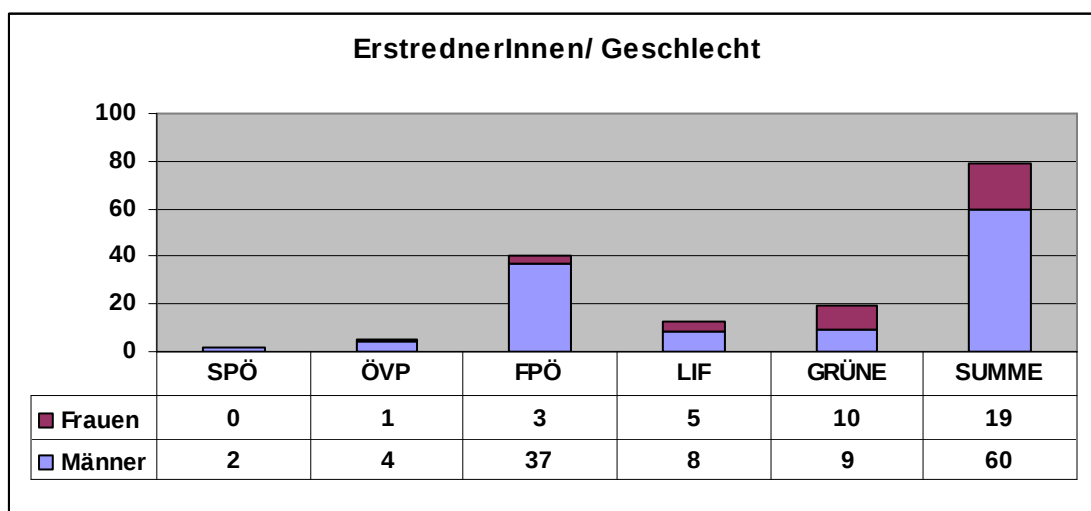
XX. Gesetzgebungsperiode (15. Jänner 1996 – 28. Oktober 1999)

In der XX. Gesetzgebungsperiode wurden insgesamt 79 „Dringliche“ verlangt.

Davon gab es 19 Erstrednerinnen und 60 Erstredner, ergibt also einen Frauenanteil von 24,09% (vgl. Diagramm). Der gesamte Frauenanteil im Nationalrat betrug in dieser Legislaturperiode 25,68%. Daher unterscheiden sich der Anteil der Erstrednerinnen der „Dringlichen“ und der Frauenquote im Nationalrat nur sehr gering.

Wie bei Aktuellen Stunden, ist es wieder einmal der Grüne Klub, der im Verhältnis zu den anderen Fraktionen überproportional viele Frauen als Erstrednerinnen aufweisen kann sowie auch das LIF. Wie bereits erwähnt waren zum damaligen Zeitpunkt Madeleine Petrovic und Heide Schmidt Klubobfrauen.

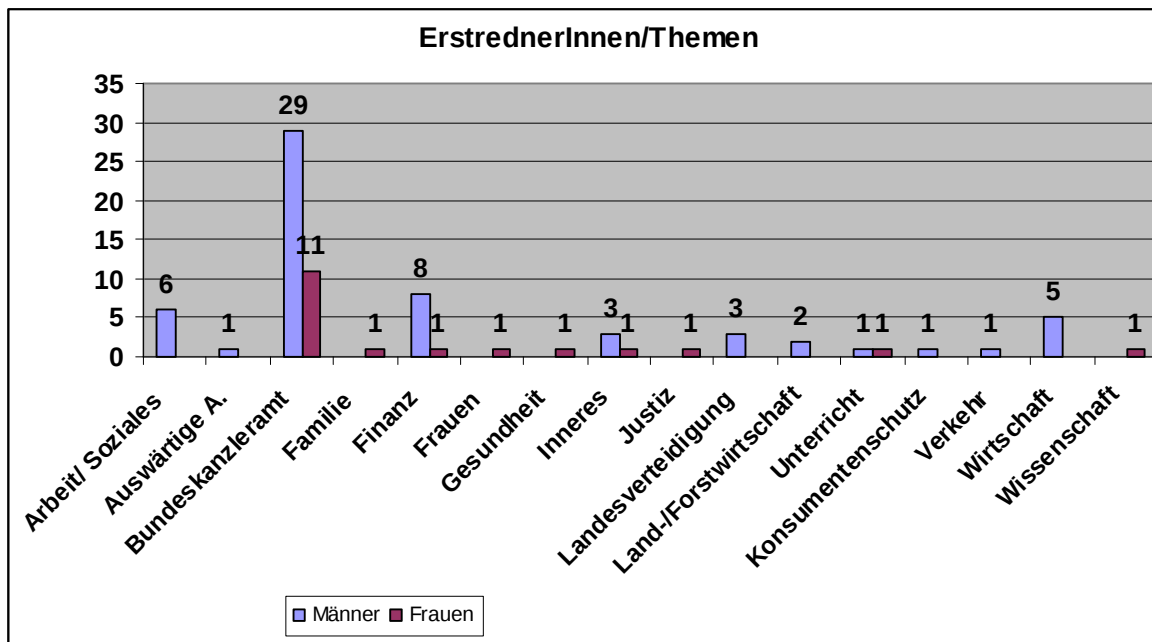
- SPÖ 0% Frauenanteil
- ÖVP 20% Frauenanteil
- FPÖ 7,5% Frauenanteil
- LIF 38,46% Frauenanteil
- GRÜNE 52,63% Frauenanteil



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Im folgenden Diagramm sind die Verteilung der Themenbereiche und die Anzahl der RednerInnen angeführt. Auffällig ist, dass vor allem an den Bundeskanzler der überwiegende Anteil an Dringlichen Anträgen und Anfragen gestellt wird. Das hat damit zu tun, dass die allgemeine Regierungsarbeit und die Koordination beim Bundeskanzleramt beheimatet sind. Die Opposition nützt daher die Möglichkeit, den für die gesamte

Regierung „verantwortlichen“ Kanzler per Kontrollinstrument zu befragen. Bei den frauentypischen Themen wie Familie, Frauen oder Gesundheit gibt es keine männlichen Redner. Männer sind vor allem im Bereich Arbeit und Soziales, Auswärtige Angelegenheiten, der Finanz, Inneres, Landesverteidigung, Land- und Forstwirtschaft, Konsumentenschutz, Verkehr und Wirtschaft als Erstredner aufgetreten.



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Bundeskanzleramt: 11 Erstrednerinnen

Helene Partik-Pablé (FPÖ): „Arbeitsplätze – anständige Ausländerpolitik“

Doris Kammerlander (Die Grünen): „Immerwährende Neutralität Österreichs“

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Abhaltung einer Volksabstimmung über die immerwährende Neutralität Österreichs“

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): „Neugestaltung der Familienförderung“

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Umsetzung der Forderungen des Gentechnik-, Frauen- und Tierschutz-Volksbegehrens“

Monika Langthaler (Die Grünen): „atompölitisches Versagen des Bundeskanzlers bezüglich grenznaher Atomanlagen, EU-Atompolitik und Atomwaffenfreiheit Österreichs“

Gabriela Moser (Die Grünen): „versäumte Maßnahmen und verbleibende Möglichkeiten des Bundesregierung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Mochovce in der Slowakei“

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): überfällige ORF-Reform“

Brigitte Povysil (FPÖ): „Schutz unserer Kinder vor Kindesmißbrauch und Kinderpornographie“

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): „Ablegung eines Offenbarungseides über den sicherheitspolitischen Status Österreichs“

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): „Versprechen, er werde sich dafür einsetzen, dass das Frauen-Volksbegehren Punkt für Punkt umgesetzt wird“

Familie: 1 Erstrednerin

Helene Partik-Pablé (FPÖ): „Stärkung der Familien durch die Einführung des Kinderbetreuungsschecks zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Finanz: 1 Erstrednerin

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): „überfällige Trendwende bei der Abgabenquote“

Frauenangelegenheiten/VerbraucherInnenschutz: 1 Erstrednerin

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Frauen-Volksbegehren und Gentechnik-Volksbegehren“

Gesundheit: 1 Erstrednerin

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Inanspruchnahme von Artikel 16 der Freisetzungsrichtlinie 90/220/EWG“

Inneres: 1 Erstrednerin

Terezija Stoisits (Die Grünen): „Abschiebung von Kosovo-Albanern“

Justiz: 1 Erstrednerin

Maria Theresia Fekter (ÖVP): „Schutz unserer Kinder“

Unterricht: 1 Erstrednerin

Heide Schmidt (Klubobfrau LIF): „jahrelange Versäumnisse in der Bildungspolitik und die Kostenexplosion im Schulbereich“

Wissenschaft: 1 Erstrednerin

Madeleine Petrovic (Klubobfrau Die Grünen): „Sparmaßnahmen an den Universitäten und bei den Studierenden“

XXIII. Gesetzgebungsperiode (30.10.2006 – 27.10.2008)

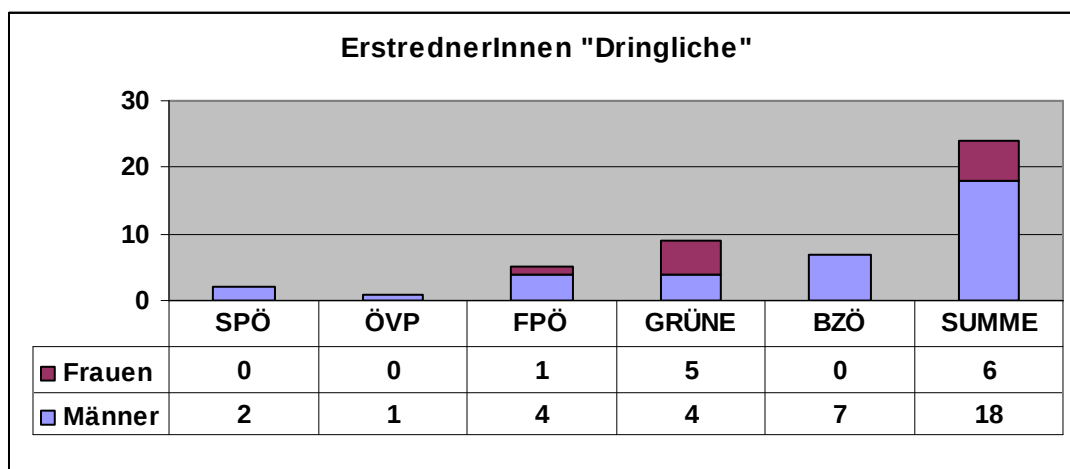
In der XXIII. Gesetzgebungsperiode gab es insgesamt 24 Dringliche Anfragen und Anträge. 6 Mal waren Frauen die ErstrednerInnen und 18 Mal sprach ein männlicher Abgeordneter. Somit ergibt sich ein Frauenanteil von 25% (vgl. Diagramm).

Im Plenum selbst wurde ein Frauenanteil von 31,15% erreicht, also knapp 6% mehr.

Die Angaben zu den Klubs für die gesamte Legislaturperiode sehen wie folgt aus:

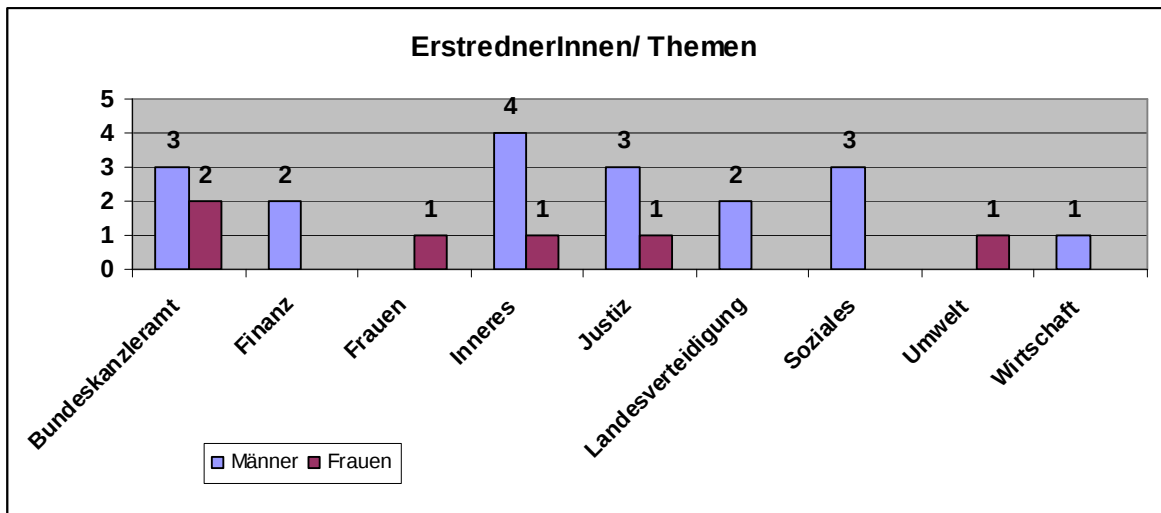
- SPÖ 0% Frauenanteil
- ÖVP 0% Frauenanteil
- FPÖ 20% Frauenanteil
- GRÜNE 55,5% Frauenanteil
- BZÖ 0% Frauenanteil

Alle Klubs verlangten zumindest eine „Dringliche“. Jedoch kamen nur bei der FPÖ und den Grünen Frauen als Erste ans RednerInnenpult. Bei den Grünen gab es sogar mehr Frauen als Erstrednerinnen als Männer.



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Aufgrund der vorzeitigen Neuwahlen gab es deutlich weniger Dringliche Anfragen als in der zuvor angeführten Legislaturperiode. Auch die Themenpalette ist etwas eingegrenzter als vorher. Nachdem fünf Grüne, aber nur eine Abgeordnete der FPÖ als Erstrednerin in Erscheinung getreten sind, handelt es sich vor allem um „Dringliche“ zu Umweltthemen die von Frauen eingeleitet wurden (vgl. Diagramm).



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Bundeskanzler: 2 Erstrednerinnen

Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen): „drohendes Milliarden-Debakel beim Klimaschutz für Österreich“

Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen): „Energiewende 2020 – Ausstiegshinweis Raus aus Atomstrom, Öl, Gas und Kohle“

Frauenangelegenheiten: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen): „Frauenpolitische Maßnahmen: Wo bleiben sie?“

Inneres: 1 Erstrednerin

Barbara Rosenkranz (FPÖ): „die katastrophale Zuwanderungspolitik der österreichischen Bundesregierung und die beängstigende Kriminalitätsentwicklung“

Justiz: 1 Erstrednerin

Brigid Weininger (Die Grünen): „Verhinderung der missbräuchlichen Anwendung der Anti-Mafia-Paragraphen“

Umwelt: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen): „schwere Informationsdefizite nach Zwischenfall im AKW Krsko und Versagen des Umweltministers in der Anti-Atompolitik“

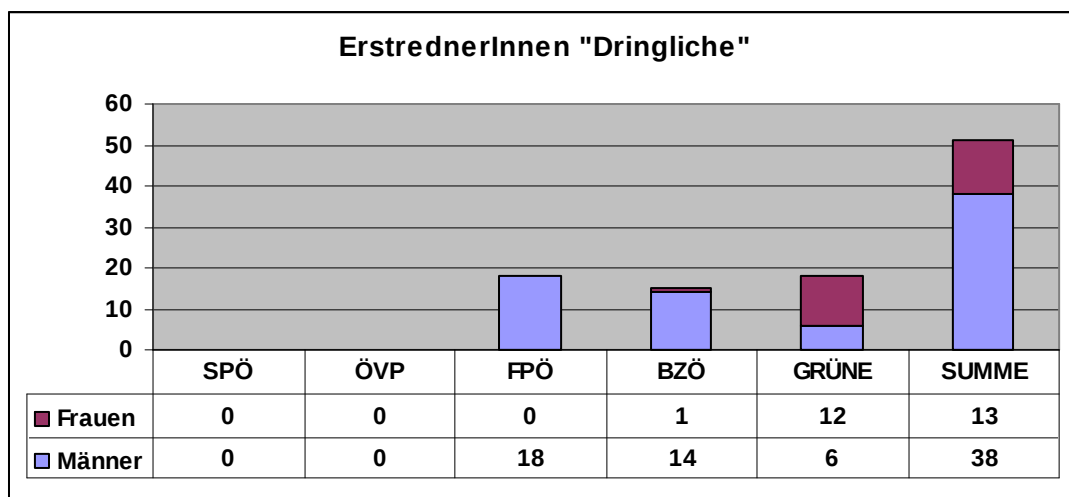
XXIV. Gesetzgebungsperiode (28.10.2008 -)

In der XXIV. Gesetzgebungsperiode gab es bislang insgesamt 51 Dringliche Anfragen und Anträge. 13 Mal waren Frauen die ErstrednerInnen und 38 Mal sprach ein männlicher Abgeordneter. Somit ergibt sich ein Frauenanteil von 25,49% (vgl. Diagramm).

Im Plenum selbst wurde ein Frauenanteil von 27,32% erreicht.

Die Angaben zu den Klubs für die gesamte Legislaturperiode sehen wie folgt aus:

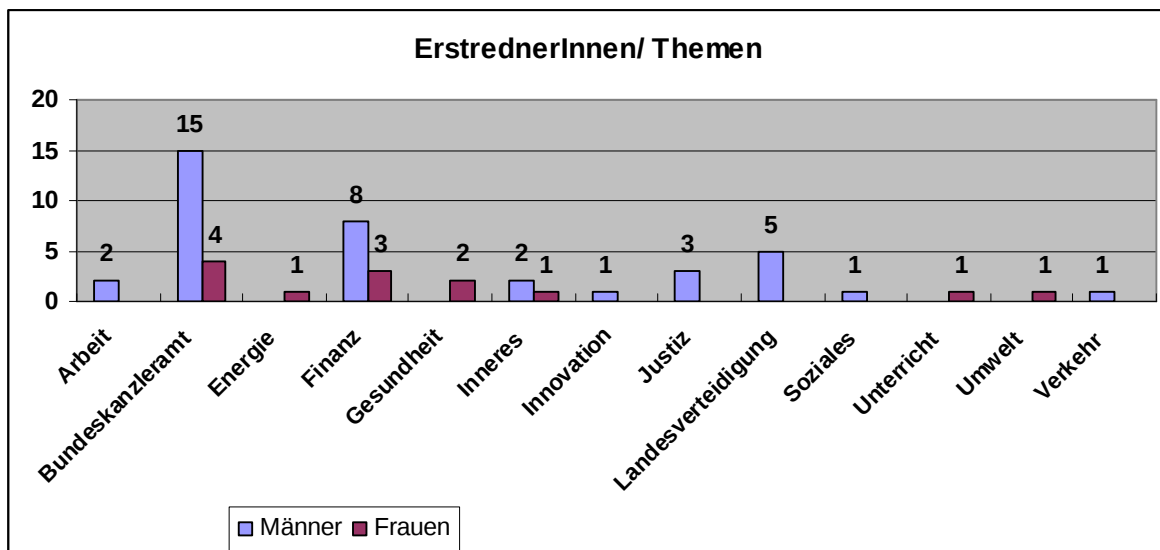
- SPÖ 0% Frauenanteil
- ÖVP 0% Frauenanteil
- FPÖ 0% Frauenanteil
- GRÜNE 66,6% Frauenanteil
- BZÖ 6,6% Frauenanteil



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Bis auf eine einzige Ausnahme, waren es bislang nur Frauen des Grünen Klubs, die als Erstrednerinnen zu Wort kamen. Besonders viele Dringliche Anfragen gab es zur Umwelt- und Energiepolitik sowie der Bildungspolitik. Weiters fanden Dringliche Anfragen mit Frauen als Erstrednerinnen zu Rechtsextremismus, Gesundheit und Finanz statt (vgl. Diagramm).

Die Themenpalette weicht daher durchaus von Frauen- und Familienpolitik ab.



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Bundeskanzleramt: 4 Erstrednerinnen

Ulrike Lunacek (Die Grünen): „dringend notwendigen ökologisch-sozialen Umbau Europas und die Unvereinbarkeit dieser Reformen mit einer zweiten Amtszeit von Kommissionspräsidenten Barroso sowie mehr Transparenz in der österreichischen Europapolitik“

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Solarwende Jetzt! Grüne Arbeitsplätze durch Ökoenergie“

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Umsetzung der Beschlüsse des Nationalrates vom 24. September 2008 zur Finanzierung der Universitäten“

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „budgetäre Vorkehrungen der Bundesregierung für Reformen im Bildungsbereich“

Energie: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Versagen und Orientierungslosigkeit der Bundesregierung in der Energiepolitik“

Finanz: 3 Erstrednerinnen

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Schluss mit der Klimaschutz-Blockade – mehr Geld für den Klimaschutz“

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „WählerInnentäuschung und Verfassungsbruch durch die Bundesregierung“

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Stopp dem rot-schwarzen Bildungs-Klau“

Gesundheit: 2 Erstrednerinnen

Ursula Haubner (BZÖ): „Steuererhöhungen statt zukunftsweisender Gesundheitsreform“

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Schaffung eines generellen Rauchverbots in den Räumen der Gastronomie“

Inneres: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Versäumnisse im Kampf gegen den Rechtsextremismus“

Unterricht: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Bildungsmilliarde Teil 1: Erhöhung des Bildungsbudgets um 525 Millionen € für 2009 und 2010 – Budgetgarantie für Bildungsreformen“

Umwelt: 1 Erstrednerin

Eva Glawischnig-Piesczek (Klubobfrau Die Grünen): „Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag“

Zusammenfassend kann man festhalten, dass vor allem der Grüne Klub äußerst viele Frauen als Erstrednerinnen vorweisen kann. Das hat vor allem auch damit zu tun, dass die Grünen in den beiden längeren Legislaturperioden jeweils eine Klubobfrau hatten. Diese sind auch bei den anderen Parteien oft die Erstredner.

Das Themenspektrum ist etwas breiter als bei den Aktuellen Stunden. Viele „Dringliche“ beschäftigten sich mit Umweltpolitik und die Bereiche Frauen und Familie rückten mehr in den Hintergrund.

7.3 Ordnungsrufe

In der Geschäftsordnung des Nationalrates werden Ordnungsrufe als das mahnende, disziplinierende Instrumente der PräsidentInnen gegenüber den Abgeordneten klassifiziert:

„(1) Wenn jemand, der zur Teilnahme an den Verhandlungen des Nationalrates berechtigt ist, den Anstand oder die Würde des Nationalrates verletzt, beleidigende Äußerungen gebraucht oder Anordnungen des Präsidenten nicht Folge leistet, spricht der Präsident die Missbilligung darüber durch den Ruf „zur Ordnung“ aus.

(2) Der Präsident kann in einem solchen Falle einen Redner unterbrechen oder ihm das Wort auch völlig entziehen.

(3) Wurde einem Abgeordneten ein Ordnungsruf in kurzer Aufeinanderfolge zum wiederholten Mal erteilt, kann der Präsident zugleich verfügen, dass Wortmeldungen desselben für den Rest der Sitzung nicht entgegengenommen werden.“¹⁸⁷

Nach Durchsicht der Stenographischen Protokolle der drei Legislaturperioden zeigt sich, dass der Männeranteil bei den erteilten Ordnungsrufen wesentlich höher ist, als derjenige der Frauen. Der Großteil der Ordnungsrufe wird aufgrund von persönlichen Beleidigungen und Verunglimpfungen anderer Abgeordneter erteilt.

Es folgt nun eine generelle Übersicht über die Anzahl der Ordnungsrufe, aufgeteilt auf Frauen und Männer sowie auf die einzelnen Fraktionen. Meine Quellen waren auch in diesem Fall die Stenographischen Protokolle der jeweiligen Gesetzgebungsperioden.

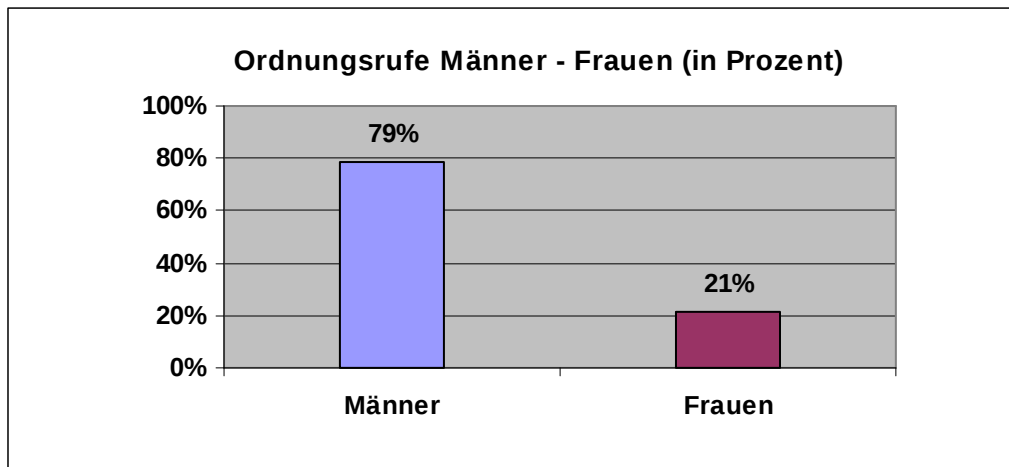
Diese Auswertung soll dazu dienen die „Redekultur“ während der Plenarsitzungen zu analysieren.

Ich habe jeweils den Aufruf des Namens des/der betreffenden Abgeordneten als einen Ordnungsruf gewertet. Teilweise wird ein/e RednerIn für zwei oder mehrere Äußerungen ermahnt, diese scheinen jedoch, laut Auskunft der Parlamentsdirektion, meist nur als ein Ordnungsruf auf. Sollten die PräsidentInnen explizit auf einen zweiten oder mehrere Ordnungsrufe für eine Person hinweisen, werte ich die entsprechende Anzahl. Eine genaue Auflistung der Namen und der betreffenden Sitzungen findet sich im Anhang.

¹⁸⁷ §102, GOG

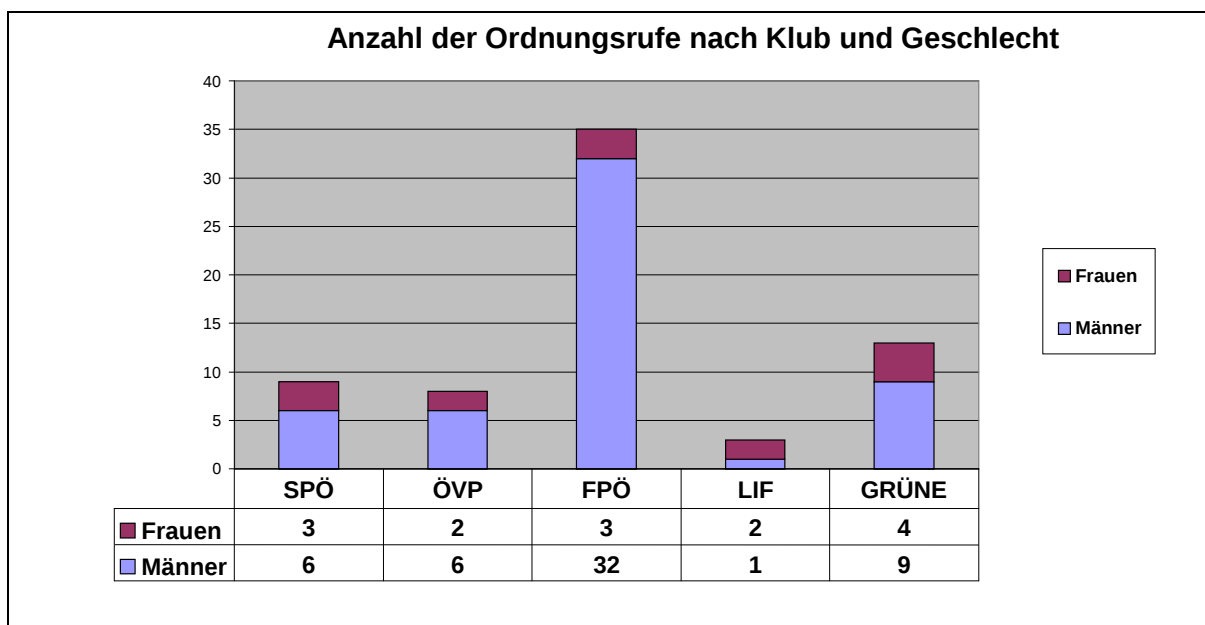
XX. Gesetzgebungsperiode (15. Jänner 1996 – 28. Oktober 1999)

Bei insgesamt 68 Ordnungsrufen wurden davon an Männer 54 (79,5%) und an Frauen 14 (20,5%) erteilt (vgl. Diagramm).



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Bei der Unterscheidung zwischen Klub und Geschlecht zeigt sich, dass vor allem den männlichen Abgeordneten der FPÖ überproportional viele Ordnungsrufe erteilt wurden. Die Frauen aller Parteien bewegen sich zwischen zwei und vier Ordnungsrufen, keine Fraktion fällt diesbezüglich aus dem Rahmen (vgl. Diagramm).

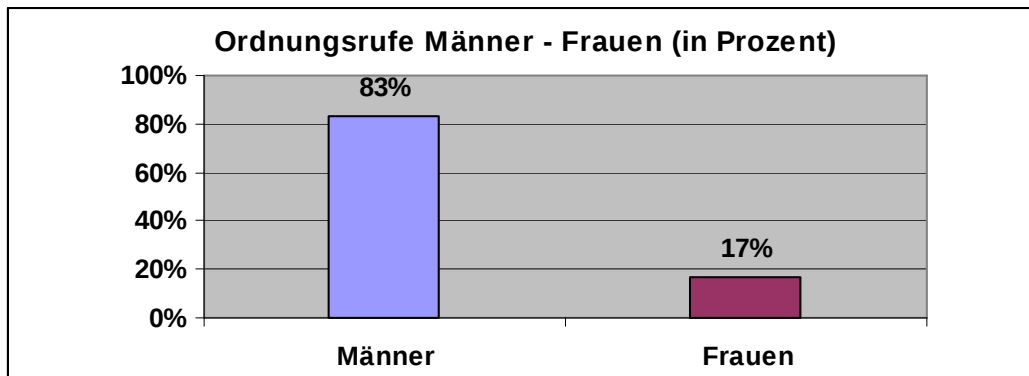


Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

XXIII. Gesetzgebungsperiode (30.10.2006 – 27.10.2008)

In dieser Legislaturperiode gab es wesentlich weniger Ordnungsrufen, jedoch fanden nach knapp zwei Jahren bereits wieder Nationalratswahlen statt.

Insgesamt wurden 24 Ordnungsrufe erteilt, davon 4 (rund 17%) an Frauen und 20 (rund 83%) an Männer (vgl. Diagramm).

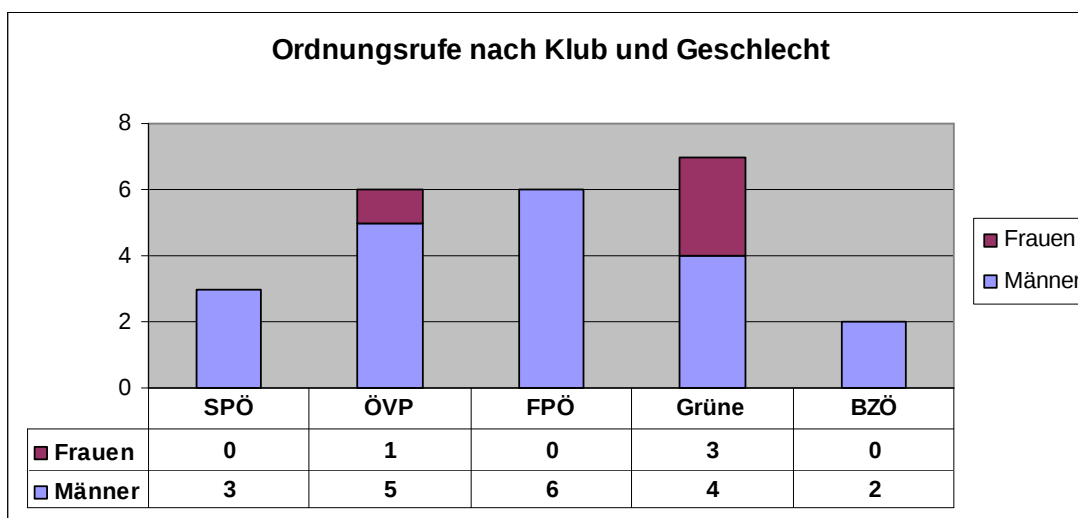


Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Die wenigsten Ordnungsrufe (2) erhielt das BZÖ, auch Abgeordneten der SPÖ wurden nur drei Ordnungsrufe erteilt. Es handelte sich dabei nur um männliche Abgeordnete.

Ebenfalls keine weibliche Abgeordnete mit Ordnungsruf in dieser Legislaturperiode kann die FPÖ vorweisen. Jedoch wurden ihre männlichen Abgeordneten sechs Mal ermahnt.

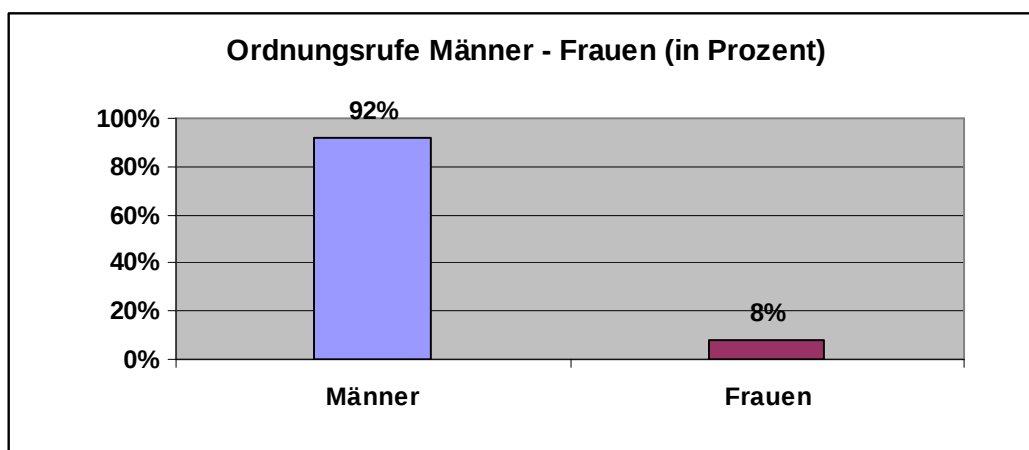
Die einzigen Klubs bei denen auch Frauen betroffen waren sind die ÖVP und die Grünen. Insgesamt wurden der ÖVP sechs Ordnungsrufe erteilt, davon einer an eine Frau. Die Grünen erhielten die meisten Ordnungsrufe, insgesamt sieben, wovon drei auf Frauen und vier auf Männer entfielen (vgl. Diagramm).



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

XXIV. Gesetzgebungsperiode (28.10.2008 -)

In der XXIV. Gesetzgebungsperiode wurden bisher insgesamt 83 Ordnungsrufe erteilt – 77 (92%) an Männer und 6 (8%) an Frauen (vgl. Diagramm).

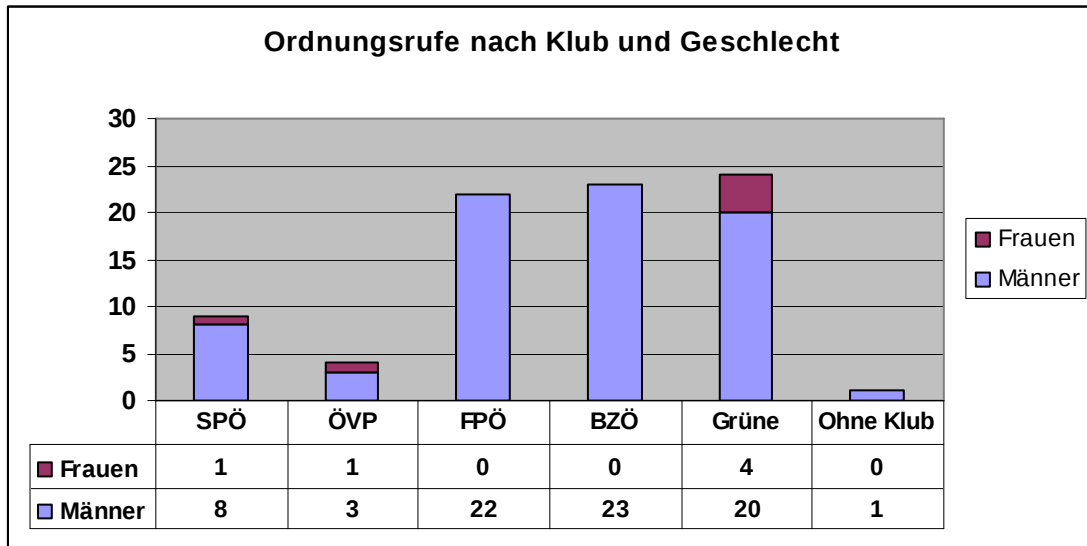


Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Bei der FPÖ und dem BZÖ wurden nur Männer „zur Ordnung gerufen“. Auf die Freiheitliche Partei Österreichs entfallen 22 und auf das Bündnis Zukunft Österreich 23

Ordnungsrufe. Spitzenreiter mit 24 Ordnungsrufen sind die Grünen, wovon vier an Frauen verteilt wurden.

Acht männliche und eine weibliche Abgeordnete der SPÖ wurden ermahnt sowie drei Männer und eine Frau der ÖVP. Ein männlicher Abgeordneter ohne Klubzugehörigkeit erhielt ebenfalls einen Ordnungsruf (vgl. Diagramm).



Quelle: Homepage des Österreichischen Parlaments - Stenographische Protokolle;
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Über alle Legislaturperioden hinweg kann man feststellen, dass die Oppositionsparteien mehr Ordnungsrufe erhielten als die Regierungsparteien.

Bei keiner einzigen Partei kam es während der untersuchten Zeiträume zu einer Mehrheit von Frauen die Ordnungsrufe erhielten (wenn mehr als drei Ordnungsrufe erteilt wurden). Ein einziges Mal, in der XIII. Gesetzgebungsperiode waren bei den Grünen, Frauen und Männer beinahe ausgeglichen. Ansonsten sind die Unterschiede sehr deutlich.

Eine Auffälligkeit ist, dass der Frauenanteil sinkt und der Anteil der Männer die Ordnungsrufe erhalten, somit steigend ist.

Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass Männer während der drei Legislaturperioden wesentlich mehr Ordnungsrufe erhalten haben als Frauen.

8 Beispiel Hymne

Feministinnen kritisieren immer wieder die sprachlichen Ungleichbehandlungen im deutschen Raum, welche die Rollenzuschreibungen in den Köpfen manifestieren und somit zusätzlich eine patriarchale Gesellschaft festigen.

Der deutsche Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zitiert 2006 bei einem Symposium zum Thema „Deutsch im vielsprachigen Europa“ Hans-Georg Gadamer: „Erst mit der Sprache geht die Welt auf“¹⁸⁸ und führt weiter aus: „Diese kluge Bedeutung [...] verdeutlicht in einem einzigen prägnanten Satz die überragende Bedeutung, die Sprache für unser Verhältnis zur Welt hat, zur eigenen Herkunft, zur jeweiligen Umwelt, zu der Welt, in der wir leben, die wir ohne das Mittel der Sprache kaum begreifen und noch weniger erklären können.“¹⁸⁹

Diese Meinung wird von den PolitikerInnen vertreten, die einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch fordern, da es laut ihrer Argumentation nicht ausreicht, Frauen bei der Verwendung der männlichen Form einfach „mitzudenken“. KritikerInnen sind der Meinung, dass es sich dabei um eine weitere unnötige „Gender-Initiative“ von Feministinnen handelt. Die eigentlichen Herausforderungen, deren Umsetzung die Welt für Frauen gerechter machen würde, haben mit derlei nichts zu tun.

Als ein besonderes Beispiel in diesem Zusammenhang gelten die Diskussionen rund um die Umtextung der Österreichischen Bundeshymne um die Ergänzung des Wortes „Töchter“. Da während meiner Recherchezeit für diese Diplomarbeit, das Thema wieder aktuell wurde, möchte ich daher auch kurz einen Überblick über die Entwicklungen geben.

Im Ministerrat vom 9. April 1946 wurde beschlossen einen Wettbewerb für eine neue Bundeshymne auszuschreiben, die ein „gesangliches Symbol“ für das neue Österreich sein sollte. Eine der Bedingungen war die Urheberrechte an die Republik Österreich abzutreten, im Gegenzug erhielt man den für die damalige Zeit äußerst hohen Betrag von 10.000 Schilling als „Preisgeld“.

Nachdem man sich im Oktober 1946 auf die Melodie geeinigt hatte, wurde am 25. Februar 1947 per Ministerratsbeschluss der Text von Paula von Preradovic in einer minimal veränderten Version als die neue Bundeshymne beschlossen.

¹⁸⁸ Zit. nach Lammert 2008: 143

¹⁸⁹ Lammert 2008: 143

Anfang der 1990er Jahre gab es die ersten Diskussionen darüber, dass in der Hymne nur das männliche Geschlecht besungen wird und die Leistungen der Frauen negiert werden. Die Initiative ging von Abgeordneten der Grünen sowie des Liberalen Forums aus und wurde auch von Frauenministerin Johanna Dohnal unterstützt.

2005 wurde von Frauenministerin Rauch-Kallat ein neuer Angriff gestartet, der jedoch scheiterte.

Große Kritik gab es im Jahr 2010 als Sängerin Christina Stürmer für einen Werbespot der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur eine jugendlich rockige Version der Bundeshymne mit dem Titel: „Rock me Paula“ wiedergab. Im Zuge der Diskussionen wurde daraufhin ein Entschließungsantrag von Abgeordneten der Grünen vorgelegt, der im Verfassungsausschuss vertagt wurde.

In der letzten Nationalratssitzung vor der Sommerpause 2011, schlossen sich in einer „Geheimaktion“ weibliche Abgeordnete von SPÖ, ÖVP und Grünen zusammen. Die ehemalige Frauenministerin Maria Rauch-Kallat, die 2005 bereits versucht hatte eine Umtextung zu initiieren, war kurzfristig wieder Abgeordnete und wollte den Antrag als letzte Rednerin des Tages begründen. Als dieses Vorhaben während der Sitzung bekannt wurde, meldeten sich mehrere männliche ÖVP-Abgeordnete zu Wort und verbrauchten die Restredezeit des Klubs auf.¹⁹⁰

Erst durch dieses Vorgehen der Männer wurde die Aktion zu dem Skandal, über den man im jährlichen medialen „Sommerloch“ breit berichtete. Maria Rauch-Kallat dazu: „Ich hatte nichts zu verlieren. Und dieser Protest der ÖVP-Abgeordneten im Parlament, der stattgefunden hat, hat nur das Gegenteil von dem bewirkt, was beabsichtigt war.“¹⁹¹

Schlussendlich konnte auch noch mit den männlichen Abgeordneten in der SPÖ und ÖVP in den darauffolgenden Monaten die Einigung erzielt werden, einer Änderung zuzustimmen. Am 18. November wurde ein gemeinsamer Initiativantrag von den Frauensprecherinnen der ÖVP, der SPÖ und den Grünen eingebracht, der in der Nationalratssitzung vom 7. Dezember 2011 beschlossen wurde.

In dem Antrag heißt es: „In der Überzeugung, dass Sprache wie kein anderes Medium Bewusstsein prägt, ersuchen die unterzeichneten Abgeordneten den Nationalrat daher darum, nunmehr eine geschlechtergerechte Änderung des Textes der Österreichischen Bundeshymne zu beschließen, indem die beiden Wörter „bist du“ in der ersten Strophe durch die Wörter „großer Töchter und“ sowie das Wort „Bruderchören“ in der dritten

¹⁹⁰ Vgl. Parlamentskorrespondenz Nr. 1117 vom 22. November 2011

¹⁹¹ dieStandard 14.Juli 2011: Rauch-Kallat „hatte nichts zu verlieren“

Strophe durch das Wort „Jubelchören“ ausgetauscht werden. Diese Änderungen führen zu einer geschlechtergerechten Formulierung der Bundeshymne.“¹⁹²

Seit 1. Jänner 2012 ist der „gegenderte“ Text als offizielle Bundeshymne von Österreich gültig.

¹⁹² Initiativantrag 1758/A, 18. November 2011: 3

9 Resümee

Meine grundsätzliche Frage lautete, welche Rolle Frauen in der gesetzgebenden Körperschaft spielen. Mehrere Untersuchungsfelder haben dazu gedient, einen Überblick zu schaffen, der die Analyse erleichtert. Es handelt sich jedoch selbstverständlich nicht um eine allumfassende Bestandsaufnahme der Frauen im österreichischen Parlamentarismus.

Frauen sind aus der parlamentarischen Kultur nicht mehr wegzudenken. Sie haben in den letzten 16 Jahren zumindest ein Viertel bis zu einem Drittel der Mandate besetzen können. Obgleich ich anmerken möchte, dass Frau nicht gleich Frau bedeutet. Die Lebensrealitäten mit denen jede einzelne Frau grundsätzlich konfrontiert ist, sind höchst unterschiedlich. Genauso verhält es sich in der Politik. Wobei die Diskrepanzen vor allem zwischen den ideologischen Ausrichtungen der Parteien erkennbar sind.

Sehr erfreulich ist, dass es mittlerweile eine Frau an die Spitze des Präsidiums geschafft hat und sich dadurch dieses traditionelle Gremium in Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern bewegt. Die weiteren Erfolgsmeldungen halten sich jedoch leider in Grenzen.

Im langjährigen Vergleich, beginnend mit der Ersten Republik oder auch dem Beginn der Zweiten Republik, kann man durchaus bejahen, dass sich für Frauen vieles verändert hat. Beim Abgleich der Daten, die ich im Rahmen meiner Diplomarbeit näher untersucht habe und die einen kleinen Ausschnitt von rund 16 Jahren Politik im Nationalrat dokumentieren, fällt die Antwort nicht besonders positiv aus.

Der Frauenanteil bewegt sich derzeit eher wieder in Richtung des Wertes der ersten von mir untersuchten Legislaturperiode.

Frauen sind beim Themensetting nach wie vor auf die klassischen, frauentypischen Felder beschränkt. Ein Aufbrechen der tradierten Rollenbilder ist hier absolut nicht in Sicht. Sobald sich parteiübergreifende Initiativen von Frauen, wie im Fall der Bundeshymne bilden, kommt es zu Nervosität und heftigen Gegenreaktionen bei den männlichen Abgeordneten. Frauen in der Politik, vor allem diejenigen die gegen die männlichen Strukturen aufbegehren, werden zumeist in die Schranken verwiesen und kritisch beäugt.

Viele weibliche Abgeordnete – vor allem in den rechten oder konservativen Parteien - scheinen daher eher angepasst zu sein und sich aus Selbstschutz nach den Vorgaben der Klubobleute bzw. der Parteilinie zu richten. Andererseits werden die seit jeher bestehenden Barrieren für Frauen auch nicht abgebaut, bzw. Veränderungen nicht

zugelassen. So wie die Autonomen Frauen konstatierten, reicht es nicht, Frauen in von Männern geschaffene Systeme zu setzen und darauf zu hoffen, dass sich der Erfolg schon einstellen wird. Ihrer Ansicht nach müsste die vorherrschende politische Kultur grundsätzlich hinterfragt werden.

Sehr oft wird von Frauen im Nationalrat angemerkt, dass sie trotz ihrer hohen politischen Funktion und zeitlichen Belastung auch weiterhin für die Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig wären. Bei den Männern spielen häusliche Betreuungspflichten fast nie ein Kriterium. SPÖ Politikerin Doris Bures meinte dazu im Jahr 1995: „Es ist für Frauen viel schwieriger mitzuarbeiten. Unsere Partei funktioniert nach männlichen Strukturen und Vorgaben: Dauernd gibt es Abend- und Nachtsitzungen. Eine Frau mit Kindern kann das kaum schaffen. Wobei ich es grundsätzlich bedauerlich finde, dass Männer mit Kindern offenbar nicht vor diesem Problem stehen. Sie tun immer so, als wären sie kinderlose Singles.“¹⁹³ Obwohl diese Aussage bereits 17 Jahre zurückliegt, so ist sie immer noch aktuell, denn die grundlegenden Strukturen aller im Parlament vertretenen Parteien haben sich nicht verändert. Die viel kritisierte Sitzungskultur ist immer noch ein bestimmender Faktor im Geschehen.

Der Ruf nach der Quote erscheint also wieder als die logische Konsequenz. Wie anhand des Ländervergleichs jedoch dargestellt wurde, bedeutet eine verpflichtende, im Gesetz verankerte Soll-Bestimmung noch lange keinen Automatismus.

Eine Vorgabe mit derartigen Sanktionen wie sie in dem dokumentierten Antrag der Grünen Partei enthalten ist, wird bei der vorherrschenden politischen Kultur in Österreich keine Mehrheit finden. Ob eine freiwillige Quote den gewünschten Erfolg erbringen würde, darf bezweifelt werden, da es bereits jetzt freiwillige Reglementierungen in den Parteien gibt.

Wie mehrfach ersichtlich wurde, sind es in erster Linie die Parteien, die sogenannten „gate-keeper“, auf die es ankommt. Besonders die Einhaltung des Reißverschlussprinzips für die Listenerstellungen würde erheblich dazu beitragen, den Weg für eine paritätische Besetzung der Gremien und Mandate zu ebnen. Die Grünen setzen diese Regel seit Jahren um und in der Sozialdemokratischen Partei wurden 2010 die Statuten dahingehend geändert. Sanktionen, die „wehtun“ wenn es zur Nicht-Einhaltung kommt, konnten jedoch nicht erwirkt werden.

Immer mehr scheint sich also die Grundannahme der Autonomen Frauen zu bewahrheiten, die grundlegende Strukturreformen verlangten. Denn auch Argumente die

¹⁹³ Rossmann, Eva 1995: 48

auf die Wirtschaftlichkeit und Effizienz abzielen, welche von gemischten Führungsteams erreicht wurden, haben in der Politik bisher nicht viel genützt.

Die Rollen, die Frauen zugeschrieben werden, sind also nach wie vor traditionell behaftet. Eine Aufbruchstimmung, wie sie teilweise parteiübergreifend bei der Umtextung der Bundeshymne zu spüren war, gibt es bei dem Verlangen nach mehr Frauen in der Politik nicht.

In die Zukunft blickend, scheint es daher auch wenig Grund zur Freude zu geben. Denn ein „window of opportunity“ wie es bei der Bundeshymne der Fall war, ist hier deutlich unwahrscheinlicher. Veränderungen die sich aufgrund von verbindlichen Quoten oder Strukturreformen ergeben, würden die männlichen Politiker direkt in ihrer Existenz als Abgeordnete bedrohen.

Und wie bereits mehrmals in dieser Diplomarbeit erwähnt: Eine Frau mehr, heißt ein Mann weniger.

10 Literaturverzeichnis

BÖHRK, Gisela (1990): „Frauen – eine Chance für die Politik?“, in Barbara Schaeffer-Hegel, Heidi Kopp-Degethoff (Hg.), Vater Staat und seine Frauen – Erster Band – Beiträge zur politischen Theorie. Pfaffenweiler: Centaurus Verl.-Ges, S. 79 – 86.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST IM
BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH (HG.) (2010): Frauenbericht 2010 – Bericht
betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Wien.

BUTLER, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Suhrkamp Verlag Frankfurt
am Main.

DACHS, Herbert (1997): „Grünalternative Parteien“, in Handbuch des politischen Systems
Österreichs – Die zweite Republik. Manz Verlag, S. 304 - 314.

DYK, Irene (1986): „Frauen im österreichischen Parlament“, in Herbert Schambeck (Hg.),
Österreichs Parlamentarismus: Werden und System. Berlin: Duncker und Humblot.

FISCHER, Heinz (1997): „Das Parlament“, in Herbert Dachs, Peter Gerlich, u.a. (Hg.),
Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die zweite Republik. Manz Verlag, S. 99
– 121.

GERLICH, Peter (1986): „Zum Begriff des Parlaments in Österreich“, in Herbert
Schambeck (Hg.), Österreichs Parlamentarismus: Werden und System. Berlin: Duncker
und Humblot.

HAGEMANN-WHITE, Carol (1984): Sozialisation: Weiblich männlich?. Leske Verlag +
Budrich GmbH, Opladen.

HEITRA, Michael (2002): Frau – Gesellschaft – Politik: Eine Analyse über den geringen
Anteil von Frauen in der politischen Öffentlichkeit. Diplomarbeit – Universität Wien

HENGL, Alice (2004): Frauen im Parlament: Österreich und Norwegen im Vergleich.
Diplomarbeit – Universität Wien.

HERB, Karlfriedrich (2007): „Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag (1762)“, in Manfred Brocker (Hg.), Geschichte des politischen Denkens – ein Handbuch. Suhrkamp, S. 303 – 317.

HOECKER, Beate (1990): „Die Quote: Geschichte und Strategie“, in Barbara Schaeffer-Hegel, Heidi Kopp-Degethoff (Hg.), Vater Staat und seine Frauen – Zweiter Band – Studien zur politischen Kultur. Pfaffenweiler: Centaurus Verl.-Ges, S. 35 – 38.

HOECKER, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen: Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik - ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich.

INSTITUT FÜR PARLAMENTARISMUS UND DEMOKRATIEFRAGEN (2010): Frauen in der Politik (Teil 2) – Regionen und Kommunen in den EU-Staaten.

KREISKY, Eva (1995): „Das Geschlecht politischer Institutionen: Ergebnisse einer historischen und aktuellen Spurensuche zu einer politischen Theorie des „Männerbündischen““, in Helmut Kramer (Hg.), Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch. WUV-Universitätsverlag, S. 134 – 163.

LAMMERT, Norbert (2008): Zwischenrufe: politische Reden über Geschichte und Kultur, Demokratie und Religion. Berlin University Press.

LUTHER, Kurt Richard (1997): „Die Freiheitlichen“, in Herbert Dachs, Peter Gerlich, u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die zweite Republik. Manz Verlag, S.286 - 303.

MARTINY, Anke (1990): „Männliche und weibliche Politik – Thesen zum Unterschied“, in Barbara Schaeffer-Hegel, Heidi Kopp-Degethoff (Hg.), Vater Staat und seine Frauen – Erster Band – Beiträge zur politischen Theorie. Pfaffenweiler: Centaurus Verl.-Ges, S. 91 – 97.

MÜLLER, Wolfgang C. (1995): „Persönlichkeit und Politik“, in Herbert Dachs, Peter Gerlich, Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Politiker: Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Manz, Wien, S.15 – 25.

MÜLLER, Wolfgang C./ Wilfried PHILIPP/ Barbara STEININGER (1995): „Politische Klasse, politische Positionselite und politische Stars“, in Herbert Dachs, Peter Gerlich, Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Politiker: Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Manz, Wien, S.27 – 32.

MÜLLER, Wolfgang C. (1997): „Die Österreichische Volkspartei“, in Herbert Dachs, Peter Gerlich, u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die zweite Republik. Manz Verlag, S.265 - 285.

NEURIESER, Joachim (2008): Zwischen Liberalismus und Nationalismus: programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich. Diplomarbeit – Universität Wien.

NEYER, Gerda (1990): „Zugangsmodalitäten und strukturelle Behinderungen in österreichischen Parlamenten: Frauen im Nationalrat“, in Barbara Schaeffer-Hegel, Heidi Kopp-Degethöff (Hg.), Vater Staat und seine Frauen – Zweiter Band – Studien zur politischen Kultur. Pfaffenweiler: Centaurus Verl.-Ges, S. 39 - 51.

NEYER, Gerda (1997): „Frauen im österreichischen politischen System“, in Herbert Dachs, Peter Gerlich, u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die zweite Republik. Manz Verlag, S.185 - 212.

NIEDERKOFER, Heidi (2004): „Geschlechtsneutrale Kriterien – geschlechtsspezifische Handhabung. Politische Repräsentation in Österreich“, in Maria Mesner, Margit Niederhuber, Heidi Niederkofler, Gudrun Wolfsgruber, Das Geschlecht der Politik - Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. S. 377 – 404.

NOHLEN, Dieter und Rainer-Olaf SCHULTZE (Hg.) (2002): Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2 N-Z. Verlag C.H.Beck.

PELINKA, Anton und Sieglinde ROSENBERGER (2003): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Wien.

ROSMANN, Helge (2006): Politikwissenschaft im Dienste des Parlamentarismus – Wissenschaft, Politik und das Geschäft der (wissenschaftlichen) Politikberatung am Beispiel Österreichs. Diplomarbeit, Universität Wien.

ROSSMANN, Eva (1995): Unter Männern: Frauen im österreichischen Parlament. Folio-Verlag, Wien.

RÖSSLHUMER, Maria und Birgit APPELT (2001): Hauptsache Frauen: Politikerinnen in der Zweiten Republik. Verlag Styria.

SCHAEFFER-HEGEL, Barbara (1990): „Eigentum, Vernunft und Liebe – Paradigmen des Ausschlusses der Frauen aus der Politik“, in Barbara Schaeffer-Hegel, Heidi Kopp-Degethoff (Hg.), Vater Staat und seine Frauen – Erster Band – Beiträge zur politischen Theorie. Pfaffenweiler: Centaurus Verl.-Ges, S. 149 – 165.

SCHÖLER-MACHER, Bärbel (1994): Die Fremdheit der Politik – Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten. Deutscher Studien Verlag, Weinheim.

STEININGER, Barbara (1998): „Zwischen Konflikt und Konsens: Frauen im politischen System Österreichs“, in Beate Hoecker (Hg.), Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa. Leske + Budrich, Opladen, S. 275 – 296.

STÜCKLER, Angelika (2001): Macht und Struktur der parlamentarischen Klubs im österreichischen Nationalrat. Diplomarbeit, Universität Wien.

THURNER, Erika und Alexandra WEISS (2008): Johanna Dohnal – Innensichten österreichischer Frauenpolitiken, Innsbrucker Vorlesungen. Studienverlag Innsbruck.

UCAKAR, Karl (1997): „Die Sozialdemokratische Partei Österreichs“, in Herbert Dachs, Peter Gerlich, u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die zweite Republik. Manz Verlag, S.248 - 264.

YVON-PRAGER, Tessa (1996): Keine Karriere ohne Barrieren: Theorie und Praxis politischer Partizipation von Frauen, Diss., Universität Wien.

Parlamentarische Materialien/ Stenographische Protokolle:

1. (Eröffnungs-)Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich
(4. März 1919), Stenographisches Protokoll -

<http://alex.onb.ac.at/>

Abgeordnete zum Nationalrat seit 1920 - <http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/>

Allgemeines Glossar Österreichisches Parlament –

<http://www.parlament.gv.at/PERK/GL/ALLG/>

Ausschüsse des Nationalrates - <http://www.parlament.gv.at/PAKT/AUS/>

Entschließungsantrag 1417/A (E), 4. Februar 2011: Maßnahmen zur Erhöhung der
Beteiligung von Frauen in der Politik -

http://www.prod.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01417/index.shtml

Frauen im Parlament - <http://www.prod.parlament.gv.at/PERK/FRAU/>

Geschäftsordnung des Bundesrates -

<http://www.parlament.gv.at/PERK/RGES/GOBR/index.shtml>

Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates -

<http://www.parlament.gv.at/PERK/RGES/GOGNR/>

Gleichbehandlungsausschuss –

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A-GL/A-GL_00001_00289/index.shtml

Homepage des Österreichischen Parlaments - <http://www.parlament.gv.at/>

Initiativantrag 73/A, 25. November 2008: Parteiengesetz, Klubfinanzierungsgesetz,
Publizistikförderungsgesetz (Förderung der Beteiligung von Frauen in der Politik) -

http://www.prod.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_00073/index.shtml

Initiativantrag 1758/A, 18. November 2011: Bundesgesetz über die Bundeshymne der
Republik Österreich -

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01758/imfname_236158.pdf

Parlamentskorrespondenz Nr. 1117 vom 22. November 2011: Die gegenderte Bundeshymne: „Heiß umfehdet, wild umstritten“; Utl.: Die Hymne als Spiegelbild gesellschaftlichen Bewusstseins -

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK1117/index.shtml

Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates seit 1920 –

<http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/PRAES/>

Stenographische Protokolle von Nationalratssitzungen -

<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>

Stenographisches Protokoll, Parlamentarische Enquete „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik!“, Mittwoch 7. Oktober 2009 -

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/VER/VER_00001/fname_171774.pdf

Internetquellen:

APA0413 5 AA 0494 CA, 6. September 2011: Polen – Institut: Frauenquote hilft Politikerinnen wenig; Utl.: Landen auf Listenplätzen oft weit hinten: www.apa.at

Bündnis Zukunft Österreich - Fachorganisationen:

<http://www.bzoe.at/unser-team/fachorganisationen.html>

dieStandard, 14. Juli 2011: Rauch-Kallat „hatte nichts zu verlieren“:

<http://diestandard.at/1310511213338/Bundeshymne-Rauch-Kallat-hatte-nichts-zu-verlieren>

Global Gender Gap Report 2011: <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-2011/>

Grundsatzprogramm der Grünen:

http://www.gruene.at/uploads/media/Gruenes_Grundsatzprogramm2001_01.pdf

Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei:

<http://www.oevp.at/download/000298.pdf>

Inter-Parliamentary Union. <http://www.ipu.org/english/home.htm>

News Online, 6. November 2011: Ein Mann will anschaffen; Utl.: Zwischen Discohäschen und Mutterkreuz: Was denken rechte Männer über Frauen?

<http://www.news.at/articles/1144/510/310996/frauenbild-fpoe-bzoe-ein-mann>

Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Österreichs:

http://www.spoe.at/bilder/d275/spoe_statut_2010_monitor.pdf

OTS 0059, 26. Mai 2011: Frauenministerin Heinisch-Hosek: Quote ist nicht elegant, aber wirkungsvoll; Utl.: Bundesministerin bei Diskussionsveranstaltung „Mindestquote für Frauen in Aufsichtsräten“ in Wien. <http://www.ots.at/>

OTS0293, 11. November 2011: BR-Präsidentin Neuwirth will mehr Frauen für Kommunalpolitik gewinnen; Utl.: Neuwirth zu Gast im Frauenausschuss des Sädtebundes.

<http://www.ots.at/>

OTS 0097, 21. November 2011: McKinsey: Divers aufgestellte Unternehmen erwirtschaften 53% mehr Rendite. <http://www.ots.at/>

Präsidium Liberales Forum –

<http://www.lif.at/index.php/das-team/itemlist/category/18-pr%C3%A4sidium>

Renate Schmidt : http://www.renateschmidt.de/RS/Zur_Person.html

Statistik Austria Pressemitteilung 10.125-271/11, 6. Dezember 2011: Frauen verdienen deutlich weniger als Männer, männliche Angestellte sind Spitzenverdiener.

http://www.statistik.at/web_de/presse/060073

Universität Wien: <http://www.univie.ac.at/universitaet/>

Teilorganisationen der Österreichischen Volkspartei:

<http://www.oevp.at/links/index.aspx?pageid=38038>

Textlog.de - Historische Texte & Wörterbücher. <http://www.textlog.de/>

Anhänge

XX. Gesetzgebungsperiode: 15.1.1996 – 28.10.1999

Aktuelle Stunden

RednerInnen-Listen exklusive Debattenbeiträge der Regierungsmitglieder und
StaatsskretärInnen

Thema/ Ressort	Ressort	ErstrednerIn	Wortmeldungen, Frauenanteil
8. Sitzung: Unsoziale Auswirkungen der Mietenpolitik in Österreich	Justiz	FPÖ - Dr. Michael Krüger	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2G/ 1S/ 1V
23. Sitzung: Reform der Universitäten und Kunsthochschulen	Wissenschaft	SPÖ – Dr. Ewald Nowotny	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1V/ 1L
27. Sitzung: Gewerbeordnung: Wirtschaftshemmnis für Österreich im gemeinsamen Markt	Wirtschaft	LIF – Mag. Helmut Peter	11 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
31. Sitzung: Das aktuelle Schulreformpaket	Unterricht	ÖVP – Mag. Dr. Alfred Brader	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1F/ 1L/ 1G
37. Sitzung: Der Lehrling, das Stiefkind der sozialistisch dominierten Koalitionsregierung	Unterricht	FPÖ – Helmut Haigermoser	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1V/ 1L
40. Sitzung: Krise an den österreichischen Universitäten	Wissenschaft	Die Grünen – M^{Mag.}^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	11 Wortmeld./ 1 Frau = 9,09% 1G
43. Sitzung: Offensive Arbeitsmarktpolitik in Zeiten der Budgetkonsolidierung	Arbeit und Soziales	SPÖ – Dr. Ewald Nowotny	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 1V/ 1S/ 1L/ 1G
47. Sitzung: Budgetäre, finanzpolitische und steuerrechtliche Vorkehrungen für eine sozial ausdifferenzierte Reform der Familienförderung	Finanz	LIF – Dr. Volker Kier	11 Wortmeld./ 5 Frauen = 45,45% 1S/ 1F/ 1L/ 1V/ 1G
51. Sitzung: Sektenaufklärung in Österreich	Jugend und Familie	ÖVP – Mag. Dr. Josef Höchtel	11 Wortmeld./ 7 Frauen = 63,63%

			2S/ 2F/ 1L/ 1V/ 1G
57. Sitzung: Vignettenskandal	Wirtschaft	Die Grünen – Rudolf Anschober	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 2G
63. Sitzung: Wann kommt die längst fällige Lohnsteuerreform?	Finanz	FPÖ – Mag. Gilbert Trattner	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1V/ 1G
66. Sitzung: Technologieförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich	Wissenschaft	SPÖ – Ing. Kurt Gartlehner	11 Wortmeld./ 1 Frau = 9,09% 1G
70. Sitzung: Moderne Medien im Netz der Fahndungsmethoden	Justiz/Inneres	LIF – Mag. Thomas Barmüller	11 Wortmeld./ 5 Frauen = 45,45% 2L/ 1V/ 2G
74. Sitzung: Aktueller Stand der EU- Regierungskonferenz	Auswärtige Angelegenheiten	ÖVP – Dr. Michael Spindelegger	11 Wortmeld./ 5 Frauen = 45,45% 1V/ 1L/ 1G/ 1S/ 1F
77. Sitzung: Soll man den Strafverfolgungsbehörden in ihrem derzeitigen Zustand (freie Ausreise der Kurdenmörder, Ermittlungspannen bei den Briefbombenattentätern) Rasterfahndung und Lauschangriff zur Verfügung stellen?	Justiz	Die Grünen – Rudolf Anschober	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2G/ 1V/ 1L
80. Sitzung: Das Auftreten der österreichischen Bundesregierung im Ausland	Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten	FPÖ – Mag. Ewald Stadler	10 Wortmeld./ 5 Frauen = 50% 2L/ 2G/ 1V
84. Sitzung: Maßnahmen zu Förderung der Jugendbeschäftigung	Arbeit/ Wirtschaft	SPÖ – Friedrich Verzetnitsch	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 1V/ 1S/ 1L/ 1G
88. Sitzung: ArbeitnehmerInnenschutz in Österreich – Wettbewerbsverzerrung und Arbeitsplatzgefährdung	Arbeit/Soziales	LIF – Mag. Helmut Peter	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2F/ 1S/ 1G

93. Sitzung: Zukunftsorientierte Politik für unsere Familien	Familie	ÖVP – Rosemarie Bauer	11 Wortmeld./ 9 Frauen = 81,81% 2V/ 2S/ 2F/ 2L/ 1G
104. Sitzung: NATO-Kurs des Verteidigungsministers – Mißachtung der Verfassung und des Nationalrates	Landesverteidigung	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1G/ 1L
106. Sitzung: Das Versagen der Bundesregierung erhöht die Arbeitslosigkeit	Arbeit/Soziales	FPÖ – Mag. Herbert Haupt	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1S/ 1L/ 1G
109. Sitzung: Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung	Arbeit/ Wirtschaft	SPÖ – Friedrich Verzetnitsch	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1S/ 1L/ 1G
113. Sitzung: Totalüberwachung der ÖsterreicherInnen trotz Datenschutz	Inneres	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 1L/ 1V/ 1G/ 1F
115. Sitzung: Aktuelle Fragen der Außenpolitik	Auswärtige Angelegenheiten	ÖVP – Dr. Andreas Khol	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2L/ 2G
118. Sitzung: Maßnahmen im Bereich der Vollziehung des Bundes zur Verhinderung von Absprachen zwischen Bauunternehmen zum Nachteil der öffentlichen Hand	Wirtschaft	Die Grünen – Dr. Alexander Van der Bellen	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 2G
127. Sitzung: Steuern senken, Arbeit schaffen	Finanz/Arbeit	FPÖ – Dr. Jörg Haider	11 Wortmeld./ 1 Frau = 9,09% 1G
133. Sitzung: Gleiche Chancen den Frauen in Europa	Frauenangelegenheiten/ Unterricht	SPÖ – Dr.ⁱⁿ Elisabeth Hlavac	11 Wortmeld./ 11 Frauen = 100% 3S/ 2V/ 2F/ 2L/ 2G
136. Sitzung: Europafit durch Flexibilisierung – Arbeit für mehr Menschen	Arbeit	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2L/ 1S/ 1G
138. Sitzung: Außenpolitische Initiativen zum weltweiten	Auswärtige Angelegenheiten/Inneres	ÖVP – Maria Rauch- Kallat	11 Wortmeld./ 7 Frauen = 63,63%

Schutz von Kindern			2V/ 2S/ 2L/ 1G
141. Sitzung: Behördenversagen betreffend die Sicherheit von österreichischen Bergwerken	Wirtschaft	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2G/ 1V/ 1L
145. Sitzung: Steuern senken – Arbeit schaffen	Finanz	FPÖ – Mag. Gilbert Trattner	11 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
149. Sitzung: Kein Stillstand in der Justizpolitik	Justiz	SPÖ – Dr. Johannes Jarolim	11 Wortmeld./ 6 Frauen = 54,54% 2S/ 2V/ 1L/ 1G
152. Sitzung: Nahversorgung – Opfer der Überreglementierung	Wirtschaft	LIF – Mag. Helmut Peter	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 1L/ 2V/ 1G/ 1F
154. Sitzung: Karenzgeld für alle – ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit	Familie/ Frauenangelegenheiten	ÖVP – Rosemarie Bauer	11 Wortmeld./ 8 Frauen = 72,72% 3V/ 2S/ 1L/ 1F/ 1G
156. Sitzung: Umsetzung des Frauenvolksbegehrens – Verbesserung der Karenzmöglichkeiten	Frauenangelegenheiten/ Familie	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	11 Wortmeld./ 9 Frauen = 81,81% 2G/ 2S/ 2V/ 1F/ 2L
159. Sitzung: Betrug an Österreichs Bauern	Land- und Forstwirtschaft	FPÖ – Mag. Karl Schweitzer	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1L/ 1G
162. Sitzung: Forschung schafft Arbeitsplätze	Wissenschaft	SPÖ – Dr. Ewald Nowotny	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1L/ 1G/ 1S
165. Sitzung: Mangelndes Wettbewerbsrecht zerstört den Markt: Die Rechnung zahlen wir alle!	Wirtschaft	LIF – Mag. Helmut Peter	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1L/ 1G
169. Sitzung: Agenda 2000 – Impulse für Landwirtschaft und Wirtschaft im ländlichen Raum	Land- und Forstwirtschaft/ Wirtschaft	ÖVP – Georg Schwarzenberger	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1F/ 1L/ 1G
174. Sitzung: Keine Entsendung von österreichischen Truppen unter NATO-Kommando in den Kosovo	Auswärtige Angelegenheiten	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 2G/ 1L

179. Sitzung: Professionelle Landesverteidigung für ein sicheres Österreich	Landesverteidigung	FPÖ – Herbert Scheibner	11 Wortmeld./ 1 Frau = 9,09% 1G
--	--------------------	----------------------------	---

„Dringliche“

RednerInnen-Listen exklusive Debattenbeiträge der Regierungsmitglieder und
StaatssekretärInnen

Thema	Ressort	ErstrednerIn	Wortmeldungen/ Frauenanteil
4. Sitzung: betreffend Rekordarbeitslosigkeit	Bundeskanzler	FPÖ – Sigisbert Dolinschek	20 Wortmeld./ 2 Frauen = 10% 1S/ 1G
7. Sitzung: betreffend Privilegienabbau und Belastungspaket	Finanz	FPÖ – Dr. Jörg Haider	29 Wortmeld./ 3 Frauen = 10,34% 1S/ 1G/ 1F
8. Sitzung: betreffend Mängel in der österreichischen Sicherheitspolitik	Landesverteidigung	FPÖ – Herbert Scheibner	16 Wortmeld./ 1 Frau = 6,25% 1G
8. Sitzung: betreffend chaotische Zustände in der Elektrizitätswirtschaft am Beispiel Lambach	Wirtschaft	Die Grünen – Rudolf Anschober	16 Wortmeld./ 4 Frauen = 25% 1G/ 2F/ 1V
10. Sitzung: betreffend Spurmaßnahmen an den Universitäten und bei den Studierenden	Wissenschaft/ Forschung	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	12 Wortmeld./ 4 Frauen = 33,33% 3G/ 1L
13. Sitzung: betreffend Geldvernichtung durch die Flughafen Wien AG	Finanz	FPÖ – Peter Rosenstingl	20 Wortmeld./ 2 Frauen = 10% 2F
23. Sitzung: betreffend steigende Arbeitslosigkeit und weitere Zuwanderung von Ausländern nach Österreich	Arbeit/Soziales	FPÖ – Dipl.-Kfm. Holger Bauer	26 Wortmeld./ 7 Frauen = 26,92% 2S/ 1G/ 4F
25. Sitzung: betreffend dringende medienpolitische Weichenstellungen	Bundeskanzler	LIF – Dr. Friedhelm Frischenschlager	12 Wortmeld./ 2 Frauen = 16,66% 1L/ 1G
27. Sitzung: betreffend „kranke“ Kassen	Arbeit/Soziales	FPÖ – Dr. Alois Pumberger	20 Wortmeld./ 5 Frauen = 25% 2S/ 2F/ 1G
30. Sitzung: betreffend Arbeitsplätze – anständige Ausländerpolitik	Bundeskanzler	FPÖ – Dr.ⁱⁿ Helene Partik- Pablé	29 Wortmeld./ 7 Frauen = 24,13% 4F/ 1G/ 1S/ 1V

31. Sitzung: betreffend Wählerbetrug an Pensionisten	Bundeskanzler	FPÖ – Dr. Harald Ofner	34 Wortmeld./ 9 Frauen = 26,47% 1S/ 6F/ 1L/ 1G
34. Sitzung: betreffend umfassenden Privilegienabbau	Bundeskanzler	FPÖ – Mag. Karl Schweitzer	19 Wortmeld./ 5 Frauen = 26,31% 1G/ 1S/ 3F
35. Sitzung: betreffend „Immerwährende Neutralität“ Österreichs	Bundeskanzler	Die Grünen – Mag.^a Doris Kammerlander	15 Wortmeld./ 3 Frauen = 20% 3G
35. Sitzung: betreffend Semperit – Ende eines traditionsreichen österreichischen Unternehmens	Wirtschaft	FPÖ – Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn	23 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
36. Sitzung: betreffend Krise der österreichischen Wirtschaft am Beispiel der Tourismus- und Freizeitwirtschaft und Semperit	Bundeskanzler	FPÖ – Dr. Jörg Haider	12 Wortmeld./ 1 Frau = 8,33% 1F
37. Sitzung: betreffend Schutz unserer Kinder	Justiz	ÖVP – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Maria Theresia Fekter	16 Wortmeld./ 11 Frauen = 68,75% 3V/ 2F/ 2S/ 2L/ 2G
38. Sitzung: betreffend Abhaltung einer Volksabstimmung über die immerwährende Neutralität Österreichs	Bundeskanzler	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	10 Wortmeld./ 2 Frauen = 20% 2G
40. Sitzung: betreffend eine beschäftigungs- und umweltpolitisch wirksame Steuerreform	Finanz	LIF – Dr. Friedhelm Frischenschlager	12 Wortmeld./ 1 Frau = 8,33% 1G
41. Sitzung: betreffend Geldgeschenke versus Sparpaket	Bundeskanzler	FPÖ – Mag. Gilbert Trattner	19 Wortmeld./ 2 Frauen = 10,52% 1S/ 1G
43. Sitzung: betreffend Inanspruchnahme von Artikel 16 der Freisetzungsrichtlinie 90/220/EWG	Gesundheit/ Konsumentenschutz	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	16 Wortmeld./ 7 Frauen = 43,75% 3G/ 2S/ 1L/ 1F
48. Sitzung: betreffend Reform des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft	Bundeskanzler	LIF – Mag. Thomas Barmüller	20 Wortmeld./ 7 Frauen = 35% 4V/ 1L/ 1F/ 1G
49. Sitzung: betreffend Steuern senken – Arbeit schaffen	Bundeskanzler	FPÖ – Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn	16 Wortmeld./ 1 Frau = 6,25% 1V

51. Sitzung: betreffend Armut in Österreich	Bundeskanzler	Die Grünen – Karl Öllinger	15 Wortmeld./ 9 Frauen = 60% 2G/ 2S/ 1V/ 3F/ 1L
52. Sitzung: betreffend negative Entwicklung der Tourismuswirtschaft in Österreich	Wirtschaft	LIF – Mag. Helmut Peter	17 Wortmeld./ 4 Frauen = 23,52% 1F/ 1G/ 1L/ 1S
53. Sitzung: betreffend harter Schilling – weicher Euro	Finanz	FPÖ – Dr. Jörg Haider	23 Wortmeld./ 3 Frauen = 13,04% 1S/ 1V/ 1G
55. Sitzung: betreffend gesamtwirtschaftliche Konsequenzen der Übernahme der CA-Bundesanteile durch die Bank Austria	Wirtschaft	ÖVP – Dipl.-Vw. Dr. Dieter Lukesch	12 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
57. Sitzung: betreffend Finanzierbarkeit der Beseitigung des Reformstaus	Finanz	LIF – Dr. Hans Peter Haselsteiner	14 Wortmeld./ 1 Frau = 7,14% 1G
67. Sitzung: betreffend Errichtung des Semmering-Basistunnels	Verkehr	FPÖ – Peter Rosenstingl	14 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
69. Sitzung: betreffend Frauen-Volksbegehren und Gentechnik-Volksbegehren	Frauenangelegenheiten / Verbraucherschutz	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	24 Wortmeld./ 16 Frauen = 66,66% 5G/ 3S/ 1V/ 5F/ 2L
71. Sitzung: betreffend Verrat von Arbeitnehmerinteressen	Bundeskanzler	FPÖ – Reinhart Gaugg	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1G/ 2S
74. Sitzung: betreffend Postenschacher und Freunderlwirtschaft	Bundeskanzler	FPÖ – Dr. Jörg Haider	13 Wortmeld./ 3 Frauen = 23,07% 2F/ 1V
76. Sitzung: betreffend Postenschacher zu Lasten der Steuerzahler	Bundeskanzler	FPÖ – Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn	25 Wortmeld./ 1 Frau = 25% 1G
77. Sitzung: betreffend jahrelange Versäumnisse in der Bildungspolitik und die Kostenexplosion im Schulbereich	Unterricht	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	17 Wortmeld./ 6 Frauen = 35,29% 3L/ 1V/ 1G/ 1S
78. Sitzung: betreffend Experiment Euro	Bundeskanzler	FPÖ – Dr. Jörg Haider	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 1L/ 1G/ 1S
81. Sitzung: betreffend Schutz der Pensionen	Arbeit/ Soziales	FPÖ – Dr. Harald Ofner	16 Wortmeld./ 4 Frauen = 25%

			2S/ 1G/ 1F
82. Sitzung: betreffend Proporzpolitik statt Wirtschaftspolitik	Bundeskanzler	FPÖ – Helmut Haigermoser	14 Wortmeld./ 1 Frau = 7,14% 1F
84. Sitzung: betreffend Heeres-Geheim-Dienste – 12 Jahre Wildwuchs sind genug	Landesverteidigung	Die Grünen – Rudolf Anschober	13 Wortmeld./ 1 Frau = 7,69% 1G
85. Sitzung: betreffend Erlassung und weiteren Aufrechterhaltung eines wirksamen Importverbots für Gentechnik-Mais	Verbraucherschutz	SPÖ – Heinz Gradwohl	14 Wortmeld./ 3 Frauen = 21,42% 1V/ 1S/ 1L
87. Sitzung: betreffend Gefährdung der Arbeitsplätze und der Pensionen durch die Politik der Bundesregierung	Bundeskanzler	FPÖ – Dr. Jörg Haider	13 Wortmeld./ 1 Frau = 7,69% 1F
94. Sitzung: betreffend Neugestaltung der „Familienförderung“	Bundeskanzler	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	22 Wortmeld./ 15 Frauen = 68,18% 3L/ 2S/ 5V/ 2F/ 3G
95. Sitzung: betreffend Harmonisierung der Pensionssysteme	Bundeskanzler	FPÖ – Mag. Ewald Stadler	23 Wortmeld./ 1 Frau = 4,34 1S
98. Sitzung: betreffend gerechte Pensionen für alle	Bundeskanzler	FPÖ – Reinhart Gaugg	21 Wortmeld./ 4 Frauen = 19,04% 4S
101. Sitzung: betreffend Euro und Arbeitslosigkeit	Bundeskanzler	FPÖ – Ing. Mag. Erich L. Schreiner	18 Wortmeld./ 2 Frauen = 11,11% 1G/ 1S
102. Sitzung: betreffend Defizite der österreichischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	Bundeskanzler	Die Grünen – Karl Öllinger	15 Wortmeld./ 7 Frauen = 46,66% 3G/ 1V/ 2S/ 1L
104. Sitzung: betreffend die Gefährdung der österreichischen Interessen und die Verunsicherung der Bevölkerung in Fragen der Sicherheitspolitik und der Landesverteidigung	Landesverteidigung	FPÖ – Herbert Scheibner	17 Wortmeld./ 1 Frau = 5,88% 1G
106. Sitzung: betreffend Umsetzung der Forderungen des Gentechnik-, Frauen- und Tierschutz- Volksbegehrens	Bundeskanzler	Die Grünen – MMag.^a Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic	21 Wortmeld./ 16 Frauen = 76,19% 6G/ 2S/ 4V/ 2L/ 2F
109. Sitzung: betreffend Reparatur der Sozialversicherungspflicht für „Freie Dienstverträge“	Arbeit/ Soziales	LIF – Dr. Volker Kier	13 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%

und „Neue Selbständige“			
110. Sitzung: betreffend „Begünstigt der Bundeskanzler Kinderschänder?“	Bundeskanzler	FPÖ – Dr. Michael Krüger	16 Wortmeld./ 6 Frauen = 37,5% 1G/ 1S/ 2V/ 2F
111. Sitzung: betreffend atompolitisches Versagen des Bundeskanzlers bezüglich grenznaher Atomanlagen, EU-Atompolitik und Atomwaffenfreiheit Österreichs	Bundeskanzler	Die Grünen – Ing.ⁱⁿ Monika Langthaler	19 Wortmeld./ 7 Frauen = 36,84% 5G/ 1V/ 1L
113. Sitzung: betreffend arbeitsplatz- und lehrplatzvernichtende Politik der Bundesregierung	Bundeskanzler	FPÖ – Reinhard Gaugg	20 Wortmeld./ 9 Frauen = 45% 2F/ 1V/ 2L/ 2S/ 2G
115. Sitzung: betreffend Agenda 2000 – Absicherung einer bäuerlichen Landwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	ÖVP – Rudolf Schwarzböck	12 Wortmeld./ 2 Frauen = 16,66% 1G/ 1F
116. Sitzung: betreffend die Aufnahme von Verhandlungen mit den Vertragspartnern des Nordatlantikvertrages über einen Beitritt Österreichs zum NATO-Vertrag	Bundeskanzler	FPÖ – Herbert Scheibner	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 2G/ 1L
121. Sitzung: betreffend Verflechtungen zwischen Politik und Russenmafia	Bundeskanzler	FPÖ – Mag. Ewald Stadler	9 Wortmeld./ 2 Frauen = 22,22% 1L/ 1G
123. Sitzung: betreffend versäumte Maßnahmen und verbleibende Möglichkeiten der Bundesregierung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Mochovce in der Slowakei	Bundeskanzler	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Gabriela Moser	17 Wortmeld./ 6 Frauen = 35,29% 3G/ 1V/ 1L/ 1F
127. Sitzung: betreffend überfällige ORF-Reform	Bundeskanzler	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1L/ 1G
130. Sitzung: betreffend Steuerrekord und rot-schwarze Steuergeschenke	Finanz	FPÖ – Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn	19 Wortmeld./ 2 Frauen = 10,52% 1V/ 1S
133. Sitzung: betreffend Schutz unserer Kinder vor Kindesmißbrauch und Kinderpornographie	Bundeskanzler	FPÖ – Dr.ⁱⁿ Brigitte Povysil	19 Wortmeld./ 7 Frauen = 36,84% 2F/ 2V/ 1G/ 2S
135. Sitzung: betreffend Abschiebung von Kosovo-Albanern	Inneres	Die Grünen – Mag.^a Terezija Stoisits	13 Wortmeld./ 5 Frauen = 38,46% 2G/ 1S/ 1F/ 1G
136. Sitzung: betreffend Brenner-Maut	Wirtschaft	ÖVP – Dipl.-Vw. Dr. Dieter Lukesch	16 Wortmeld./ 4 Frauen = 25% 2G/ 1L/ 1F

138. Sitzung: betreffend Ostmafiakontakte	Inneres	FPÖ – Mag. Ewald Stadler	14 Wortmeld./ 1 Frau = 7,14% 1V
139. Sitzung: betreffend überfällige Trendwende bei der Abgabenquote	Finanz	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	13 Wortmeld./ 1 Frau = 7,69% 1L
141. Sitzung: betreffend fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte in der Tschechischen Republik und Slowenien	Auswärtige Angelegenheiten	FPÖ – Dr. Harald Ofner	14 Wortmeld./ 1 Frau = 7,14% 1G
142. Sitzung: betreffend Versäumnisse in der Bildungspolitik, insbesondere beim Gehaltsgesetz	Unterricht	Die Grünen – Karl Öllinger	17 Wortmeld./ 8 Frauen = 47,05% 3G/ 3V/ 1L/ 1F
145. Sitzung: betreffend Regierungspfusch bei Schwarzarbeit	Arbeit	LIF – Dr. Volker Kier	15 Wortmeld./ 2 Frauen = 13,33% 1V/ 1L
146. Sitzung: betreffend Bankenaufsicht und Riegerbank	Finanz	FPÖ – Mag. Gilbert Trattner	17 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
149. Sitzung: betreffend Überwachungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden	Inneres	Die Grünen – Dr. Alexander Van der Bellen	17 Wortmeld./ 4 Frauen = 23,52% 2G/ 1F/ 1S
154. Sitzung: betreffend Österreichs EU-Präsidentschaft und den Europäischen Rat vom 11. und 12. Dezember in Wien	Bundeskanzler	SPÖ – Dr. Peter Kostelka	20 Wortmeld./ 7 Frauen = 35% 2L/ 2G/ 1S/ 1V/ 1F
158. Sitzung: betreffend Stopp den Einkommenskürzungen durch die Bundesregierung	Bundeskanzler	FPÖ – Dr. Jörg Haider	27 Wortmeld./ 4 Frauen = 14,81% 1G/ 1L/ 1S/ 1V
161. Sitzung: betreffend Fehlstart für „NEW START“: Debakel der großkoalitionären Beschäftigungspolitik aufgrund jahrelanger Verschleierung von Strukturmängeln im Arbeitsmarktservice	Arbeit/ Soziales	LIF – Dr. Volker Kier	18 Wortmeld./ 6 Frauen = 33,33% 1L/ 2S/ 1G/ 1F/ 1V
162. Sitzung: betreffend Agenda 2000 – Verhandlungsergebnisse im Bereich Landwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	ÖVP – Georg Schwarzenberger	15 Wortmeld./ 5 Frauen = 33,33% 1F/ 1L/ 1S/ 2G
164. Sitzung: betreffend: Wo bleibt die Steuerreform?	Finanz	Die Grünen – Dr. Alexander Van der Bellen	16 Wortmeld./ 4 Frauen = 25% 2G/ 1S/ 1F
168. Sitzung: betreffend den Tod des Flüchtlings Marcus Omofuma	Inneres	Die Grünen – Dr. Alexander Van der Bellen	20 Wortmeld./ 7 Frauen = 35% 4G/ 2L/ 1F

171. Sitzung: betreffend die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Beseitigung von Einkommenskürzungen der Mieter gemeinnütziger Wohnungen durch ungerechtfertigte, überhöhte Mieten infolge der Verquickung von Politik-, Banken- und Versicherungsinteressen im gemeinnützigen Wohnbau	Bundeskanzler	FPÖ – Mag. Reinhard Firlinger	20 Wortmeld./ 2 Frauen = 10% 1S/ 1V
173. Sitzung: betreffend mangelnde Vorsorge der Bundesregierung in Katastrophen- und Zivilschutzangelegenheiten	Bundeskanzler	FPÖ – Herbert Scheibner	20 Wortmeld./ 5 Frauen = 25% 1F/ 2G/ 2V
174. Sitzung: betreffend Ablegung eines Offenbarungseides über den sicherheitspolitischen Status Österreichs	Bundeskanzler	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	18 Wortmeld./ 5 Frauen = 27,77% 2L/ 2G/ 1S
175. Sitzung: betreffend Stärkung der Familien durch die Einführung des Kinderbetreuungsschecks zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Familie	FPÖ – Dr.ⁱⁿ Helene Partik-Pablé	16 Wortmeld./ 9 Frauen = 56,25% 3F/ 4S/ 2V
178. Sitzung: betreffend sein Versprechen, er werde sich dafür einsetzen, dass das Frauen-Volksbegehren „Punkt für Punkt umgesetzt wird“	Bundeskanzler	LIF – Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heide Schmidt	22 Wortmeld./ 18 Frauen = 81,81% 3L/ 5S/ 5V/ 3F/ 2G
179. Sitzung: betreffend „Euroteam“	Bundeskanzler	Die Grünen – Karl Öllinger	19 Wortmeld./ 3 Frauen = 15,78% 1G/ 2S
181. Sitzung: betreffend „Proporz und Postenschacher feiern fröhliche Urständ“	Bundeskanzler	FPÖ – Herbert Scheibner	15 Wortmeld./ 2 Frauen = 13,33% 1S/ 1F

Ordnungsrufe

Sitzung	Abgeordnete/r	Klub	Frau	Mann
7. Sitzung	Theresia Haidlmayr	GRÜNE	F	
10. Sitzung	Karl Maitz	ÖVP		M
13. Sitzung	Robert Wenitsch	FPÖ		M
14. Sitzung	Jörg Haider	FPÖ		M
25. Sitzung	Andreas Wabl	GRÜNE		M
31. Sitzung	Jörg Haider	FPÖ		M
	Anton Leikam	SPÖ		M

	Kurt Heindl	SPÖ		M
35. Sitzung	Alois Pumberger	FPÖ		M
36. Sitzung	Ilse Mertel	SPÖ	F	
37. Sitzung	Thomas Prinzhorn	FPÖ		M
	Jörg Haider	FPÖ		M
	Holger Bauer	FPÖ		M
41. Sitzung	Mathias Reichhold	FPÖ		M
57. Sitzung	Walter Meischberger	FPÖ		M
	Andreas Wabl	GRÜNE		M
63. Sitzung	Paul Kiss	ÖVP		M
	Paul Kiss	ÖVP		M
	Holger Bauer	FPÖ		M
66. Sitzung	Anna Elisabeth Aumayr	FPÖ	F	
74. Sitzung	Doris Kammerlander	GRÜNE	F	
	Heide Schmidt	LIF	F	
77. Sitzung	Johannes Jarolim	SPÖ		M
	Ewald Stadler	FPÖ		M
78. Sitzung	Helene Partik-Pablé	FPÖ	F	
81. Sitzung	Rudolf Parnigoni	SPÖ		M
82. Sitzung	Edith Haller	FPÖ	F	
83. Sitzung	Monika Langthaler	GRÜNE	F	
	Andreas Wabl	GRÜNE		M
	Andreas Wabl	GRÜNE		M
87. Sitzung	Reinhart Gaugg	FPÖ		M
93. Sitzung	Ewald Stadler	FPÖ		M
97. Sitzung	Andreas Wabl	GRÜNE		M
98. Sitzung	Reinhart Gaugg	FPÖ		M
99. Sitzung	Maria Rauch-Kallat	ÖVP	F	
	Andreas Wabl	GRÜNE		M
105. Sitzung	Jörg Haider	FPÖ		M
	Alois Pumberger	FPÖ		M
109. Sitzung	Reinhart Gaugg	FPÖ		M
112. Sitzung	Reinhart Gaugg	FPÖ		M
113. Sitzung	Reinhart Gaugg	FPÖ		M
	Jörg Haider	FPÖ		M
116. Sitzung	Madeleine Petrovic	GRÜNE	F	
118. Sitzung	Helmut Haigermoser	FPÖ		M
	Andreas Khol	ÖVP		M
	Ewald Stadler	FPÖ		M
	Maria Rauch-Kallat	ÖVP	F	
119. Sitzung	Karl Maitz	ÖVP		M
	Jörg Haider	FPÖ		M
124. Sitzung	Georg Schwarzenberger	ÖVP		M
	Jörg Haider	FPÖ		M
135. Sitzung	Reinhart Gaugg	FPÖ		M
136. Sitzung	Ewald Stadler	FPÖ		M
	Anton Leikam	SPÖ		M
138. Sitzung	Thomas Barmüller	LIF		M
142. Sitzung	Andreas Wabl	GRÜNE		M
	Andreas Wabl	GRÜNE		M
145. Sitzung	Jörg Haider	FPÖ		M
146. Sitzung	Reinhart Gaugg	FPÖ		M

158. Sitzung	Herbert Haupt	FPÖ		M
	Heide Schmidt	LIF	F	
160. Sitzung	Holger Bauer	FPÖ		M
161. Sitzung	Ewald Stadler	FPÖ		M
	Irmtraut Karlsson	SPÖ	F	
	Johannes Jarolim	SPÖ		M
166. Sitzung	Andreas Wabl	GRÜNE		M
171. Sitzung	Helmut Haigermoser	FPÖ		M
	Doris Bures	SPÖ	F	
	68 Ordnungsrufe insgesamt 14 Frauen = 20,5%			

XXIII. Gesetzgebungsperiode: 30.10.2006 – 27.10.2008

Aktuelle Stunden

RednerInnen-Listen exklusive Debattenbeiträge der Regierungsmitglieder und
StaatsskretärInnen

Thema	Ressort	ErstrednerIn	Wortmeldung en/ Frauenanteil
4. Sitzung: Kontrollverweigerung durch die Bundesregierung – Maßnahmen für ein neues Verhältnis zwischen Parlament und Bundesregierung	Bundeskanzleramt	SPÖ – Dr. Josef Cap	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1G/ 1V
6. Sitzung: Mehr Jobs, mehr Wachstum, mehr Innovation – Österreichs Wirtschaft auf Erfolgskurs	Wirtschaft/ Arbeit	ÖVP – Mag. Wilhelm Molterer	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1G/ 1S
11. Sitzung: Schluss mit Lippenbekenntnissen: Klimaschutz jetzt – Der Jobmotor der Zukunft!	Umwelt	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig- Piesczek	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 2G/ 1S
24. Sitzung: Sicherung des Sozialstaates für Österreich statt Zuwanderung	Soziales	FPÖ – Heinz- Christian Strache	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1F/ 1S/ 1G

27. Sitzung: Gusenbauer – es gilt das gebrochene Wort: Regierung der sozialen Kälte und der steuerlichen Belastungen	Finanz	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1S/ 1G/ 1F
31. Sitzung: Frauen verdienen MEHR – Benachteiligungen endlich beseitigen!	Frauen	SPÖ – Renate Csörgits	11 Wortmeld./ 9 Frauen = 81,81% 2S/ 2V/ 2G/ 2F/ 1B
35. Sitzung: Sicherheit und Verlässlichkeit – Der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden als Zukunftspakt für die Österreicherinnen und Österreicher	Finanz	ÖVP – Jakob Auer	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1V/ 1G
37. Sitzung: Schluss mit dem Fremdenrechtspfusch – Bleiberecht für Integrierte	Inneres	Die Grünen – Dr. Alexander Van der Bellen	11 Wortmeld./ 5 Frauen = 45,45% 2G/ 1S/ 1V/ 1F
40. Sitzung: Damit Österreich souverän und neutral bleibt – kein Abschluss des EU-Reformvertrages	Bundeskanzler/ europäische und internationale Angelegenheiten	FPÖ – Heinz-Christian Strache	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 1F/ 1S/ 1V/ 1G
46. Sitzung: Statt sozialer Kälte Menschen entlasten: Steuersenkung und Teuerungsausgleich jetzt!	Bundeskanzler	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 1S/ 1G/ 1F/ 1B
51. Sitzung: Neue Wege in der Männerpolitik – Aufbrechen von Rollenklischees	Soziales/ Männer	SPÖ – Mag.^a Andrea Kuntzl	11 Wortmeld./ 6 Frauen = 54,54% 1S/ 1V/ 2G/ 1F/ 1B
55. Sitzung: Arbeiten für Österreich: Bürger entlasten, Vollbeschäftigung und Wachstum sichern	Finanz	ÖVP – Fritz Neugebauer	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1S/ 1G
58. Sitzung: Gratis Sonne statt teurem Öl: Sozial gerecht verteilen – klimagerecht umsteuern	Umwelt	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 2G/ 1S
61. Sitzung: Stopp dem Energie- und Treibstoffwucher – Faire Preise statt unfaire Steuern	Wirtschaft	FPÖ – Heinz-Christian Strache	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2V/ 1S/ 1G
65. Sitzung: Gusenbauer – es gilt das gebrochene Wort: Rotes Chaos in der EU-Politik	Bundeskanzler	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 2G/ 1S
72. Sitzung: Die Bedeutung von	Innovation/	SPÖ – Wilhelm	11 Wortmeld./

Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Technologie für Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung	Technologie/ Forschung	Haberzettl	3 Frauen = 27,27% 1S/ 2G
--	---------------------------	------------	------------------------------------

„Dringliche“

RednerInnen-Listen exklusive Debattenbeiträge der Regierungsmitglieder und
StaatsskretärInnen

Thema	Ressort	ErstrednerIn	Wortmeldungen/ Frauenanteil
1. Sitzung: betreffend Ausstieg aus dem Eurofightervertrag	Landesverteidigung	Dr. Josef Cap	18 Wortmeld./ 2 Frauen = 11,11% 1S/ 1G
2. Sitzung: betreffend Pensionserhöhung	Soziale Sicherheit/ Generationen	FPÖ – Heinz- Christian Strache	24 Wortmeld./ 6 Frauen = 25% 1S/ 3V/ 2G
9. Sitzung: betreffend sozialdemokratischen Vertrauensbruch in der Sozialpolitik	Soziales	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	18 Wortmeld./ 6 Frauen = 33,33% 1B/ 2S/ 3G
14. Sitzung: betreffend „Frauenpolitische Maßnahmen: Wo bleiben sie?“	Frauen	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig- Piesczek	15 Wortmeld./ 12 Frauen = 80% 3G/ 3S/ 3V/ 2F/ 1B
16. Sitzung: betreffend die große Koalition als Sicherheitsrisiko für Österreich	Bundeskanzler/ Inneres/ Justiz	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	19 Wortmeld./ 5 Frauen = 26,31% 1F/ 2G/ 1V/ 1S
20. Sitzung: betreffend Zensur der Akten für den Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen	Finanz	Die Grünen – Dr. Peter Pilz	18 Wortmeld./ 2 Frauen = 11,11% 1V/ 1G
27. Sitzung: betreffend ausständige Aktenübermittlung an den Untersuchungsausschuss betreffend „Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister“	Finanz	Die Grünen – Mag. Werner Kogler	9 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
30. Sitzung: betreffend chronisches innen- und	Bundeskanzler	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	18 Wortmeld./ 6 Frauen =

außenpolitisches Versagen des Bundeskanzlers			33,33% 2G/ 2S/ 1F/ 1B
31. Sitzung: betreffend strikte Anwendung der Rechtsordnung zur Unterbindung der fortschreitenden Islamisierung und der damit verbundenen Terrorgefahr anstatt Errichtung eines Polizei- und Überwachungsstaates	Inneres	FPÖ – Heinz-Christian Strache	18 Wortmeld./ 5 Frauen = 27,77% 1F/ 2S/ 1V/ 1G
33. Sitzung: betreffend Bleiberecht für Integrierte	Inneres	Die Grünen – Dr. Alexander Van der Bellen	19 Wortmeld./ 7 Frauen = 36,84% 4G/ 1F/ 1S/ 1V
35. Sitzung: betreffend keine Gnade für Kinderschänder und gegen gefährliche vorzeitige Haftentlassungen	Justiz	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	21 Wortmeld./ 4 Frauen = 19,02% 1B/ 1S/ 1V/ 1G
37. Sitzung: betreffend die Bekämpfung der fortschreitenden Verarmung der österreichischen Bevölkerung durch eine gerechte Pensionserhöhung und eine zeitgemäße Neugestaltung des Sozialstaates	Soziales	FPÖ – Heinz-Christian Strache	16 Wortmeld./ 7 Frauen = 43,75% 1V/ 1B/ 3S/ 1G/ 1F
38. Sitzung: betreffend türkisch-kurdische Ausschreitungen in Österreich	Inneres	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	14 Wortmeld./ 3 Frauen = 21,42% 1B/ 1V/ 1G
40. Sitzung: betreffend drohendes Milliarden-Debakel beim Klimaschutz für Österreich	Bundeskanzler/ Umwelt	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	16 Wortmeld./ 5 Frauen = 31,25% 2G/ 2S/ 1V
41. Sitzung: betreffend dringende Verbesserung des Schutzes Minderjähriger vor Gewaltanwendung und Missbrauch	Justiz	FPÖ – Heinz-Christian Strache	18 Wortmeld./ 8 Frauen = 44,44% 3S/ 3V/ 2G
42. Sitzung: betreffend Gewalt gegen Kinder – Stunde der Wahrheit für Berger	Justiz	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	14 Wortmeld./ 4 Frauen = 28,57% 1S/ 1V/ 2G
44. Sitzung: betreffend Dauerstreit und	Bundeskanzler/ Finanz/ Soziales	BZÖ – Ing. Peter Westenthaler	24 Wortmeld./ 7 Frauen =

Rekordbelastungen – Gusenbauers Regierung der sozialen Kälte			29,16% 3S/ 2G/ 1B/ 1V
46. Sitzung: betreffend Energiewende 2020 – Ausstiegsfahrplan „Raus aus Atomstrom, Öl, Gas und Kohle“	Bundeskanzler	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	21 Wortmeld./ 9 Frauen = 42,85% 4G/ 2S/ 1B/ 2V
47. Sitzung: betreffend die katastrophale Zuwanderungspolitik der österreichischen Bundesregierung und die beängstigende Kriminalitätsentwicklung	Inneres/ Justiz	FPÖ – Barbara Rosenkranz	16 Wortmeld./ 6 Frauen = 37,5% 1F/ 3S/ 2G
49. Sitzung: betreffend Missbrauch des Innenministeriums für parteipolitische Zwecke	Inneres	Die Grünen – Dr. Alexander Van der Bellen	19 Wortmeld./ 4 Frauen = 21,05% 2G/ 1F/ 1S
63. Sitzung: betreffend schwere Informationsdefizite nach Zwischenfall im AKW Krsko und Versagen des Umweltministers in der Anti-Atompolitik	Umwelt	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	17 Wortmeld./ 4 Frauen = 23,52% 3G/ 1S
67. Sitzung: betreffend Verhinderung der missbräuchlichen Anwendung der Anti-Mafia-Paragrafen	Justiz	Die Grünen – Mag.^a Brigid Weininger	15 Wortmeld./ 2 Frauen = 13,33% 1G/ 1S
70. Sitzung: betreffend Versagen von Wirtschaftsminister Bartenstein bei der Bekämpfung der Teuerung	Wirtschaft	SPÖ – Dr. Johannes Jarolim	27 Wortmeld./ 9 Frauen = 33,33% 4S/ 2G/ 1B/ 2V
72. Sitzung: betreffend dilettantischen Eurofighter-Vergleich zum Schaden der Republik Österreich	Landesverteidigung	ÖVP – Walter Murauer	17 Wortmeld./ 1 Frau = 5,88% 1S

Ordnungsrufe

Sitzung	Abgeordnete/r	Klub	Frau	Mann
2. Sitzung	Alexander Van der Bellen	GRÜNE		M
17. Sitzung	Franz Hörl	ÖVP		M
20. Sitzung	Peter Pilz	GRÜNE		M
	Maria Theresia Fekter	ÖVP	F	
27. Sitzung	Heribert Donnerbauer	ÖVP		M
	Wolfgang Zanger	FPÖ		M

28. Sitzung	Jochen Pack	ÖVP		M
30. Sitzung	Werner Kogler	GRÜNE		M
	Peter Westenthaler	BZÖ		M
35. Sitzung	Karl Öllinger	GRÜNE		M
40. Sitzung	Ulrike Lunacek	GRÜNE	F	
41. Sitzung	Josef Cap	SPÖ		M
	Sabine Mandak	GRÜNE	F	
	Elmar Mayer	SPÖ		M
42. Sitzung	Johannes Jarolim	SPÖ		M
	Heinz-Christian Strache	FPÖ		M
44. Sitzung	Norbert Hofer	FPÖ		M
46. Sitzung	Peter Westenthaler	BZÖ		M
59. Sitzung	Thomas Einwallner	ÖVP		M
63. Sitzung	Karlheinz Kopf	ÖVP		M
	Karlheinz Klement	FPÖ		M
	Karlheinz Klement	FPÖ		M
	Karlheinz Klement	FPÖ		M
67. Sitzung	Theresia Haidlmayr	GRÜNE	F	
	24 Ordnungsrufe insgesamt 4 Frauen = 16,6%			

XXIV. Gesetzgebungsperiode: 28.10.2008 –

Aktuelle Stunden

RednerInnen-Listen exklusive Debattenbeiträge der Regierungsmitglieder und
StaatsskretärInnen

Thema	Ressort	ErstrednerIn	Wortmeldungen/ Frauenanteil
8. Sitzung: Finanzkrise, Konjunkturentwicklung, Energie- und Klimapolitik in der EU – die Position der österreichischen Bundesregierung	Bundeskanzler	SPÖ - Dr. Josef Cap	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1S/ 1G
10. Sitzung: Sichere Energieversorgung für Österreich	Energie	ÖVP – Dr. Martin Bartenstein	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2G/ 1S/ 1V
14. Sitzung: Sicheres Österreich statt Kriminalitätsexplosion, Asylmissbrauch, Islamisierung und Massenzuwanderung	Inneres	FPÖ – Heinz-Christian Strache	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1S/ 1G

16. Sitzung: Rot-schwarzes Bildungschaos – 100 Tage Stillstandsregierung	Unterricht	BZÖ – Mag. Ewald Stadler	11 Wortmeld./ 5 Frauen = 45,45% 1B/ 1S/ 1V/ 1F/ 1G
21. Sitzung: Einstieg in die Reichensteuer: Weg mit den Stiftungsprivilegien!	Finanz	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2G/ 1S/ 1V
26. Sitzung: Bildungspolitische Schwerpunkte für das Schuljahr 2009/2010	Unterricht	SPÖ – Elmar Mayer	11 Wortmeld./ 6 Frauen = 54,54% 2S/ 1B/ 1G/ 1V/ 1F
29. Sitzung: Die Antworten Österreichs auf die aktuelle Wirtschaftslage und die Lage auf den internationalen Finanzmärkten	Finanz	ÖVP – Karlheinz Kopf	11 Wortmeld./ 1 Frau = 9,09% 1S
37. Sitzung: Kampf dem Verbrechen statt leerer Versprechen	Inneres	FPÖ – Mag. Dr. Manfred Haimbuchner	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1G/ 1S/ 1B
40. Sitzung: Das Chaos fährt Bahn	Verkehr	BZÖ – Josef Bucher	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1G/ 1V
45. Sitzung: Österreich – Europas Schlusslicht beim Klimaschutz: Dringender Handlungsbedarf der Bundesregierung vor dem Kopenhagen-Gipfel	Umwelt	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	12 Wortmeld./ 4 Frauen = 33,33% 3G/ 1S
49. Sitzung: Vision Zero – zentrales Konzept der Verkehrspolitik für weniger Unfälle, weniger Tote und Verletzte im Straßenverkehr	Verkehr	SPÖ – Anton Heinzl	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1S/ 2G
53. Sitzung: Österreich auf Kurs – Punktlandung des Finanzministers beim Budgetvollzug	Finanz	ÖVP – Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll	14 Wortmeld./ 2 Frauen = 14,28% 1V/ 1G
55. Sitzung: Banken zur Kasse – statt die breite Masse!	Finanz	FPÖ – Heinz-Christian Strache	12 Wortmeld./ 1 Frau = 8,33% 1G
57. Sitzung: BM Pröll: „Ich habe keinen Grund, über Steuererhöhungen nachzudenken“	Finanz	BZÖ – Herbert Scheibner	12 Wortmeld./ 2 Frauen = 16,66% 1G/ 1S
60. Sitzung: Die Krise überwinden – mit sozialer Gerechtigkeit und einer neuen Finanzmarktarchitektur	Bundeskanzler	SPÖ – Dr. Josef Cap	12 Wortmeld./ 3 Frauen = 25% 2S/ 1V

60. Sitzung: Missbrauch in der Kirche: Was macht die Regierung für die Betroffenen?	Justiz	Die Grünen – Mag. Albert Steinhauser	12 Wortmeld./ 3 Frauen = 25% 2G/ 1S
69. Sitzung: Gleichstellung von Frauen forcieren heißt Wirtschaftsleistung steigern!	Frauen	SPÖ – Mag.^a Gisela Wurm	11 Wortmeld./ 10 Frauen = 90,90% 2S/ 2V/ 2F/ 2G/ 2B
72. Sitzung: Familienfreundliches Österreich: Bilanz und Perspektiven für die Zukunft	Familie	ÖVP – Ridi Maria Steibl	12 Wortmeld./ 11 Frauen = 91,66% 3V/ 2S/ 2F/ 2G/ 2B
77. Sitzung: „Der rot-schwarze Speck muss weg!“ – Verwaltungsreform statt Belastungskeule und asoziales Sparpaket	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	13 Wortmeld./ 2 Frauen = 15,38% 1S/ 1G
77. Sitzung: Aktuelle Entwicklungen der Asyl- und Migrationspolitik auf europäischer Ebene	Inneres	ÖVP – Werner Amon, MBA	12 Wortmeld./ 4 Frauen = 33,33% 2V/ 1S/ 1G
80. Sitzung: Kinder gehören nicht ins Gefängnis	Inneres	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	12 Wortmeld./ 5 Frauen = 41,66% 3G/ 1S/ 1V
83. Sitzung: SOS Familie! Jugend und Familien als Opfer einer reformunfähigen Bundesregierung!	Familie	BZÖ – Josef Bucher	12 Wortmeld./ 8 Frauen = 66,66% 2S/ 2V/ 2G/ 1B/ 1F
93. Sitzung: Die Erfolge der österreichischen Arbeitsmarktpolitik	Arbeit	SPÖ – Wolfgang Katzian	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2S/ 2G
93. Sitzung: Kein Euro-Haftungsschirm ohne Volksabstimmung, Herr Bundeskanzler	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	11 Wortmeld./ 1 Frau = 9,09% 1V
96. Sitzung: Mutter UND Vater für das Kind: Reformschritte für eine gemeinsame Obsorge	Justiz	ÖVP – Mag. Heribert Donnerbauer	11 Wortmeld./ 5 Frauen = 45,45% 1S/ 2V/ 1G/ 1B
99. Sitzung: Kein Euro-Haftungsschirm ohne Volksabstimmung, Herr Bundeskanzler	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	11 Wortmeld./ 0 Frauen = 0%
105. Sitzung: Wer Ökostrom blockiert, fördert Atomstromimporte!	Energie	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 2G/ 1S

107. Sitzung: Die Eurolüge – Genug gezahlt für marode Banken und bankrotte Euroländer!	Finanz	BZÖ – Josef Bucher	11 Wortmeld./ 1 Frau = 9,09% 1G
109. Sitzung: Zahlungsstopp jetzt – genug gezahlt für marode Banken und bankrotte Euroländer!	Finanz	BZÖ – Josef Bucher	11 Wortmeld./ 2 Frauen = 18,18% 1V/ 1G
112. Sitzung: Modern, serviceorientiert, sparsam – Perspektiven für den öffentlichen Dienst	Öffentlicher Dienst	SPÖ – Dr. Günther Kräuter	11 Wortmeld./ 3 Frauen = 27,27% 1S/ 1V/ 1G
118. Sitzung: Qualität und Leistung für die österreichischen Universitäten und Hochschulen	Wissenschaft/ Forschung	ÖVP – Mag.^a Katharina Cortolezis – Schlager	12 Wortmeld./ 4 Frauen = 33,33% 2V/ 2S
118. Sitzung: Korruptionsbekämpfung in der EU	Justiz	Die Grünen – Mag. Werner Kogler	12 Wortmeld./ 1 Frau = 8,33% 1G
130. Sitzung: Kinderschutz statt Täterschutz, Frau Justizministerin!	Justiz	FPÖ – Heinz-Christian Strache	12 Wortmeld./ 5 Frauen = 41,66% 1S/ 1V/ 1F/ 1G/ 1B
130. Sitzung: Die besten Chancen für Europas Jugend – Beschäftigung als Schlüssel	Arbeit	SPÖ – Wolfgang Katzian	11 Wortmeld./ 4 Frauen = 36,36% 2S/ 1G/ 1V
135. Sitzung: Her mit den Millionen, her mit dem Zaster, her mit der Marie: Millionenerben und Superreiche besteuern!	Finanz	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	12 Wortmeld./ 2 Frauen = 16,66% 1G/ 1V

„Dringliche“

RednerInnen-Listen exklusive Debattenbeiträge der Regierungsmitglieder und
StaatsskretärInnen

Thema	Ressort	ErstrednerIn	Wortmeldungen/ Frauenanteil
4. Sitzung: betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen	Innovation/ Technologie	FPÖ – Heinz-Christian Strache	27 Wortmeld./ 4 Frauen = 14,81% 3G/ 1S

vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode			
10. Sitzung: betreffend Versagen und Orientierungslosigkeit der Bundesregierung in der Energiepolitik	Energie	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	17 Wortmeld./ 5 Frauen = 29,41% 3G/ 2S
13. Sitzung: betreffend BZÖ-Rettungspakt für Österreich als Soforthilfe für Menschen und Wirtschaft statt rot-schwarzem Postenschacher und Misswirtschaft	Bundeskanzler	BZÖ – Josef Bucher	31 Wortmeld./ 6 Frauen = 19,35% 2G/ 2S/ 2V
14. Sitzung: betreffend die budgetäre Zersetzung des österreichischen Bundesheeres	Landesverteidigung	FPÖ – Dr. Peter Fichtenbauer	16 Wortmeld./ 2 Frauen = 12,5% 1S/ 1G
16. Sitzung: betreffend „Bildungsmilliarde“ Teil 1: Erhöhung des Bildungsbudgets um 525 Millionen € für 2009 und 2010 – Budgetgarantie für Bildungsreformen“	Unterricht	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	17 Wortmeld./ 7 Frauen = 41,17% 2G/ 1B/ 2S/ 2V
18. Sitzung: betreffend der ORF muss unabhängig bleiben – Erhalt eines parteiunabhängigen öffentlich-rechtlichen österreichischen Rundfunks anstelle des geplanten rot-schwarzen Regierungsfunks	Bundeskanzler	BZÖ – Mag. Ewald Stadler	21 Wortmeld./ 4 Frauen = 19,04% 2G/ 1S/ 1V
19. Sitzung: betreffend Solidarität statt Klassenkampf	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	22 Wortmeld./ 2 Frauen = 9,09% 1S/ 1V
23. Sitzung: betreffend Versäumnisse im Kampf gegen den Rechtsextremismus	Inneres	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	21 Wortmeld./ 6 Frauen = 28,57% 2G/ 2V/ 2S
27. Sitzung: betreffend den dringend notwendigen ökologisch-sozialen Umbau Europas und die Unvereinbarkeit dieser Reformen mit einer zweiten Amtszeit von Kommissionspräsidenten Barroso sowie mehr Transparenz in der österreichischen Europapolitik	Bundeskanzler	Die Grünen – Mag.^a Ulrike Lunacek	20 Wortmeld./ 6 Frauen = 30% 2G/ 3V/ 1S

35. Sitzung: betreffend Solarwende Jetzt! Grüne Arbeitsplätze durch Ökoenergie	Bundeskanzler/ Energie	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	25 Wortmeld./ 4 Frauen = 16% 3G/ 1S
37. Sitzung: betreffend Steuererhöhungen statt zukunftsweisender Gesundheitsreform	Gesundheit	BZÖ – Ursula Haubner	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 1B/ 1F/ 1S
39. Sitzung: betreffend Soziale Verantwortung statt sozialistischem Versagen in der Arbeitsmarktpolitik und in der Armutsbekämpfung	Arbeit/ Soziales	FPÖ – Heinz-Christian Strache	23 Wortmeld./ 7 Frauen = 30,43% 2S/ 3G/ 1V/ 1B
40. Sitzung: betreffend „System Grasser“ und der Wille der ÖVP, die Machenschaften lückenlos aufzuklären	Finanzen	Die Grünen – Mag. Werner Kogler	19 Wortmeld./ 2 Frauen = 10,52% 1G/ 1S
41. Sitzung: betreffend schnellstmögliche Umsetzung eines „Transferkontos“	Bundeskanzler	BZÖ – Josef Bucher	21 Wortmeld./ 4 Frauen = 19,04% 1S/ 2V/ 1G
43. Sitzung: betreffend Regierungsjustiz und Ministerblockade	Justiz	Die Grünen – Dr. Peter Pilz	21 Wortmeld./ 2 Frauen = 9,52% 2S
44. Sitzung: betreffend Umsetzung der Beschlüsse des Nationalrates vom 24. September 2008 zur Finanzierung der Universitäten	Bundeskanzler	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	23 Wortmeld./ 7 Frauen = 30,43% 1G/ 3V/ 3S
45. Sitzung: betreffend das völlige Versagen Faymanns in der aktuellen EU-Politik	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	18 Wortmeld./ 4 Frauen = 22,22% 1F/ 2S/ 1G
48. Sitzung: betreffend Verhinderung notwendiger Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheiten durch die Regierungsparteien zum finanziellen Nachteil der Republik Österreich	Finanzen	BZÖ – Mag. Ewald Stadler	21 Wortmeld./ 2 Frauen = 9,52% 1S/ 1G
51. Sitzung: betreffend Schluss mit der Klimaschutz-Blockade – mehr Geld für den Klimaschutz	Finanzen/ Umwelt	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	19 Wortmeld./ 7 Frauen = 36,84% 3G/ 2S/ 2F
53. Sitzung: betreffend die Errichtung einer Asyl-Erstaufnahmestelle Süd	Inneres	FPÖ – Heinz-Christian Strache	24 Wortmeld./ 3 Frauen = 12,5% 1G/ 1S/ 1V
55. Sitzung: betreffend Österreich ist unregiert – RotSchwarz kassiert	Bundeskanzler	BZÖ – Josef Bucher	25 Wortmeld./ 3 Frauen = 12%

ungeniert!			1F/ 1S/ 1G
57. Sitzung: betreffend ORF-Manipulationsskandal	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	23 Wortmeld./ 2 Frauen = 8,69% 1S/ 1G
59. Sitzung: betreffend Schaffung eines generellen Rauchverbots in den Räumen der Gastronomie	Gesundheit	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	26 Wortmeld./ 8 Frauen = 30,76% 4G/ 2S/ 1V/ 1F
60. Sitzung: betreffend schwarze Steuerwolken über Österreich – Pröllnocchio	Finanzen	BZÖ – Josef Bucher	24 Wortmeld./ 4 Frauen = 16,66% 2S/ 2G
62. Sitzung: betreffend Verlängerung der Übergangsfristen zur Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für neue EU-Mitgliedstaaten	Arbeit	FPÖ – Norbert Hofer	20 Wortmeld./ 5 Frauen = 25% 2G/ 1S/ 1B/ 1V
64. Sitzung: betreffend Höhere Steuern für Fässer ohne Boden“	Finanzen	BZÖ – Josef Bucher	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 1S/ 1V/ 1G
67. Sitzung: betreffend Parteipolitik und Assistenzeinsatz	Landesverteidigung	Die Grünen – Dr. Peter Pilz	18 Wortmeld./ 3 Frauen = 16,66% 2G/ 1S
69. Sitzung: betreffend Stillstand in der Sozialpolitik	Soziales	FPÖ – Herbert Kickl	18 Wortmeld./ 8 Frauen = 44,44% 2B/ 1V/ 1G/ 3F/ 1S
70. Sitzung: betreffend Sicherstellung der vertragskonformen Umsetzung der Koralmbahn bis 2018	Verkehr	BZÖ – Gerald Grosz	26 Wortmeld./ 3 Frauen = 11,53% 2G/ 1B
74. Sitzung: betreffend Schubhaftzentrum Vordernberg	Inneres	FPÖ – Dr. Gerhard Kurzmann	7 Wortmeld./ 1 Frau = 14,28% 1G
75. Sitzung: betreffend die verfassungswidrige Verschiebung der Vorlage des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes 2011	Finanzen	FPÖ – Heinz-Christian Strache	23 Wortmeld./ 4 Frauen = 17,39% 1G/ 1F/ 1S/ 1V
77. Sitzung: betreffend WählerInnentäuschung und Verfassungsbruch durch die Bundesregierung	Finanzen	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 1G/ 1S/ 1V
79. Sitzung: betreffend Reformieren statt abkassieren – wo bleiben	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	25 Wortmeld./ 8 Frauen = 32%

Verwaltungsreform und Bürokratieabbau, Herr Bundeskanzler?			3V/ 3S/ 2G
81. Sitzung: betreffend „Bandions Blamagen“ und deren Folgen für den österreichischen Rechtsstaat	Justiz	BZÖ – Mag. Ewald Stadler	20 Wortmeld./ 1 Frau = 5% 1S
85. Sitzung: betreffend Stopp dem rot-schwarzen Bildungs-Klau	Finanz	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	18 Wortmeld./ 5 Frauen = 27,77% 2G/ 1S/ 1V/ 1F
93. Sitzung: betreffend die geplante Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht	Landesverteidigung	FPÖ – Heinz-Christian Strache	21 Wortmeld./ 3 Frauen = 14,28% 1G/ 1S/ 1V
95. Sitzung: betreffend Volksbefragung über die Wehrpflicht	Landesverteidigung	Die Grünen – Dr. Peter Pilz	22 Wortmeld./ 3 Frauen = 13,63% 2G/ 1S
96. Sitzung: betreffend Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag	Umwelt	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	17 Wortmeld./ 6 Frauen = 35,29% 3G/ 1S/ 1V/ 1F
98. Sitzung: betreffend das Versagen der österreichischen Bundesregierung in der Anti-Atom-Politik	Bundeskanzler	FPÖ – Werner Neubauer	18 Wortmeld./ 6 Frauen = 33,33% 2G/ 1F/ 2S/ 1V
99. Sitzung: betreffend Genug gezahlt für Pleitestaaten – von der Europhorie zur Eurosklerose	Bundeskanzler	BZÖ – Josef Bucher	18 Wortmeld./ 2 Frauen = 11,11% 1V/ 1S
100. Sitzung: betreffend Transparenz- und Antikorruptionspaket	Justiz	Die Grünen – Mag. Werner Kogler	19 Wortmeld./ 2 Frauen = 10,52% 1S/ 1G
105. Sitzung: betreffend die Errichtung einer europäischen Transferunion	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 1S/ 1V/ 1G
110. Sitzung: betreffend Genug gezahlt – Steuern senken jetzt!	Finanz	BZÖ – Josef Bucher	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 1G/ 1S/ 1V
116. Sitzung: betreffend Aufklärung des schwarz-blauen Korruptionssumpfes	Finanz	Die Grünen – Dr. Peter Pilz	19 Wortmeld./ 3 Frauen = 15,78% 2G/ 1S
118. Sitzung: betreffend Genug gezahlt für EU-Pleitestaaten, Banken und Spekulanten!	Finanz	BZÖ – Josef Bucher	20 Wortmeld./ 3 Frauen = 15% 2S/ 1V

Volksabstimmung jetzt!			
120. Sitzung: betreffend die Schaltung von Inseraten im persönlichen politischen Interesse des Werner Faymann	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	20 Wortmeld./ 2 Frauen = 10% 1S/ 1G
122. Sitzung: betreffend die Abhaltung von Volksbefragungen	Bundeskanzler	FPÖ – Heinz-Christian Strache	28 Wortmeld./ 5 Frauen = 17,85% 3G/ 1S/ 1V
124. Sitzung: betreffend budgetäre Vorkehrungen der Bundesregierung für Reformen im Bildungsbereich	Bundeskanzler	Die Grünen – Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek	17 Wortmeld./ 8 Frauen= 47,05% 2G/ 3S/ 2V/ 1B
126. Sitzung: betreffend Veto jetzt, Herr Bundeskanzler!	Bundeskanzler	BZÖ – Josef Bucher	18 Wortmeld./ 2 Frauen = 11,11% 1S/ 1G
128. Sitzung: betreffend Zukunftssicherungsschirm für Österreich statt Rettungsschirme für EU-Pleiteststaaten und marode Banken	Bundeskanzler	BZÖ – Josef Bucher	23 Wortmeld./ 3 Frauen = 13,04% 1S/ 1V/ 1G
130. Sitzung: betreffend Causa General Entacher	Landesverteidigung	FPÖ – Dr. Peter Fichtenbauer	19 Wortmeld./ 2 Frauen = 10,52% 1S/ 1G

Ordnungsrufe

Sitzung	Abgeordnete/r	Klub	Frau	Mann
4. Sitzung	Heinz-Christian Strache	FPÖ		M
6. Sitzung	Nobert Hofer	FPÖ		M
10. Sitzung	Ulrike Lunacek	GRÜNE	F	
	Heinz-Christian Strache	FPÖ		M
	Herbert Kickl	FPÖ		M
11. Sitzung	Christian Höbart	FPÖ		M
14. Sitzung	Peter Westenthaler	BZÖ		M
	Peter Westenthaler	BZÖ		M
	Peter Pilz	GRÜNE		M
16. Sitzung	Peter Westenthaler	BZÖ		M
	Josef Cap	SPÖ		M
17. Sitzung	Gerald Grosz	BZÖ		M
18. Sitzung	Josef Cap	SPÖ		M
19. Sitzung	Peter Pilz	GRÜNE		M

	Christian Faul	SPÖ		M
21. Sitzung	Harald Walser	GRÜNE		M
	Gerald Grosz	BZÖ		M
	Wolfgang Zanger	FPÖ		M
	Christian Faul	SPÖ		M
23. Sitzung	Kurt Gaßner	SPÖ		M
	Harald Walser	GRÜNE		M
	Günter Kößl	ÖVP		M
	Werner Neubauer	FPÖ		M
	Peter Westenthaler	BZÖ		M
	Harald Vilimsky	FPÖ		M
	Eva Glawischnig-Piesczek	GRÜNE	F	
	Peter Pilz	GRÜNE		M
	Adelheid Irina Fürntrath-Moretti	ÖVP	F	
	Lutz Weinzierl	FPÖ		M
	Harald Vilimsky	FPÖ		M
	Lutz Weinzierl	FPÖ		M
	Harald Vilimsky	FPÖ		M
26. Sitzung	Harald Stefan	FPÖ		M
	Harald Walser	GRÜNE		M
31. Sitzung	Werner Kogler	GRÜNE		M
32. Sitzung	Christine Lapp	SPÖ	F	
37. Sitzung	Martin Strutz	FPÖ		M
	Wolfgang Pirkhuber	GRÜNE		M
43. Sitzung	Ewald Stadler	BZÖ		M
44. Sitzung	Peter Pilz (nachträglich für die 43. Sitzung)	GRÜNE		M
45. Sitzung	Eva Glawischnig-Piesczek	GRÜNE	F	
46. Sitzung	Gerald Grosz	BZÖ		M
	Ewald Stadler	BZÖ		M
48. Sitzung	Peter Pilz	GRÜNE		M
53. Sitzung	Gerhard Steier	SPÖ		M
	Peter Westenthaler	BZÖ		M
	Peter Pilz	GRÜNE		M
57. Sitzung	Eva Glawischnig-Piesczek	GRÜNE	F	
	Werner Kogler	GRÜNE		M
	Johannes Hübner	FPÖ		M
60. Sitzung	Gerald Grosz	BZÖ		M
66. Sitzung	Gerald Grosz	BZÖ		M
70. Sitzung	Ewald Stadler	BZÖ		M
72. Sitzung	Josef Jury	OK		M
	Herbert Kickl	FPÖ		M
	Werner Kogler	GRÜNE		M
74. Sitzung	Stefan Petzner	BZÖ		M
75. Sitzung	Gerald Grosz	BZÖ		M
91. Sitzung	Erwin Spindelberger	SPÖ		M
	Franz Eßl	ÖVP		M
	Gerhard Huber	BZÖ		M
	Christiane Brunner	GRÜNE	F	
96. Sitzung	Harald Stefan (nachträglich für die 95. Sitzung)	FPÖ		M
	Heinz-Christian Strache	FPÖ		M
	Werner Neubauer	FPÖ		M
99. Sitzung	Peter Pilz	GRÜNE		M

100. Sitzung	Peter Pilz	GRÜNE		M
	Gerald Grosz	BZÖ		M
	Heinz-Christian Strache	FPÖ		M
	Johannes Jarolim	SPÖ		M
	Gerald Grosz	BZÖ		M
102. Sitzung	Peter Pilz	GRÜNE		M
105. Sitzung	Gerald Grosz	BZÖ		M
	Maximilian Linder	FPÖ		M
107. Sitzung	Walter Rosenkranz	FPÖ		M
	Kurt Grünewald	GRÜNE		M
110. Sitzung	Gerald Grosz	BZÖ		M
	Gerald Grosz	BZÖ		M
112. Sitzung	Ewald Stadler	BZÖ		M
116. Sitzung	Peter Pilz	GRÜNE		M
	Peter Pilz	GRÜNE		M
124. Sitzung	Karlheinz Kopf	ÖVP		M
126. Sitzung	Peter Westenthaler	BZÖ		M

Abstract

Frauen in der Politik sind nach wie vor keine Selbstverständlichkeit obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen und besser ausgebildet sind als jemals zuvor. Diese Arbeit versucht anhand des Frauenanteils im österreichischen Parlament einen Überblick darüber zu geben, wie es zum Aufbau dieser Hürden gekommen ist und warum diese nach wie vor bestehen bleiben. Neben einigen philosophischen und theoretischen Ansätzen zur Unterschiedlichkeit der Geschlechter wird ein Überblick über die wichtigsten Gremien des Nationalrates und die Entwicklung des Frauenanteils vermittelt. Zusätzlich soll ein Überblick über die Frauenanteile im internationalen Vergleich Aufschluss über die Wirksamkeit von Quoten geben. Eine der Erkenntnisse in diesem Zusammenhang ist, dass Quoten wirken, aber kein Allheilmittel für die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen darstellen. Schließlich werden RednerInnen-Listen und Ordnungsrufe von drei Legislaturperioden nach dem Frauenanteil untersucht.

Lebenslauf

Name: Verena Holzer

Geburtsjahr/-ort: 1982 in Tulln an der Donau

Ausbildung:

- 1989 – 1993 Volksschule in Fels am Wagram
- 1993 – 1998 Bundesrealgymnasium Krems, Ringstraße
- 1998 – 2003 Bundesoberstufenrealgymnasium Krems, Heinemann-Straße; Abschluss mit Matura
- 2003 - Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien
- 2006 – 2007 Auslandsaufenthalt am Institut d'Études Politiques Lyon

Matrikelnummer: 0305795

Kontakt: verenah@gmx.at